
Antifaschistisches Info Blatt
Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 57 | Herbst 2002 | 3,10 Euro
Schwerpunkt
Opferperspektiven
Widersprüche und Möglichkeiten bei der Opferberatung
Rassismus
Düsseldorfs Bürgermeister im Kampf gegen die Roma
Situation der Roma in Osteuropa
Internationales
Neonazis in Russland



Inhalt

AIB 57 3 · 2002

Rubriken

Schwerpunkt Widersprüche und Möglichkeiten bei der Opferberatung

Geschichte

Gesellschaft

Rassismus

NS Szene

Antifa

Staat und Repression

International

Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
aib@mail.nadir.org
www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Nachdem der zehnte Jahrestag des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen relativ unbemerkt an einer größeren Öffentlichkeit vorbei gezogen ist, haben wir uns in diesem Heft für einen eigenen Rückblick auf die frühen neunziger Jahre entschieden. Interviews zum Tod von zwei AntifaschistInnen – Conny und Silvio – sollen an diejenigen erinnern, die das Motto »Eingreifen statt Wegsehen« ernst genommen haben. Uns geht es mit diesen Interviews darum, ein Stück antifaschistischer Bewegungsgeschichte sowie die Erfahrungen der AkteurInnen zu dokumentieren und Diskussionen anzuregen, die heute genauso aktuell sind wie vor zehn Jahren.

Da rechter Terror und seine Opfer nach dem Aufstand der Anständigen ganz schnell wieder aus der gesellschaftlichen Debatte verschwunden sind, haben wir uns entschieden, im Schwerpunkt dieses Heftes über die Erfahrungen der Initiativen zu berichten, die hauptamtlich in den neuen Bundesländern Opfer rassistischer und rechter Angriffe unterstützen. Ihr findet die Beschreibungen und Analysen, wie und ob sich die Situation vor Ort dadurch ändern lassen, ab Seite 6. Eine Forderung, die sich aus der Situation in den alten Bundesländern ableitet, liegt auf der Hand: Dass Anlaufstellen für Betroffene rechtsextremer Angriffe flächendeckend entstehen und gefördert werden müssten. Wie tief verwurzelt rechte Hegemonie vielerorts inzwischen ist, wird nicht nur an den über 100.000 WählerInnenstimmen für die NPD bei der Bundestagswahl deutlich, sondern unter anderem auch an den dreitägigen Angriffen auf ein Flüchtlingsheim im niedersächsischen Algermissen im September (s. Seite 16) und an der zugespitzten Situation im bayerischen Oberfranken (s. Seite 28).

Die Fortsetzung der rot-grünen Bundesregierung heißt im Bereich Rechtsextremismus allenfalls Stillstand auf einem unhaltbaren Niveau. In dem Maß wie deutlich wird, dass die Schaumschlägerei von der vielbeschworenen Zivilgesellschaft kalter Kaffee von gestern ist, werden AntifaschistInnen wieder zunehmend direktes Ziel von rechten Angriffen. Anti-Antifa-Aktionen der Neonazis haben unter anderem auch deshalb ein gefährlicheres Niveau erreicht, weil die extreme Rechte politische Rückendeckung aus der Mitte der Gesellschaft und von den politisch Verantwortlichen erhält (s. Seite 30).

Wenn derzeit von Rechtsextremismus überhaupt noch die Rede ist, dann setzen fast alle auf Law-and-Order, zum Beispiel in Form von V-Männern. Die Praxis der Geheimdienste hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich in ihrem Windschatten und vielfach unter ihrer schützenden Hand neonazistische Strukturen etablieren konnten (s. Seite 22). Die Forderung nach einer Auflösung des Verfassungsschutzes bleibt deshalb aktueller denn je. Genauso wie die Forderung nach gleichen Rechten für alle: Denn im Windschatten des Zuwanderungs(begrenzungs)gesetzes gelingt es Rot-Grün, die Rechte von Flüchtlingen weiter zu beschneiden und ihre Lebenssituation unerträglich zu machen, ohne dass sich bislang nennenswerter Protest entwickelt hat. Zu denjenigen, die derzeit konkret von Abschiebung bedroht sind, gehören über 50.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Viele von ihnen sind Roma, die sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in Deutschland extreme Diskriminierung erfahren. Ihr Kampf um ein Bleiberecht wird wenig unterstützt. Zu diesem Thema gibt es zwei Artikel im Ressort Rassismus zur Situation von Roma in Osteuropa und ihren aktuellen Protesten. Beim Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gehörten Roma zu den wesentlich Betroffenen von rassistischem Terror: Zehn Jahre später hat sich daran wenig geändert. Eine antifaschistische Bewegung, die ihren antirassistischen Anspruch ernst nimmt, sollte sich dazu verhalten und einmischen.

In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns einen Herbst, in dem wir als Antifabewegung offensiv mit unserer Forderung nach einer gleichberechtigten Gesellschaft und nazifreien Räumen präsent sind.

Korrekturen, Hinweise und Dank:

Wir haben vergessen, Udo Wolters als den Autor des Artikels »Verkürzter Antikapitalismus« im AIB Nr. 56 zu nennen und bitten um Entschuldigung. Ein Leserbrief zu dem Artikel »Es gibt keine bedingungslose Solidarität« aus dem AIB Nr. 56 findet Ihr aus Platzgründen nicht im Heft, sondern auf unserer Website http://www.nadir.org/periodika/aib ebenso wie die komplette Fassung des Artikels »Schlagt die Sudeten mit den Benes-Dekreten« (s. Seite 42) sowie die langen Versionen der Interviews zum Tod von Conny und Silvio. Außerdem gilt unser Dank den MacherInnen der Ausstellung »Anschläge gegen Rechts«, die uns ihre Bilder für den Schwerpunkt zur Verfügung gestellt haben. Ebenso möchten wir uns bei denjenigen bedanken, die unseren Appell für Förderabos nicht überlesen und durch großzügige Spenden die Arbeit des AIB möglich machen. Danke schön! Allen anderen können wir praktischerweise mitteilen, dass wir weiterhin dringend Geld brauchen - und dies keinesfalls bei der nächsten Endredaktion für Schokolade verprassen werden.

» Erneute Anschlagserie auf jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten für NS-Opfer in Mecklenburg- Vorpommern

In den ersten Septemberwochen 2002 verübten Neonazis zum wiederholten Male antisemitische Anschläge in Mecklenburg- Vorpommern.

In der Nacht vom 3. zum 4. September sprühten bislang unbekannte Täter Hakenkreuze auf ein Sandsteinrelief zur Erinnerung an die Opfer eines Todesmarsches aus dem KZ Sachsenhausen und auf eine Mahntafel, die an die antisemitischen Anschläge im Frühjahr 2002 erinnern soll.

Gleich zwei Schändungen in einer Woche wurden in Grevesmühlen bekannt. Neonazis beschmierten hier vermutlich am 4. September einen jüdischen Gedenkstein, sägten zwei Nadelbäume neben dem Stein ab und stießen eine Gedenktafel um. Im Zeitraum vom 7. zum 8. September besprühten Unbekannte den Schiller-Gedenkstein in Grevesmühlen mit einem Hakenkreuz. In Bützow wurden zehn Grabsteine des jüdischen Friedhofes zerschlagen und auf je einen Gedenkstein ein Hakenkreuz und SS-Runen gesprüht.

Ein Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Wittstocker Gedenkstätte für die Opfer des Todesmarsches vom KZ Sachsenhausen und mit weiteren Schändungen wie am 28. August an einem jüdischen Gedenkstein in Löcknitz (Uecker-Randow Kreis) sowie an den Mauern des Frauen-KZ Ravensbrück ist aus Sicht lokaler Antifas nicht auszuschließen.

Bereits im Frühjahr 2002 machte die Naziszene mit einer antisemitischen Anschlagreihe auf teilweise die selben Einrichtungen und Objekte in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin auf sich aufmerksam. ■

» Razzia bei sächsischen Hammerskins

Am 16. Juli 2002 durchsuchte die Polizei über 40 Wohnungen von 29 beschuldigten Personen. Neben Räumen in Sachsen waren auch Objekte in Berlin, Sachsen-Anhalt, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen Ziel der Ermittler. Anlass war ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB. Hinzu kommt der Verdacht, die Neonazis seien »mehrmals organisatorisch gegen Andersdenkende vorgegangen« und hätten »rechtsextremistische Propagandamusik bundesweit vertrieben«.[1] Zu den Durchsuchten gehörte auch Mirko Hesse. Obwohl Hesse – inzwischen als Spitzeninformant des Bundesamtes für Verfassungsschutz geoutet – schon seit einigen Monaten im Gefängnis sitzt, wollen die Beamten auch bei ihm fündig geworden sein.[2]

Einen Schwerpunkt der Razzia bildete die ostthüringische Stadt Altenburg, wo gegen fünf Beschuldigte ermittelt wird. In Altenburg sind u.a. die Nazi-Bands Kreuzfeuer und Wewelsburg zu Hause, von denen Mitglieder auch bei den Hammerskins aktiv sind.[3]

Laut Aussagen eines sächsischen LKA-Sprechers soll der geografische Schwerpunkt der deutschen Hammerskins in der Sächsischen Schweiz und in Ostthüringen liegen. AntifaschistInnen haben in den vergangenen Jahren Hammerskin-Aktivitäten u.a. in Norddeutschland von der Sektion Nordmark und in Mecklenburg-Vorpommern registriert. Diese Strukturen blieben von den Ermittlungen bislang unbehelligt. ■

1| Pressemitteilung LKA Sachsen, 16.7.2002.
2| Sächsische Zeitung, 17.7.2002.
3| Donnerschlag Nr. 8, S. 5 (Skinhead-Fanzine).



[1] 1. Juni 2000 im brandenburgischen Rüdersdorf: Vorbereitung für eine »Herrentagsfeier« mit Hammerskins aus Berlin / Brandenburg.

› (K)ein Nazizentrum mehr in Elmstein?

Der vom NPD-Kader Sascha Wagner angemietete Elmsteiner Hof in Elmstein bei Neustadt a. d. Weinstrasse ist am 3. Oktober 2002 teilweise abgebrannt. Nach Meldungen der Regionalpresse entstand dabei ein Sachschaden von rund 100.000 Euro. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. Unklar ist bislang, wie sich der Brand auf die Kaufabsichten von Wagner & Co. für den Hof auswirkt. Zuletzt hatte Wagner rund 700.000 Euro für das Gelände geboten, dort auch selbst schon Quartier bezogen und das Gelände ausgiebig für Naziaktivitäten genutzt. So konnte hier der vorbestrafte JN-Kader Christian Hehl aus Ludwigshafen am 29. Juli ungestört seinen 32. Geburtstag feiern. Zu dem Konzert mit den Neonazibands Brigade M (Niederlande), Toll Schock (Österreich) und Celtic Warriors (England) kamen rund 500 Neonazis aus Süddeutschland, Frankreich und Italien.

Die Objektsuche der NPD dürfte somit weitergehen. Dabei verdienen die Neonazipartei und einige Makler offenbar schon jetzt ganz gut an der Angst der Gemeinden vor rechten Zentren. In mehreren Fällen vermuten AntifaschistInnen, dass Makler und bankrotte Immobilienbesitzer die NPD baten, öffentlich ihr Interesse für leerstehende, schwer verkäufliche Häuser zu bekunden. Damit wird der Kaufpreis in die Höhe getrieben, die Differenzsumme kann zwischen den Beteiligten geteilt werden. ■

› Bendix Wendt meldet sich zurück



Dass der Neonazi Bendix Wendt 48 Stunden vor der Bundestagswahl den Bündnisgrünen-Abgeordneten Christian Ströbele mit einem Teleskop-Schlagstock attackierte, verwundert in Berlin kaum jemanden. Der heute 35jährige Wendt fiel schon zu DDR-Zeiten als Naziskin auf. Nach 1990 gehörte er zum engen Kreis um den Berliner Neonazikader Arnulf Priem und war im von der Nationalen Alternative (NA) besetzten Haus in der Weitlingstrasse »Wehrsport-Beauftragter«. Nach Aussagen von Aussteigern gehörten regelmässige Übungen mit scharfen Waffen bei Königs Wusterhausen und auf Rügen mit zum NA-Programm. Enge Kontakte unterhielten Priem und Wendt auch zum Kreis der österreichischen Briefbombenbauer. Im Oktober 1995 verurteilte das Amtsgericht Berlin Wendt wegen Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu zweieinhalb Jahren Haft. Wendt hatte dem österreichischen Neonazi Peter Binder Zugang zu zehn Kilogramm Sprengstoff verschafft. In der Haft in der JVA Spremberg wurde Wendt in den letzten Jahren von der HNG betreut. Nach seiner Haftentlassung zog er in die brandenburgische Kleinstadt Wandlitz. Der Haftbefehl gegen ihn wurde trotz des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung ausgesetzt, da Wendt über einen festen Wohnsitz und einen Arbeitsplatz verfügt. Wendts enge Anbindung an den harten Kern der militanten Berliner Neonaziszene um Priem, Oliver Schweigert und den Polizistenmörder Kay Diesner dauert bis heute an. Im Mittelpunkt steht dabei die Ostberliner Neonazigruppe »Vandalen«. Zu denen zog es Wendt auch am 29. September 2002. Bei der Feier zum 20jährigen Bestehen der »Vandalen« im Marzahner »Freizeittreff Eulenspiegel«, für die auch ein Auftritt von »Landser« angekündigt war, wurde Wendt gemeinsam mit 200 weiteren Neonazis von der Polizei kontrolliert. Mit dabei: Die Ex-Kroatiensöldner Eckart Bräuninger und Oliver Schweigert, Ex-NF-Kader und Deutsche Stimme-Versandmitarbeiter Jens Pühse, NPD-Kader Jörg Hähnel, Ex-FAP-Chef Friedhelm Busse, Landser-Mitglied und Vandalen-Waffendealer Jean-René Bauer sowie mehrere Neonazis aus Österreich, Ungarn und den USA. ■

› Nazi-Angriff auf ZAST

Am 6. Oktober 2002 griff eine 15köpfige Gruppe von Neonazis die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe an. Nach Angaben von AntifaschistInnen zogen die Naziskins aus dem Spektrum der Kameradschaft Karlsruhe und der Hooliganszene um den KSC am frühen Sonntag Abend rassistische Parolen gröhlend vor die ZAST. Die von Passanten alarmierte Polizei erschien zur gleichen Zeit vor dem Gebäude wie AntifaschistInnen. Der Vorfall reiht sich ein in eine eskalierende Mobilisierung gegen Flüchtlingsunterkünfte in Ost- und Westdeutschland. ■

› Nazigedenken in Halbe verhindern!

Anläßlich des geplanten Naziaufmarsches in Halbe zum Volkstrauertag am 17. November 2002 sind diverse Gegenaktivitäten geplant. Von 11. bis 18.00 Uhr ist eine Mahn – und Gedenkkundgebung für sowjetische ZwangsarbeiterInnen und Wehrmachtsdeserteure unter dem Motto »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« auf dem Parkplatz direkt am Haupteingang des Zentralfriedhofs Halbe angemeldet. Veranstalter sind der Bedingungslose Kapitulation e.V. und ein Bündnis unabhängiger Antifagruppen. Um 10 Uhr soll eine Demonstration unter dem Motto »Strammstehen heisst untergehen – Kein Naziaufmarsch in Halbe« starten. Der Treff für ZugfahrerInnen ist 9 Uhr S-Bhf. Schöneweide / Berlin. ■

Aktuelle Informationen gibt es unter www.treptowerantifa.de, www.antifa.de und www.halbe.da.ru.

Einige Worte vorweg...

» Von Seiten der rot-grünen Bundesregierung wird Rechtsextremismus derzeit allenfalls verwaltet. Mit der halbherzigen Weiterführung des Bundesprogramms CIVITAS meint man offenbar, der Imagepflege für eine liberale Öffentlichkeit genüge getan zu haben. Derzeit überwiegt der Diskurs um »Zuwanderungsbegrenzung«. Dieser definiert gleichzeitig die gesellschaftliche Stellung der potenziellen Opfer: Als Menschen zweiter Klasse ohne gleiche Rechte. Damit liefert man den rechten »Vollstreckern des Volkswillens« ausreichend Legiti-mation zum Zuschlagen, ohne auf offen rassistische Kampagnen wie Anfang der neunziger Jahre setzen zu müssen.

So verwundert es auch kaum, dass rassistisch motivierte Angriffe den Medien derzeit in den meisten Fällen nur noch Randnotizen wert sind. Dabei hat sich die Zahl der Vorfälle – allen gegenteiligen offiziellen Verlautbarungen zum Trotz – auf gleichbleibend hohem Niveau stabilisiert. Ein Blick in die Nachrichtenagenturen macht deutlich, dass rechte Gewalt in den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen nach wie vor zum Alltag gehört.

Ganz normal?

Eine Gruppe von ca. 20 Neonazis randalierte im nordrhein-westfälischen Hamminkeln und verletzte dabei einen Türken schwer, meldete dpa am 1. September. Zwei Tage später werden im brandenburgischen Cottbus ein jordanischer Arzt und seine Tochter von fünf Naziskins vor einem Supermarkt rassistisch beschimpft und geschlagen. Die Staatsanwaltschaft Cottbus leugnet zunächst jeglichen rassistischen Hintergrund. Am 18. September stößt eine Gruppe junger Männer auf dem Bahnhof der brandenburgischen Kleinstadt Perleberg einen 25jährigen algerischen Asylbewerber aus einem Regionalzug und treten auf den Mann ein. Zuvor hatte die Gruppe dessen deutsche Freundin beschimpft. In der Nacht zum 1. Oktober werfen Unbekannte zwei Molotow-Cocktails in die Räume eines deutsch-türkischen Kulturvereins im niedersächsischen Nordenham und sprühen Hakenkreuze an die Hauswand. Bei dem Brandanschlag entsteht ein Sachschaden von 75.000 Euro, fünf Bewohner des Hauses können sich unverletzt retten. Vier Tage später werden in Mönchengladbach zwei Russlanddeutsche von drei Männern im Alter zwischen 22 und 41 Jahren zunächst mit rassistischen Sprüchen beleidigt und dann angegriffen. Die Opfer erleiden Platz- und Schnittwunden.

Diejenigen, die tagtäglich mit den Betroffenen in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten, kommen in den nachfolgenden Artikeln selbst zu Wort.[1] Eineinhalb Jahre nach Einrichtung dieser professionellen Initiativen für die explizite Unterstützung von Opfern rassistischer und antisemitischer Gewalt, fallen drei Aspekte besonders auf: Der Bedarf an Unterstützung ist so gross, dass die MitarbeiterInnen der Projekte ständig am Rand der Überlastung arbeiten.

Zum anderen bedingen sich institutioneller Rassismus und Rechtsextremismus bei den Fragen, wer Opfer rechter Gewalt wird und welche Möglichkeiten die Betroffenen haben. Die Arbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen für Opfer rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt (agOra) fordert daher zu Recht als ersten Schritt ein Bleiberecht für die Betroffenen.[2]

Kaum Unterstützung für Opfer im Westen

Dritter und wichtigster Aspekt ist, dass es in den alten Bundesländern keinerlei professionell arbeitenden Strukturen zur Unterstützung von Opfern rassistischer und rechter Gewalt gibt. Frei nach dem Mythos »im Osten ist alles viel schlimmer« ignorieren Öffentlichkeit und Politik die Fakten: Die Überreste der Zivilgesellschaft im Westen lassen die Opfer rechter Gewalt im Stich. Hier hat das jahrelang transportierte Bild, wonach Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in erster Linie ein »ostdeutsches Phänomen« seien, fatale Folgen.

Veröffentlichungen, die das Gegenteil nachweisen – wie die jüngst veröffentliche Studie »Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« – werden kaum zur Kenntnis genommen. Dabei ist das Ergebnis der Umfrage unter 2051 Personen in Ost und West erschreckend. So stimmten 43 Prozent aller Befragten der Aussage zu, »Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen«. Der Aussage, »die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« stimmten 37 Prozent aus dem Westen und 42 Prozent aus dem Osten zu.[3]

Die logische Konsequenz für eine antifaschistische Bewegung sollte es sein, aus eigener Kraft Strukturen aufzubauen, die den Opfern der herrschenden Meinungen zur Seite stehen – unabhängig von einer staatlichen Finanzierung. ■

1| Im Dezember 2002 werden die Projekte die gemeinsame Broschüre »Beraten und Intervenieren« veröffentlichen, in der sie ihre Arbeit ausführlich darstellen. Die Broschüre kann über die Beratungsstellen bestellt werden.
2| http://www.agora-info.de.
3| Gemeinsam veröffentlicht von der Universität Leipzig und dem Berliner Politikwissenschaftler Oskar Niedermeyer. http://www.uni-leipzig.de/presse2002/bild/pdf/rechtsextremismus.pdf



Keine idealen Opfer



Wahrnehmungsschwierigkeiten in Brandenburg

Wittstock an der Dosse, eine Kleinstadt am nordöstlichen Rand von Brandenburg, kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus. Die jüngste Meldung stammt von Anfang September: Unbekannte verübten einen Brandanschlag auf die Gedenkstätte im Belower Wald, in der an die Todesmärsche der KZ-Häftlinge kurz vor der Befreiung vom Nationalsozialismus erinnert wird. Schon seit Anfang der neunziger Jahre wurden MigrantInnen, dunkelhäutige TouristInnen, russisch-deutsche AussiedlerInnen und linke Jugendliche in der Stadt Opfer rechter Angriffe. Wittstock ist seitdem ein Kristallisationspunkt der rechtsextremen Organisierung in Brandenburg.

» Der Verein Opferperspektive[1] entschied Anfang 2001, in Wittstock und Umgebung intensiv und längerfristig zu arbeiten. Nach einem Angriff auf einen schwarzen Deutschen im Mai 2001[2] erhielten wir Hinweise, dass nicht nur MigrantInnen und linke Jugendliche Opfer rechter Gewalt wurden, sondern auch immer mehr Russlanddeutsche Angriffen, insbesondere von rechten Jugendcliquen, ausgesetzt sind. Zunächst war es schwer, Kontakt zu der russlanddeutschen Gemeinde zu bekommen. Die Opferperspektive bemühte sich, eine Rechtshilfebroschüre in russischer Sprache zu verteilen und damit verbunden ein konkretes Beratungsangebot zu machen. Einige wenige Familien, die einer systematischen Diskriminierung oder körperlichen Angriffen ausgesetzt waren, nahmen schließlich Kontakt auf. Sehr schnell zeigte sich, dass auf der Seite der russisch-deutschen Gemeinde eher eine passive und abwartende Haltung dominierte. Die meisten AussiedlerInnen waren nur bereit, in anonymer Form über entsprechende Vorkommnisse zu berichten, sie hatten Angst vor möglichen Konsequenzen von Seiten der Stadt und der örtlichen rechten Szene. Sie selber sahen sich eher als AusländerInnen, denn als Spätaus-siedlerInnen. Nur wenige Betroffene von rassistischen Angriffen sahen einen Sinn darin, die Vorfälle bei der Polizei anzuzeigen. Allerdings wurde das Team der Opferperspektive nach einigen Gesprächen mit AussiedlerInnen schon bald von Familie zu Familie gereicht. Dadurch erhielten wir einen Eindruck davon, unter welch enormem Druck und unter welcher Angst AussiedlerInnen in Wittstock und Umgebung leben müssen.

Die eher passive Haltung der Russlanddeutschen wird durch die Hoffnung genährt, »bald« Wittstock verlassen zu können und sich auf den Weg in die alten Bundesländer zu machen. SpätaussiedlerInnen sind nach dem Bundesvertriebenengesetz zwar als deutsche Staatsbürger aufzunehmen, jedoch ist für sie das Wohnraumzuweisungsgesetz gültig. Dies bedeutet, dass trotz der deutschen Staatsbürgerschaft das Grundrecht der Freizügigkeit für die Dauer von drei Jahren eingeschränkt ist – es sei denn es gelingt den Betroffenen, sich selbständig einen Arbeitsplatz zu suchen. Für viele AussiedlerInnen in Wittstock bedeutet dies, die Stadt und den Landkreis nach dem Ablauf der Dreijahresfrist so schnell wie möglich zu verlassen.

Aus diesem Grund fand auch der Vorschlag des Teams der Opferperspektive an die russisch-deutschen GesprächspartnerInnen keine Zustimmung, sich in das Bündnis für ein tolerantes Wittstock einzubringen und dieses Forum zu nutzen, um auf ihre eigene prekäre Situation aufmerksam zu machen.

Der Tod von Kajrat B.

Am frühen Morgen des 4. Mai 2002 wurden der 24jährige Kajrat B. und sein Freund Max K. nach einem Partybesuch in Alt-Daber bei Wittstock von hinten angegriffen und mit äußerster Brutalität zusammengeschlagen. Max K. berichtete später, sie hätten schon während der Technoparty gemerkt, dass sie als →

→ »Russlanddeutsche« erkannt worden seien. Die beiden hätten sich unwohl gefühlt und aus Angst gewartet, bis nur noch wenige Gäste anwesend waren. Der Angriff auf Kajrat B. und Max K. ereignete sich dann, als die beiden frühmorgens die Party verließen und zu ihren Fahrrädern gehen wollten. Mindestens vier Personen waren an dem Angriff beteiligt. Dabei wurde Kajrat B. mit einem 15 Kilogramm schweren Feldstein der Brustkorb zertrümmert, außerdem wurde er mit schweren Stiefeltritten traktiert. Um die Angreifer stand zu diesem Zeitpunkt eine ca. 10 bis 15-köpfige Gruppe herum, die nicht eingriff. Die Staatsanwaltschaft geht von einem fremdenfeindlichen Motiv für die Tat aus. Zwei Wochen später starb Kajrat B. an seinen schweren inneren Verletzungen. Der Tod von Kajrat B. spitzte die Situation in Wittstock innerhalb kurzer Zeit ungemein zu. Die russisch-deutsche Gemeinde befand sich nach dem Tod von Kajrat in einem Schockzustand.

Auch wenn das fremdenfeindliche Tatmotiv bisher nur von der Staatsanwaltschaft vermutet wird, so gibt es doch auf Seiten der russisch-deutschen Gemeinde niemanden, der nicht davon ausgeht, dass Kajrat B. Opfer eines rassistischen Angriffs wurde.

Nazistrukturen vor Ort

In Wittstock existiert einer der aktivsten NPD-Kreisverbände in Brandenburg. Der in Cumlosen lebende Landwirt Mario Schulz[3] und NPD-Landesvorsitzende von Berlin/Brandenburg baute innerhalb von zwei Jahren einen aktiven Kreisverband in der Stadt auf, der einerseits durch Demonstrationen Nachwuchs zu rekrutieren versucht, aber andererseits auch Einfluß auf die Kommunalpolitik ausüben will. So diskutierte Schulz im April 2002 bei einer Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus fleißig mit den städtischen Kommunalpolitikern und forderte für die örtliche »nationale Jugend« einen eigenen Treffpunkt.

Der 36jährige Schulz stellt für die rechte Szene im Ort und den umliegenden Dörfern eine Art Vaterfigur dar. Er bietet sich als Ansprechpartner für politische Diskussionen ebenso wie für soziale Probleme seiner Schützlinge an.

Neben der NPD, die vorwiegend jugendliche Anhänger in Wittstock und Umgebung hat, existieren noch einzelne rechte Cliquen, die durch eine hohe Gewaltbereitschaft auffallen. An dem stadtbekannten rechten Treffpunkt an der ELF – Tankstelle mischen sich »organisierte« Rechte mit den eher subkulturell orientierten Cliquen.

Vorläufer der heutigen rechtsextremen Organisierung fanden sich schon Anfang der neunziger Jahre. Naziskins wie Marco Benack gehörten zu den ständigen Gästen des Jugendclubs Havanna und konnten dort ungestört rekrutieren. Angriffe auf nicht-rechte Jugendliche und Linke waren Anfang und Mitte der neunziger Jahre in Wittstock an der Tagesordnung.[4] So wurden beispielsweise bekannte linke Jugendliche mehrfach in ihren Wohnungen und auf offener Straße überfallen. Neonazis schossen auf die Fenster einer Wohnung, in der eine stadtbekannte nicht-rechte Sozialarbeiterin lebte. In der Stadt gab es von Seiten der politisch Verantwortlichen, wie beispielsweise dem seit 1990 amtierenden Bürgermeister Lutz Scheidemann (FDP), keinerlei Reaktionen auf den rechten Terror. Es wurde geschwiegen und verharmlost; die Polizei kam entweder zu spät oder drangsalierte die Opfer der Angriffe. Die meisten von ihnen verließen die Stadt, so dass sich eine rechte Hegemonie ungestört entwickeln und etablieren konnte. Entsprechend gut vernetzt sind Wittstocker Neonazis und rechte Schläger heute auch. Kontakte zu »Kameraden« in Neustrelitz oder Waren in Mecklenburg-Vorpommern sowie gemeinsame Besuche bei überregionalen Naziskinkonzerten gehören selbstverständlich zum rechten Alltag.

Heute werden die meisten rassistischen Übergriffe in Wittstock von diversen losen, auf »Kameradschaft« basierende Strukturen verübt. Aber auch Protagonisten der örtlichen NPD wie Sven Knoop und Matthias Wirth sind in diese Angriffe involviert.

Nach dem Tod von Kajrat B. übte sich die örtliche NPD-Struktur in Distanzierungsritualen, und einige »Kameraden« nahmen gar demonstrativ an dem nachfolgenden Trauermarsch teil. Mario Schulz gab die Taktik vor, als er mit der Parole »Gewalt ist keine Lösung – Deutsche sollen keine Deutschen schlagen« an seinen rechten Nachwuchs appellierte, sich aus Imagegründen kurzfristig zurück zu halten. Was von derartigen Parolen zu halten ist, zeigt die Realität: So registrierte der Verein Opferperspektive beispielsweise allein für das erste Halbjahr 2002 neun rassistische Angriffe auf AussiedlerInnen in Wittstock.

Das Problem eines Bündnisses von Oben

Es dauerte lange, bis in Wittstock die rechtsextremen Strukturen wahrgenommen und als Problem definiert wurden. Antifastrukturen oder andere antirassistische, linke Basisinitiativen existieren vor Ort nicht, die Jugendkulturen sind überwiegend rechts dominiert. Noch im letzten Jahr verkündete Bürgermeister Scheidemann der Presse: »Weil hier so eine Truppe am Werk ist, heißt es,

Wittstock ist rechts. Wittstock ist nicht rechts«. Rechte Gewalt wurde allenfalls Einzelpersonen zugeschrieben, individualisiert, bagatellisiert und somit entpolitisiert.

Erst Ende des Jahres 2001 gründete sich ein Bündnis gegen Rechtsextremismus, das von der Polizei initiiert wurde und hauptsächlich aus einzelnen städtischen FunktionsträgerInnen besteht. Anlaß zur Gründung dieses »Bündnisses für ein Tolerantes Wittstock« war ein als Geburtstagsparty getarntes Kameradschaftstreffen von 60 Neonazis im örtlichen Jugendclub Havanna im Herbst 2001, das durch einen Einsatz der Polizeisondereinheit MEGA aufgelöst wurde. Danach forderte die örtliche Polizei die Einrichtung eines »Präventionsrates« und auch der Superintendent der evangelischen Kirche, Heinz-Joachim Lohmann, rief zur Beteiligung an einem Bündnis auf.

Obwohl sich die Opferperspektive der Beschränktheit einer Stellvertreterpolitik bewusst ist, entschied sich das Team, den bestehenden Kontakt zu dem Bündnis zu nutzen, um über die desolate Situation der AussiedlerInnen zu informieren und zu einer Sensibilisierung beizutragen. Parallel setzen wir die Besuche bei den betroffenen deutsch-russischen Familien fort und dokumentieren die Ereignisse.

Russlanddeutsche: Keine idealen Opfer?

Nach dem Tod von Kajrat B. dauerte es Tage, bis sich öffentliche Funktionsträger, Medien und Anti-faschistInnen äußerten. Eine Spontandemonstration fand in Wittstock nicht statt, zu dem Trauermarsch zwei Wochen später kamen nur wenige. Die Opferperspektive musste erneut feststellen, dass es sowohl bei den Funktionsträgern in den Behörden, aber auch beim überwiegenden Teil der AktivistInnen des Bündnisses große Schwierigkeiten gab, Russlanddeutsche als Betroffene von rassistischer Gewalt wahrzunehmen. Erst Wochen nach dem brutalen Mord an Kajrat B. wurden das Ausmaß der Angriffe gegen Russlanddeutsche erkannt und Versäumnisse eingestanden.

Offensichtlich steht in diesem Fall die spezifische Wahrnehmung der Gruppe der Russlanddeutschen quer zur sozialen Konstruktion des »idealen Opfers«, das im »Regelfall« von einem unbekannten, körperlich überlegenen Täter angegriffen wird, obwohl das Opfer alles getan hat, um diesen Angriff zu verhindern. Auch sollte ein »ideales Opfer« sich weder dem Täter gegenüber »provokativ« verhalten, noch sich an einem unsicheren Ort aufgehalten haben. Beim Eintreffen der Polizei sollte sich das Opfer gegenüber den Ermittlungsbehörden kooperativ verhalten. Offensichtlich sind bei der Zubilligung des Opferstatus die eben genannten Aspekte entscheidend. Antworten von Seiten der Anwohner wie »die sind jà selber schuld, wenn sie angegriffen werden« sind eher die Regel als die Ausnahme. Dieses Bild beeinflußt jedoch nicht nur die Bevölkerung Wittstocks, sondern auch unter AntifaschistInnen ist es weit verbreitet zu behaupten, »die Aussiedler wehren sich wenigstens, die haben was drauf«. Woher diese Zuschreibungen kommen und welchen empirischen Gehalt sie aufweisen, bleibt im Dunkeln.

Im Fall von Wittstock und dem Tod von Kajrat B. erhielten derartige Argumentationsmuster und Vorurteile auch durch einen Teil der Medien neue Nahrung.

So schrieb der Spiegel in einem Beitrag über Wittstock von einer »sibirischen Selbstjustiz«, vor der selbst die Rechten Angst hätten. Mit dem Bild des »kräftigen Kasachen« operierend, konstruiert der Spiegel-Artikel einen Bandenkonflikt zwischen Spätaussiedlern und der örtlichen rechten Szene.[5]

Die Diskurse über den »kräftigen Kasachen« und die »sibirische Selbstjustiz« sind älteren Ursprungs und lassen sich sowohl auf die nationalsozialistische Propaganda als auch auf die Zeit nach 1945 zurückführen, in der systematisch Ängste vor »den Russen« und später vor der sowjetischen Besatzungsmacht geschürt wurden.

Unter Zugzwang

Durch den Tod von Kajrat B. sind die Funktionsträger der Stadt in Zugzwang geraten. Zur Zeit besteht eine Situation, in der das Ausmaß rechtsextremer Angriffe nicht mehr verharmlost werden kann und gleichzeitig seitens der Stadt anerkannt wird, dass es jahrelang vernachlässigt wurde, Kontakt zu den SpätaussiedlerInnen aufzubauen und Integrationsmaßnahmen anzubieten. Von Seiten der russisch-deutschen Gemeinschaft wird die Notwendigkeit einer eigenen Interessenvertretung anerkannt. Es gibt Versuche der jugendlichen SpätaussiedlerInnen, für einen eigenen Club zu kämpfen. Kritisch bleibt anzumerken, dass ein Bündnis ohne antifaschistische Jugendliche, Basisinitiativen und Betroffene rassistischer Gewalt im Spannungsfeld zwischen (un)professioneller Jugendarbeit und Imagerettung für die Stadt agiert und nur eingeschränkt wirksam werden kann. ■

Dieser Artikel wurde uns von der Opferperspektive e.V. zur Verfügung gestellt.

Kontakt:
Opferperspektive e.V.
Lindenstr. 53
14467 Potsdam
Tel. 0171/1935669

1| Zur Arbeit der Opferperspektive siehe u.a. AIB Nr. 48, Juli/August 1999, S. 52f., »Die Sicht der Opfer in den Mittelpunkt stellen«

2| Im Mai 2001 überfielen fünf teilweise vermummte Neonazis, darunter die örtlichen Neonazi-Kameradschaftsaktivisten Sven Knoop und Daniel Elz, einen 18jährigen schwarzen Deutschen in der Wohnung seines Freundes. Aus Angst vor den Angreifern flüchtete das Opfer über den Balkon der Wohnung und stürzte dabei aus dem 2. Stock des Plattenbaus. Daniel Elz, Dennis Elz sowie Karsten S. wurden im März 2002 zu Jugendstrafen zwischen 13 und 18 Monaten Haft verurteilt. Sven Knoop wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen, wobei der Staatsanwalt davon ausging, dass Knoop von seinen Mitangeklagten gedeckt wurde.

3| Mario Schulz fällt immer wieder durch gezielt provokative Propagandaaktionen auf: So verbrannte er im September 2001 während eines NPD-Aufmarsches in Neuruppin eine us-amerikanische Fahne und handelte sich damit ein Ermittlungsverfahren ein. Schulz war auch der Anmelder des antisemitischen NPD-Aufmarsches in Potsdam am 14. September 2002 unter dem Motto »Schluß mit der Masseneinwanderung russischer Juden – Deutschland uns Deutschen.«

4| Vgl. »Hinter den Kulissen... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg«, 1993, S. 22f., »Wittstock – Die Grenze des Erträglichen ist überschritten« und »Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update '99«, S. 56f., »Neuruppin«

5 Vgl. Spiegel 27/02

ReachOut e.V. Berlin

Sie sollen Dich schützen, und es geschieht das Gegenteil

Tatort Berlin: »Wer Deutscher ist, entscheide ich, du Kanake«

Die Beratungsstelle ReachOut in Berlin vertritt Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Bedrohungen bzw. Gewalt. Die Opfer, die unseren Rat und Unterstützung suchen, kommen ursprünglich aus unterschiedlichen Ländern Afrikas und Lateinamerikas, sind schwarz oder weiß und Deutsch oder einfach jung und Punks. Sie trifft der Zorn und die Gewalt derjenigen, die dieses Land zur »ausländer- und zeckenfreien«, zur national befreiten Zone machen möchten und dies zu Teilen schon erreicht haben.

» Daneben – und abweichend von den Beratungsstellen in den anderen Bundesländern – unterstützt ReachOut auch Menschen, die von Polizisten überfallen und misshandelt wurden. Sie wurden in ihrer eigenen Wohnung oder auf der Straße geschlagen und gedemütigt. Diese Opfer werden nie wieder – egal an welchem Ort in diesem Land – ein Gefühl relativer Sicherheit haben. Denn für diese Tätergruppe gibt es keine Sperrgebiete, keine Räume, in die sich nicht hineintrauen, weil ihnen ein starker Widerstand entgegengesetzt wird oder weil eine »Zivilgesellschaft« oder doch wenigstens ein Gericht ihrem Treiben Grenzen setzt.

Tatort: Berlin-Kreuzberg

»Sie sollen dich schützen und es geschieht das Gegenteil«.

Polizeieinsatz auf einer Party. Wegen Ruhestörung hat jemand die Polizei gerufen. Ein alltäglicher Vorfall. Der normale Verlauf wäre gewesen, dass die Polizisten klingeln, sagen, dass es Beschwerden gegeben hat und androhen, bei ihrem nächsten Erscheinen die Anlage oder die Instrumente mitzunehmen. Nicht so in diesem Fall. Aggressive Polizisten betreten ohne zu klingeln oder zu klopfen die Wohnung. Die Musik wird von den Partygästen sofort abgestellt. Aber die Musik war zu laut bei einem Türken, der auch noch nachfragt, warum diese Polizisten einfach seine Wohnung betreten und ihnen sagt, dass sie dazu kein Recht hätten. Der Mann zeigt seinen deutschen Personalausweis, möchte eine Dienstnummer bekommen und eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen, bietet auch seinen Presseausweis an. Er bekommt sogar eine Dienstnummer ausgehändigt und denkt nichts Schlimmes, als er mit den Polizisten nach unten auf die Straße geht, um im Einsatzwagen ein Protokoll aufnehmen zu lassen. Dort greift ihn unvermittelt einer der Beamten an und windet ihm die Karte mit der Dienstnummer aus der Hand. Es fallen Worte, wie »wer Deutscher ist, entscheide ich, du Kanake«. Das Ende: Ein offener Nasenbruch, ein Schädelhirntrauma, ein blaugeschlagener Körper, Intensivstation, monatelange Arbeitsunfähigkeit, physische und psychische Verletzungen mit lebenslangen Folgen. Mehr als zwei Jahre nach der Tat ist S. noch immer fast ausschließlich mit den Folgen dieses Angriffs beschäftigt. Er hat immer noch Angstzustände und Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, leidet unter Schlaflosigkeit und hat seinen Geruchssinn verloren. Vor wenigen Monaten erlitt er einen Herzinfarkt. Ein Attest bestätigt, dass auch dies mit großer Wahrscheinlichkeit eine Folge der permanenten Stresssitu-ation ist, in der er seit dem Angriff lebt.

Andere Folgen des nächtlichen Überfalls sind Anzeigen wegen »Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und Körperverletzung« gegen das Opfer und gegen einen Zeugen. Diese Verfahren enden mit Freisprüchen. Die als Zeugen geladenen Polizisten konnten das Gericht ausnahmsweise einmal nicht von ihrer Version überzeugen oder beriefen sich auf ihr Aussageverweigerungsrecht, weil sie sich selbst belasten könnten.

Das Verfahren gegen die Polizisten wegen Körperverletzung im Amt ist auch über zwei Jahre nach der Party noch nicht eröffnet. Seit November 2001 existiert zwar eine Anklageschrift, aber einen Prozesstermin gibt es immer noch nicht. Das ist eine ungewöhnlich lange Zeit für die Eröffnung des Gerichtsverfahrens. Auch

diese Verschleppung führt dazu, dass es dem Opfer nicht möglich ist, den Angriff psychisch zu verarbeiten.

Schauplatz: Berlin-Neukölln

»Sie können sich nicht vorstellen, dass ein Schwarzer ein teures Auto fährt«

In der Nähe seiner Wohnung hat A. sein Auto abgestellt. Irgendetwas stimmt nicht mit den Sicherheitsgurten. Er will das überprüfen und bemerkt, dass ein Polizeiwagen langsam vorbei fährt. Er versucht weiter das Problem mit den Gurten zu lösen und setzt sich dazu auf den Rücksitz. Jetzt bemerkt er das Polizeiauto neben seinem Wagen. Einer der Polizisten leuchtet ihn an. Auf die Frage, was denn los sei, erhält er keine Antwort, sondern die Aufforderung, seinen Pass und den Führerschein zu zeigen. Auf die Frage, gegen welche Verkehrsregel er verstoßen habe, erhält er auch keine Antwort.

Die Polizisten bemerken, dass der Schlüssel noch steckt, und einer teilt A. auch mit, dass sie vermuten, er wolle das Auto klauen. Darauf erwidert A.: »Wer klaut denn ein Auto vom Rücksitz?« A. hat eine schwarze Hautfarbe und bezweifelt, dass die Polizisten einen weißen Deutschen auch auf diese Art kontrollieren würden. Das sagt er den Polizisten auch und steigt aus, um seinen Pass zu holen. In diesem Moment hetzen die Polizisten einen Hund auf A. Ein Beamter sprüht ihm Pfefferspray in die Augen, der andere legt ihm Handschellen an. Mit Gewalt wird er zu Boden geworfen. A. wird mit dem Kopf auf den eisigen Boden gepresst und hat Schwierigkeiten beim Atmen. Er schreit um Hilfe, weil er sich in Lebensgefahr sieht. Zwei junge Männer bieten an, seine Ehefrau aus der nahegelegenen Wohnung zu holen. Dies abzuwarten, fehlt den Polizisten die Zeit. A. wird in den Einsatzwagen verfrachtet, in dem ein weiterer Polizist bei ausgeschalteter Innenbeleuchtung auf ihn einschlägt. Der Polizist droht, ihn zu erschießen und ihn ins Wasser zu werfen. A. sieht sein Ende gekommen.

Schwierige Beweisführung

Genannt wurden hier lediglich zwei Beispiele von Opfern, die sich selbst – unseres Erachtens zu Recht – als Opfer rassistischer Gewalt definieren und ReachOut aufgesucht haben.

Wären die Täter keine Polizisten, könnte der Nachweis geführt werden, dass es sich um rassistische Gewalt handelt: durch die Äußerungen und die Tatsache, dass es offensichtlich keinen anderen Grund für diese Eskalation der Gewalt gibt, als die jeweilige Herkunft und damit verknüpfte Bilder.

Der Nachweis, dass schon der Anlass für eine Polizeikontrolle einen rassistischen Hintergrund hat, ist jedoch fast unmöglich. »Wie bei der Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei und der illegalen Gewaltanwendung durch Polizeiangehörige gibt es keine empirischen Untersuchungen über das Ausmaß derartiger Vorwürfe. Somit sind sie für die Verantwortlichen nicht bewiesen und alles kann so bleiben, wie es ist«, so Korell und Liebel in ihrem Buch »Polizeiskandal – Skandalpolizei« (2000). Amnesty International spricht im ai-Bericht über Misshandlungen durch Polizeibeamte in Deutschland von einem »unübersehbaren, besorgniserregenden Muster von Menschenrechtsverletzungen«.[1]

Auf die Problematik »verdachtsunabhängiger Kontrollen« an sogenannten »gefährlichen Orten« wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen. Aber auch außerhalb dieser bürgerrechtsfreien Gebiete sind die Polizeikontrollen nicht »verdachtsunabhängig«, sondern sie fußen auf einem Generalverdacht gegenüber Minderheitengruppen, bei denen Polizisten eine hohe Trefferrate für ihren Verdacht und eine geringe Beschwerdemacht der Kontrollierten vermuten.

Kampf gegen Windmühlen

Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sind nicht nur Menschen, die an öffentlichen Orten nachts und zudem im Osten der Republik oder in Ostberlin von marodierenden Rechtsextremen zusammengeschlagen und gedemütigt werden. Unter Umständen sind es auch Opfer von staatlich legitimierten Uniformträgern, die ihre Gesinnung mit Hilfe ihres Jobs gnadenlos, meistens straflos und sehr häufig eben auch in Übereinstimmung mit ihrem Dienstauftrag ausleben können.

Mit staatlicher Förderung Beratung für Opfer rechter und rassistischer Gewalt zu leisten und Diskriminierungen entgegenzuwirken, erweist sich mitunter als Kampf gegen Windmühlen. Die großen Ziele der Projekte »menschenrechtsorientiert« die »Entwicklung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen« als »wichtige Elemente zur Stärkung der demokratischen Kultur und im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«[2] zu verwirklichen, stehen bisweilen konträr zu den politischen Rahmen-bedingungen, in denen die Projekte agieren müssen. Deshalb muss der Auftrag immer über die unmittelbare Opferberatung und –unterstützung hinausgehen. Die Opfer rassistischer Polizeigewalt vor Augen, muss die Forderung eben auch die Demokratisierung des Polizeiapparates und nicht nur der Zivilgesellschaft beinhalten. ■

1| Vgl. ai-Bericht, 1995

2| Vgl. Civitas-Leitlinien

reachOut
Köpenicker Str. 9
10997 Berlin
Tel.: 030/69568339
Fax: 030/69568346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Jobs für Schläger

Sachsen gehört nach wie vor zu den Bundesländern, wo ganze Regionen dem gleichen, was als »National Befreite Zone« durch die Medien geht. Tatsächlich gibt es hier viele Landstriche, die ständiger Angstraum für nicht-deutsche Menschen und alternative Jugendliche sind, da hier eine rechte Jugendkultur dominiert. Die NPD fährt Traumergebnisse bei regionalen Wahlen ein, und die Kameradschaftsszene boomt. Die regionalen Verantwortungsträger üben sich häufig in penetranten Verharmlosungen oder stellen ihren organisierten Nazikadern eigene Jugendclubs zur Verfügung. Formen zivilgesellschaftlicher Interventionen werden als ungerechtfertigte Einmischung von Außen abgelehnt. Doch trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen bemüht sich AMAL Sachsen seit Sommer 2001 um die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt. Hierbei arbeitet AMAL nach einem parteiischen, an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten Ansatz. AMAL ist in Sachsen mit drei Büros und entsprechend drei Teams vertreten: in Wurzen, Dresden und Görlitz. Träger von AMAL Sachsen ist das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen. Finanziert wird AMAL durch das Bundesprogramm CIVITAS.

» In der Nacht vom 30. zum 31. Oktober 2001 sind drei Jugendliche in der Nieskyer Innenstadt Heimweg. Als sie den beiden stadtbekannten Rechtsextremen Robert Neumann und Benjamin Flehmig begegnen, versuchen sie diesen aus dem Weg zu gehen. Doch die Verfolger haben kein Interesse daran, die Jugendlichen ziehen zu lassen. Die Schritte werden schneller, schließlich ergreifen die drei die Flucht. In einem Hinterhof verstecken sie sich, werden jedoch kurz darauf entdeckt. Nach einem kurzen Wortwechsel beginnen die Schläge, 10-15 weitere Rechte, die bereits informiert waren, stoßen zu der Gruppe hinzu. Der Hinterhof wird zur Falle, alle drei werden wieder und wieder von ihren Angreifern geschlagen und getreten. Erst die Drohung einer Nachbarin, sie rufe die Polizei, lässt die rechten Schläger inne halten.

Leider kein Einzelfall in der ostsächsischen Kleinstadt, deren Bürgermeister Wolfgang Rückert (CDU) behauptet, es gäbe kein Problem mit Rechtsextremismus. Dabei gibt es seit Anfang der neunziger Jahre neonazistische Aktivitäten in der 12.000 Einwohner zählenden Stadt und deren Umgebung.

Jahrelange Naziorganisierung

Anfangs waren es das Junge Nationale Spektrum (JNS) bzw. die Jungnationalen (JNA) mit deutlicher Beeinflussung durch den Berliner Nazikader Frank Schwerdt, das in Niesky mit Udo Hempel einen agilen Aktivisten aufzubieten hatte.

Doch seit Mitte der neunziger Jahre ist eine andere Gruppierung in Niesky und Umgebung aktiv: die Kameradschaft Schlesische Jungs (SJ). Sie zählt ca. 20 Mitglieder und nutzt seit Jahren Räumlichkeiten, die ihr von der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft vermietet werden. Wie für Kameradschaften üblich, geben sich viele ihrer Mitglieder über eine gemeinsame Symbolik in der Öffentlichkeit zu erkennen - mit einheitlichem Schriftzug auf Bomberjacken, T-Shirts und Autos. Sie beteiligen sich sowohl an regionalen Naziaufmärschen als auch an Übergriffen auf alternative Jugendliche. Kontakte zu anderen Kameradschaften in der Region werden gepflegt, und auch vor Ort gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Nazi-Gruppierungen. So nutzen die Schlesischen Jungs mit dem Bündnis Rechts und dem Ortsverband der NPD ein gemeinsames Postfach. Ideologisches Futter erhält die Kameradschaft u.a. von Klaus Menzel aus Niederseifersdorf bei Niesky. Der aus Norddeutschland zugezogene Rentner ist nicht nur designierter Nachfolger des Ex-Wehrmachtsoff-iziers und Gründers der Kleinstgruppe Interessensgemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V., Georg Paletta, sondern auch stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Sachsen.

Ignoranz der Opfer und Unterstützung der Täter

Die Reaktionen öffentlicher Stellen sind weitestgehend typisch für Sachsen. Der Aufstand der Anständigen hat hieran - wie in vielen anderen sächsischen Regionen - nichts geändert, da er schlichtweg nicht statt fand. Weder die Aktivitäten der SJ noch die Bereitstellung von Räumen für Neonazis werden, außer von der PDS und einem neu entstandenen, alternativen Jugendclub, öffentlich hinterfragt.

Während des Herbstfestes 2000 kam es zu gewalttätigen Attacken auf Festbesucher und einen Jugendclub, die man öffentlich nicht mehr unbeachtet lassen konnte. Als Reaktion wurden zum Herbstfest 2001 20 Mitglieder der Kameradschaft in das Sicherheitskonzept der Veranstalter einbezogen, indem Einzelverträge mit

Ignoranz in Sachsen

ihnen abgeschlossen und sie mit Security-Aufgaben betraut wurden. Eine tolle Idee sei das, waren sich Revierleiter, Ordnungsamt und Bürgermeister einig. Letzterer kommentierte die kritische Berichterstattung der Lokalpresse: »Das ist eine förmliche Einladung zu Randalen.«

Doch nicht nur beim Herbstfest wurden Mitglieder der Kameradschaft als Ordner beschäftigt. Engagiert für diesen Job wurden sie im vergangenen Jahr ebenfalls bei einem Schlesiertreffen in Nieskys größtem Restaurant und bei den Eishockeyspielen des örtlichen Eissportvereins.

Neben den Organisatoren von Veranstaltungen übten sich aber auch andere Institutionen im Integrieren bzw. Verharmlosen rechtsextremer Strukturen. Die bereits erwähnte Vermietung einer Immobilie durch die Stadt erinnert dabei stark an die Praxis der Stadt Zittau gegenüber dem Nationalen Jugendblock. Die Lokalredaktion der Sächsischen Zeitung berichtete über die Tätigkeiten der Kameradschaft ebenso wenig wie über die Übergriffe, denen alternative Jugendliche in Niesky immer wieder ausgesetzt waren. Das Thema Schlesische Jungs war Chefsache, und Chefredakteur Wolfgang Nagorske sah offenbar das Image seiner Stadt in Gefahr.

Für die vielen nicht-rechten Jugendlichen, die sich häufig auf dem Zinzendorfplatz im Stadtzentrum treffen und dort immer wieder von Mitgliedern der örtlichen rechten Szene angegriffen wurden, sind all diese Tatsachen völlig unverständlich. Und mehr noch: die Ignoranz lokaler Entscheidungsträger und das Desinteresse an einer Berichterstattung durch die einzige Zeitung vor Ort verschlechtern die Situation für die Betroffenen. Hinzu kommt, dass die Polizei in ihren Einsätzen oft die betroffenen Jugendlichen in ihrer Wahrnehmung, in ihren Ängsten nicht ernst nimmt, z.T. vor Ort sehr fragwürdig reagiert und somit von den Jugendlichen nicht als Unterstützung angesehen wird.

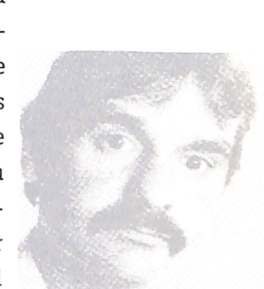
Die zahlreichen Feste in den Sommermonaten in Niesky und Umgebung werden z.B. von einigen Jugendlichen, aber auch von älteren Leuten inzwischen gemieden. Zu einschlägig sind die gemachten Erfahrungen; zu groß ist die Gefahr, Opfer eines Übergriffs zu werden.

Don Quichote in Sachsen?

So stellte sich die Situation dar, als die MitarbeiterInnen von AMAL im letzten Jahr begannen, Jugendliche in Niesky zu beraten. Dabei war erschreckend, dass die Betroffenen und deren Umfeld die ständige Bedrohung und letztlich auch die Gefahr, zusammen geschlagen zu werden, scheinbar als normal akzeptiert hatten.

Es konnte also nicht nur darum gehen, mit den Betroffenen eine juristische Aufarbeitung anzustreben. Vielmehr musste die Existenz rechter Strukturen in Niesky und die damit verbundene Einschränkung der Bewegungsfreiheit und somit auch der Lebensqualität öffentlich gemacht werden.

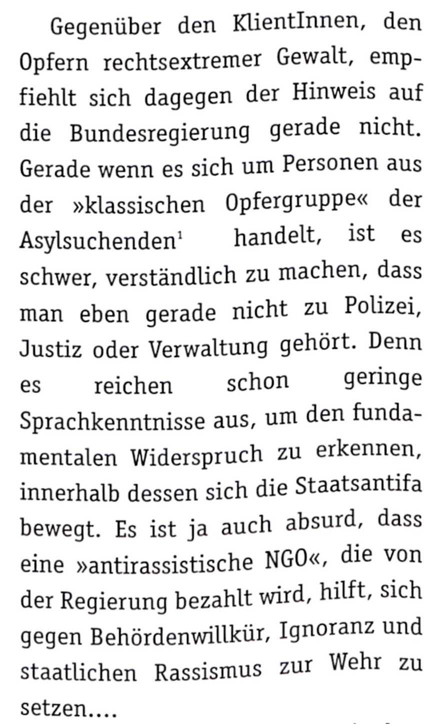
Unterstützung bekam AMAL hier durch die erst kürzlich in Niesky eingerichtete und ebenfalls CIVITAS-geförderte Netzwerkstelle. Ein Gespräch mit einigen Jugendlichen und der Sächsischen Zeitung wurde arrangiert. Dort fand sich mittlerweile eine Mitarbeiterin, die das Thema ebenfalls für wichtig hält und bereits erste Artikel veröffentlichte. Auch mit dem Revierleiter der Polizei gab es inzwischen ein Gespräch, in dem dieser Handlungsbedarf einräumte und Kooperationsbereitschaft zum Ausdruck brachte. Der nächste Schritt wird eine Gesprächsrunde sein, an der neben den Jugendlichen, dem Revierleiter und einem Vertreter des Ordnungsamtes auch der Bürgermeister teilnehmen wird. Die MitarbeiterInnen von AMAL begleiten diesen Prozess mit dem Ziel, dass die Betroffenen selbst zu Wort kommen können und ihre Sichtweisen, Wünsche und auch Verletzungen nicht übergangen werden. Sie sollen sich in ihrer Stadt auch nachts wieder ohne Angst bewegen können. Mit einer öffentlich geduldeten oder gar gestützten Kameradschaft vor Ort wird dies nicht möglich sein. ■



AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt
Beratungsteam Ostsachsen
Bautzener Str. 20
02628 Görlitz
Tel. 03581 / 878583 bzw. 0170 / 3180755
Fax 03581 / 878584
email: amal.goerlitz@ndk-wurzen.de

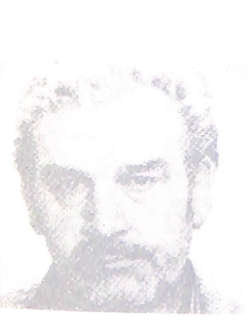
Opfer der Verhältnisse

Kaum hatten die Projekte zur Beratung von Betroffenen von rechtsextremen und rassistischen Angriffen ihre Arbeit aufgenommen, nagte schon der Zweifel an denen, die die Projekte – als Hauptamtliche oder entgeltlos arbeitende Freiwillige – mit Leben ausfüllten. Es lag ja von Anfang an auf der Hand, dass man im Rahmen des CIVITAS-Programms der Bundesregierung hier Geld von eben jenen erhält, die man im Rahmen der selbst gewählten und konzeptionierten Arbeit würde bekämpfen müssen. Statt einer Wende in der Einwanderungs- oder Asylpolitik geht es der rot-grünen Bundesregierung um Flüchtlingsabwehr, »Zuwanderungsbeschränkung«, Asylabschreckung und Massenabschiebungen. Auch in Bezug auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und rassistischem Denken ist höchstens Symbolisches passiert. Der Stellenwert des mörderischen Themas ist allenfalls marginal.



» Doch schon bei diesem Lamento sollte mensch vorsichtig sein und sich fragen, was er/sie denn erwartet. Dieses zweifelnde Reflektieren ist kennzeichnend für das ganze Agieren innerhalb der staatlich alimentierten Antirassismus- und Antifaschismus-Projekte.

Großes Krötenschlucken



Denn unter dem kardinalen Hauptwiderspruch, dass das Geld von den »Tätern«, den politischen Brandstiftern kommt, tummeln sich noch andere Kröten. So sehen sich diejenigen, die die hauptamtlichen Stellen besetzt haben, nun in der unangenehmen Situation, existenziell vom Sprudeln der Fördergelder abhängig zu sein. Die Strukturen, die mit dem warmen Geldregen aufgebaut wurden, werden nach dessen Versiegen so schnell verdorren, wie sie eben gerade mal die Oberfläche ankratzen. Und es werden Kräfte in einer »für unsere Verhältnisse« unglaublichen Bürokratie gebunden.

Das Geld bringt es auch mit sich, dass die Projekte bis zu einem gewissen Grad weisungsgebunden sind. Viel Arbeitszeit verbrauchen auch Halbjahres- und Jahresberichte sowie entsprechende Abrechnungen und Neubeantragungen, Mittelabruf pro Quartal, Rechnungsprüfungen etc.

Gesang zwischen den Stühlen

Doch die Tatsache, dass man das Geld genommen hat – und damit seine Unschuld oder Streetcredibility vergeigt zu haben fürchtet – hat noch weiter reichende Folgen: Mit dem Staatsgeld sind den Projekten ja noch lange keine hoheitlichen Befugnisse, keine Druckmittel zugewachsen. Das heißt, die ProjektmitarbeiterInnen haben in ihrer täglichen Arbeit keinerlei Druck- oder Sanktionsmittel. Was bleibt, ist, dass mensch sich in besonders unangenehmen Situationen bei Polizei, Behörden oder Politikern gelegentlich fast beschwörend auf die Bundesförderung beruft, um überhaupt etwas Gehör- oder Respektähnliches zu ernten. Die Wirkung ist allzu oft minimal: Ablehnung der Opfer samt UnterstützerInnen häufig der Alltag.

Gegenüber den KlientInnen, den Opfern rechtsextremer Gewalt, empfiehlt sich dagegen der Hinweis auf die Bundesregierung gerade nicht. Gerade wenn es sich um Personen aus der »klassischen Opfergruppe« der Asylsuchenden[1] handelt, ist es schwer, verständlich zu machen, dass man eben gerade nicht zu Polizei, Justiz oder Verwaltung gehört. Denn es reichen schon geringe Sprachkenntnisse aus, um den fundamentalen Widerspruch zu erkennen, innerhalb dessen sich die Staatsantifa bewegt. Es ist ja auch absurd, dass eine »antirassistische NGO«, die von der Regierung bezahlt wird, hilft, sich gegen Behördenwillkür, Ignoranz und staatlichen Rassismus zur Wehr zu setzen....

Neu war immerhin, dass mit dem Geld Projekte gefördert werden, die konzeptionell sehr weit gehende Eigenständigkeit haben, um ganz bewusst Kompetenzen und Personal im weit linken Spektrum der flüchtlingspolitischen, der Antira- und der Antifa-Szene einzubeziehen. Dabei gestaltet sich der Balance-Akt zwischen sozialpädagogischen Qualitätsstandards und politischem Anspruch meist äußerst schwierig – ein Aspekt jedoch, der durchaus zu den spannenderen Entwicklungen in der Opferberatung und Betroffenenarbeit gehört.

Diskriminierung in Thüringen

Das Beispiel der Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD)[2] zeigt, wie die grundsätzliche Ausrichtung des Pro-

Widersprüche und Perspektiven aus einem Jahr staatlich geförderter Opferberatungsarbeit in Thüringen

jekts über die reine Opferarbeit hinaus führt – und damit hinein in weitere Widersprüche oder Unzulänglichkeiten. Mit der Diskriminierung im Titel und im Konzept weitet ABAD ihr Wirkungsfeld erheblich aus: Der »klassische« prügelnde Neonazi taucht da nur am Rande auf. Nach der Phase des Sich-Bekannt-Machens als Anlaufstelle strömen allmählich immer zahlreicher Hilfesuchende in die Büros des Projekts. Sie fühlen sich diskriminiert, von der Polizei, auf Ämtern, im Asylbewerberheim, auf der Straße, im Supermarkt, in der Telefonzelle usw. Die auf den ohnehin diskriminierenden Gesetzen fußende Asylverwaltung und Ausländerpolitik wird – vermutlich nicht nur in Thüringen – von BeamtInnen vollzogen, die mit ihren Ansichten und Handlungsweisen, ihren Vorurteilen und Ressentiments ein Spiegelbild der erdrückenden Bevölkerungsmehrheit im Lande sind. Es gibt also jede Menge zu tun für ABAD, vor allem dort, wo tragfähige Strukturen und Netzwerke im Bereich der Flüchtlings- und Asylarbeit – im Sinne »klassischer Flüchtlingsratsarbeit« – vielerorts schlicht fehlen. Eine Abgrenzung gegenüber bestimmten Problemen Hilfesuchender ist da schwer möglich.

Der Aufbau der fehlenden Netzwerke von politischen Unterstützungsstrukturen ist vor diesem Hintergrund natürlich zwingend ein weiterer Schwerpunkt der ABAD-Arbeit. Wenn man nun noch die etwas schwammige Aufgabenstellung dazu nimmt, dass ABAD zur Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas« beitragen solle, kann mensch sich vielleicht vorstellen, dass dieser an sich richtige Gesamtblick auf das gesellschaftliche Problem von Rassismus und Rechtsextremismus nicht selten eine Überforderung sein muss.

Stoiber ante portas

Pünktlich zum Ein-Jahres-Jubiläum sorgte die Bundestagswahl auf »Geberseite« – d.h. bei den Stiftungen Demokratische Jugend und der Amadeu-Antonio-Stiftung, die die Gelder des Bundesministeriums verwalten – durch hektische Betriebsamkeit für massive neue Verunsicherungen in den jungen Projekten. Allen war klar, dass mit der Bundestagswahl und einem möglichen Regierungswechsel das Anti-Rechts-Programm als Ganzes zur Disposition stand. Aber auch mit Fortbestand der rot-grünen Regierung sind das Programm und die Projekte keineswegs gesichert. Im Bundeshaushalt sind vorläufig nur Personalkosten bis Ende März 2003 eingestellt. Ob ein neuer Bundestag eine »Verstetigung« der Projekte durch neue Fördermillionen sichern wird, ist völlig unklar. Den Projekt-Trägern wurde »vorsorglich« die Kündigung aller laufenden, längerfristigen Verträge – inklusive Arbeitsverträge – empfohlen.[3] Der im August vergebene Evaluationsauftrag an das Bielefelder Heitmeyer-Institut ist bezeichnender Weise nur bis Juni 2003 befristet. Es werden auf einmal Qualitätsmaßstäbe und Qualifikationsnachweise eingefordert, von denen bei der Einstellung des Personals vor knapp einem Jahr nicht die Rede war. Eine Kofinanzierung etwa auf Landesebene und befürwortende Stellungnahmen von Landes- oder Kommunalverwaltungen werden neuerdings für Neuanträge und von Projekten gefordert, die per Definition in parteiischer Haltung für Betroffene offiziellen Stellen in höchst konfliktträchtiger Position gegenüber stehen.

In dieser Situation, die nicht eben geeignet ist, zu neuen Taten zu motivieren, wird es Aufgabe der Geförderten sein, aus dieser kurzen Chance der finanziellen Ausstattung etwas zu machen, was über den Förderzeitraum hinausreicht.

Bei aller berechtigten Skepsis sollte man die Erfolge dieses ersten Jahres staatlich geförderter Opferarbeit nicht nur für unmittelbar Betroffene, sondern auch im Aufbau guter Netzwerke in bisher von Antira- und Antifa-Arbeit weitgehend unberührten Landstrichen nicht unterbewerten. Dennoch bleibt als Fazit die Frage: Ob der ungeheure Organisations- und bürokratische Aufwand die Energieverluste innerhalb widersprüchlicher Strukturen noch in einem Verhältnis zu den wünschenswerten Auswirkungen stehen. ■

1 Natürlich gehören zu den KlientInnen der Anlaufstellen auch »nicht rechte« Jugendliche, »normale« Leute, die zum falschen Zeitpunkt in eine No-Go-Area gerieten, Aussiedler, und seltener jüdische Menschen, Schwule, Lesben und Menschen mit Behinderung.

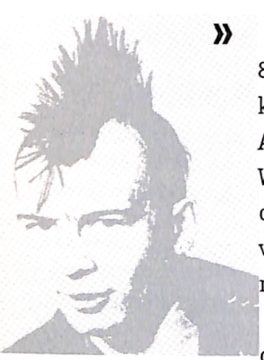
2 Projekte wie ABAD in Thüringen, mit fünf Hauptamtlichen in zwei Büros in Gera und in Erfurt sowie tragfähigen Ehrenamtlichenstrukturen, sind seit Mitte 2001 in allen fünf ostdeutschen Bundesländern gegründet worden. Modell und älteste Opferberatungsstelle ist dabei die »Opferperspektive Brandenburg«. Bezahlt wird ein Großteil (oft alles) des Personals, der Ausstattung und der laufenden Arbeit der Projekte aus dem CIVITAS-Programm.
http://www.abad-th.de

3 Maria Pfennig von SDJ in der Berliner Zeitung vom 12.8.2002

Der Artikel wurde uns von ABAD e.V. zur Verfügung gestellt.

ABAD e.V.
Büro Erfurt
Warsbergstr. 1
99092 Erfurt
Tel.: 0361 / 2172723
Fax: 0361 / 2172727
eMail: abad-ef@gmx.de
internet: www.abad-th.de

Normalzustand Rassismus



» Ortstermin in Algermissen, einer 8.000-Einwohner-Gemeinde im Landkreis Hildesheim. Der Besuch fand Anfang September 2002 statt, eine Woche nach dem zehnten Jahrestag des Pogroms gegen Flüchtlinge und vietnamesische VertragsarbeitnehmerInnen in Rostock-Lichtenhagen.

Das ältere Ehepaar, das wir ansprechen und nach dem Weg zum Flüchtlingsheim fragen, beäugt uns mißtrauisch. Den Weg zur Hermann-Löns-Straße, wo das Haus steht, in dem in dem niedersächsischen Dorf Algermissen zwischen Hannover und Hildesheim Flüchtlinge untergebracht sind, können uns die beiden nicht sagen – oder sie wollen es nicht. In der Dorfmitte finden wir eine Straßenkarte, am Pfahl daneben ein ordentlich geklebter DVU-Aufkleber. Wir finden die Straße; nach der Hausnummer muß man nicht fragen: Es ist das einzige Haus in der Straße, das nicht von einer Mauer oder einem Zaun umgeben ist. Auch der schlechte Zustand des Hauses weist den Weg. Am Gebäude treffen wir vier der bisher dort lebenden Flüchtlinge, die uns erzählen, was im Laufe der letzten Augusttage und Anfang September geschah:

Angriffe nach Volksfest

Am Abend des 31. August hatten vier tamilische Flüchtlinge das örtliche Volksfest besucht. Dort wurden sie von einer größeren Gruppe Jugendlicher angepöbelt. Als die Asylsuchenden das Fest daraufhin in Richtung Heim verlassen wollten, wurden sie von ca. 20 Jugendlichen aus der Gruppe verfolgt und angegriffen. Ein Flüchtling mußte mit Platzwunden im Krankenhaus behandelt werden. Die zu Hilfe gerufene Polizei kontrollierte derweil die Papiere der Flüchtlinge, nicht jedoch die der Täter. Diese griffen, nachdem die Polizei wieder weggefahren war, das Flüchtlingsheim an und warfen einige Fensterscheiben ein. Einer der Flüchtlinge wurde dabei durch einem Glassplitter am Auge verletzt. Die wieder herbeigerufene Polizei sicherte für den Rest der Nacht das Gebäude. Das Verlangen der HeimbewohnerInnen nach einer anderen, sicheren Unterkunft wurde jedoch abgelehnt.

Am nächsten Abend, am Sonntag, den 1. September, überfielen dann ca. 60-70 mit Latten und Flaschen bewaffnete Deutsche das Wohnheim. Nach Aussagen der Flüchtlinge waren daran überwiegend junge Erwachsene, aber auch einige ältere Personen beteiligt. Unter den Angreifern, die teilweise ins Haus eindrangen und Türen zerstörten, befanden sich mehrere Personen aus Algermissen, die den Flüchtlingen vom Sehen her bekannt waren.

Die Polizei brauchte fast eine Stunde, bis sie genügend Beamte vor Ort hatte, um den rassistischen Mob zu vertreiben und die Flüchtlinge zu befreien. Erst jetzt wurde ein Teil der Flüchtlinge in andere Wohnheime gebracht. Die Flüchtlinge, die wir am Haus trafen, mußten jedoch bis zum Montag der darauffolgenden Woche darauf warten, um in eine andere Unterkunft umziehen zu können.

Unpolitische Randale

Nach Bekanntwerden der Überfälle bestritt Fred Faubel, Gemeindedirektor von Algermissen, den politischen Charakter der Vorfälle. Es habe sich nur um jugendtypische Auseinandersetzungen gehandelt, Alkohol sei im Spiel gewesen etc. Doch aufgrund des großen Medieninteresses war der Vorfall so nicht zu erledigen. Zumal deshalb nicht, weil das Innenministerium Niedersachsen die zutreffende Einschätzung hatte, dass die Situation vor Ort für die Opfer weiterhin gefährlich ist, und die Verlegung der Flüchtlinge in andere Wohnheime veranlasste.

Derweil hatte sich in Algermissen ein Runder Tisch gebildet, der zunächst zwei Resolutionen herausgab – auf eine gemeinsame Erklärung hatte man sich nicht einigen können. Dabei hatten am Runden Tisch eigentlich nur jene gesessen, die sich einig sein wollten. Die Flüchtlinge selbst und VertreterInnen des niedersächsischen Flüchtlingsrates wurden explizit nicht eingeladen. Während die erste, aus den Reihen der SPD kommende Resolution betont, dass man gegen »Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit« ist und aufruft: »Wir stehen zusammen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit«, verleugnet die zweite Resolution die Schuld der Algermissener Bürger für die Angriffe und sucht diese bei den Flüchtlingen. Dort heißt es: »Wir betonen jedoch ausdrücklich: Die Übergriffe haben nichts mit dem Volksfest zu tun, bei dem Hunderte von anständigen und rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürgern fröhlich miteinander feiern und traditionell die Dorfgemeinschaft pflegen.«

Die Verantwortung für das Geschehen wird vor allem »Chaoten« zugeschrieben, die »von auswärts zu diesem Zweck nach Algermissen gekommen sind«. Die Beteiligung ortsansässiger Bürger wird nur am Rande erwähnt. Heuchlerisch wird betont, dass Deutsche und Ausländer von einander lernen können, jedoch

Terror gegen Flüchtlinge in Niedersachsen

nur dann »wenn sich alle Beteiligten an die Gesetze und die Gepflogenheiten beispielsweise des respektvollen Umgangs zwischen Mann und Frau halten.« Damit spielt die Resolution auf das Gerücht an, einer der Flüchtlinge habe ein deutsches Mädchen »falsch angeschaut oder angefasst«, wie es der Gemeindedirektor Faubel formuliert. Dies sei der Ausgangspunkt für die folgenden Auseinandersetzungen gewesen. Daher sieht der Gemeindedirektor auch keinen politischen Hintergrund für die Ereignisse, denn »dass man sich da aufregt, wäre bei Deutschen auch passiert«. Gehört hat man davon jedoch noch nie etwas.

Frei nach dem Motto »Schuld sind immer die anderen und die Opfer« beklagt die Resolution weiter: »18 junge Männer in einem kleinen Ort unterzubringen, führt fast zwangsläufig zu negativen Vorkommnissen, wie sie bereits in der Vergangenheit mehrfach zu verzeichnen waren«. Deshalb appelliert die Resolution »an den Landkreis Hildesheim, möglichst Unterbringungskonstellationen wie die in Algermissen zu vermeiden«. Schuld sind also die Flüchtlinge selbst und die Unterbringungspraxis des Landkreises. Die Angriffe waren also nur die fast legitime Reaktion auf diese Zustände. Allerdings nur fast, denn: »Wir haben kein Verständnis für jede Form von versuchter oder tatsächlicher Selbstjustiz. Das Gewaltmonopol liegt einzig und allein bei der Polizei.«

Auf dem Weg zum Interview mit dem Gemeindedirektor Faubel befragen wir zwei Jugendliche zur lokalen Naziszene.[1] »Nein, so richtig stark seien die Glatzen in Algermissen nicht,« lautet die Antwort. Eine Einschätzung, die von den Flüchtlingen nicht ganz geteilt wird. Ihr Wohnheim wurde in den vorangegangenen Monaten schon mehrfach mit rassistischen Parolen besprüht. Die Antwort der befragten Jugendlichen ist jedoch vielleicht ein Hinweis, die Schuld für die Übergriffe nicht in den ortsansässigen Vertretern der extremen Rechten zu suchen, sondern im Normalzustand. In der mangelnden Integration, in der Ausgrenzung, die allein schon der Zustand des Gebäudes sichtbar macht, in den geschlossenen Strukturen der Dorfgemeinschaft, die »Fremde« nicht aufnimmt. Eine Sichtweise, die Gemeindedirektor Faubel vehement bestreitet: Das Haus sei gar kein Flüchtlingsheim, sondern im dem »Schlichthaus« würden auch noch fünf »Germanen« wohnen. Germanen? Nun ja, wir wüssten schon, was er damit meint.... Zudem ist der Gemeindedirektor gegen eine Verlegung der Flüchtlinge in andere Heime, da er zum einen eine Gefährdung der Asylsuchenden nicht sieht. Und außerdem seien die aus Sri Lanka nach Deutschland geflohenen Tamilen, die jetzt seit zwei Jahren in Algermissen leben, sehr »pflegeleicht«. Der Begriff »pflegeleicht« fällt im Laufe des Gesprächs erstaunlich oft. Das scheint der wesentliche Punkt zu sein, der Faubel neben der Beruhigung der Lage interessiert.

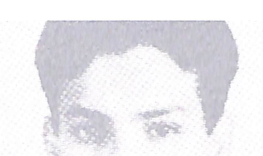
Alltäglicher Rassismus braucht alltäglichen Widerstand

Der Blick von aktiven AntifaschistInnen ist zumeist auf die aktiven Personen aus dem Spektrum der extremen, bzw. der militanten Szene gerichtet. Ein Blick, der die Analyse der Angriffe in Algermissen mit Sicherheit eher versperrt als erhellt. Natürlich waren die Täter überwiegend männliche Jugendliche, wie das überhaupt bei Gewalttätern der Fall ist, doch es waren wohl eher die Jungs von nebenan als die organisierten und geschulten Neonazis. Und in ihren Taten drückt sich militant aus, was schon klar wird, wenn man die Hermann-Löns-Straße, an der das Wohnheim liegt, entlang fährt: Die sind nicht wie wir.

Eine derartige Ausgrenzung ist aber nicht auf Algermissen beschränkt, sie ist in den meisten Städten und Gemeinden in Ost und West zu finden. Nur durch das Verhindern einer solchen Ausgrenzung werden letztendlich Angriffe wie der in Algermissen zu stoppen sein, nur wenn der rassistische Normalzustand, der Rassismus der Gartenzwerge und ihrer Gärtner gestoppt werden kann, ist eine Veränderung möglich. ■

1| Für den 19.10.2002 lud die Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V. zu einer Nazidemo nach Hildesheim (nahe Algermissen). Die neonazistische Kameradschaft Weser-Bergland rief auf ihrer Homepage für diesen Termin unverhohlen zum »Tanz« mit örtlichen Antifas und Ausländern auf.

Gewalt und Diskrimierung



Glaubt man dem Bundesverfassungsschutzbericht, gab es in Mecklenburg-Vorpommern im ganzen Jahr 2001 keine einzige rechte Gewalttat. Dass es sich dabei um eine unglaubliche Verfälschung der Realität handelt, können die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von LOBBI e.V., dem Verein für »landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt« in Mecklenburg-Vorpommern seit Projektbeginn Anfang Juli 2001 tagtäglich feststellen.

» Finanziert wurden die Einrichtung der drei LOBBI-Büros, die Anstellungen der MitarbeiterInnen und die Sachmittel für eine kontinuierliche Arbeit durch das Bundesprogramm CIVITAS. Diese Form der Finanzierung ermöglicht einerseits einen qualitativen Fortschritt für die Opferberatung und bei dem Versuch, politische Ziele anzugehen. Andererseits entstehen dadurch aber in der Arbeit nicht unwesentliche Probleme, die für uns einige Reibungspunkte aufmachen. Da die Art der Fälle und die Form der Arbeit sehr unterschiedlich sind, halten wir es für schwierig, anhand eines Beispiels die Tätigkeit von LOBBI e.V. zu beschreiben.

Die Unterschiedlichkeit der Situationen, die wir in den ländlichen Regionen, den Dörfern, Kleinstädten und wenigen größeren Städten Mecklenburg-Vorpommerns vorfinden und mit denen sich die MitarbeiterInnen des Vereins konfrontiert sehen, ist sehr groß. Das beginnt oftmals schon damit, dass genau beachtet werden muss, wer die Betroffenen sind, und welche Bedürfnisse sie nach einem Angriff haben bzw. in welchen aktuellen Lebenssituationen und Alltagsumständen sie sich befinden. MigrantInnen beispielsweise müssen sich sowohl mit permanenten fremdenfeindlichen Beleidigungen als auch den Einschränkungen und Diskriminierungen durch die rassistischen Asyl- und Ausländergesetzgebung auseinander setzen. Die rassistisch motivierte Gewalttat bedeutet für Menschen nicht-deutscher Herkunft oftmals nur die Spitze des Eisberges. Ihr Bedürfnis ist oftmals mehr darauf ausgerichtet, ihre grundsätzlichen Lebensbedingungen zu verbessern, als auf eine Aufklärung der Tat oder beispielsweise die Verurteilung der TäterInnen.

Minderheiten ohne Lobby

In Mecklenburg-Vorpommern existieren aber nur in wenigen Städten und Regionen Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen und ihre Selbstorganisation stärken. Ausländerbeauftragte oder kommunale Asylberatungsstellen sind nicht überall vorhanden. Deshalb sehen sich die BeraterInnen von LOBBI häufig in dem Konflikt, weit über das Angebot von »Opferberatung« hinaus Flüchtlingsarbeit leisten zu müssen. Als eine Konsequenz aus dieser Situation entstand beispielsweise eine Rundreise mit VertreterInnen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg durch AsylbewerberInnenheime in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel war es, Anregungen zur Selbstorganisierung von Flüchtlingen von Betroffenen an Betroffene zu geben.

Eine weitere wichtige Gruppe der von LOBBI Beratenen sind nichtrechte Jugendliche. Gerade in ländlichen Regionen ist diese Gruppe alltäglichen Bedrohungen und Übergriffen einer starken und oftmals tonangebenden rechten Szene ausgesetzt. Nicht-rechte Jugendliche werden als AbweichlerInnen oder politisch Andersdenkende gejagt, weil sie meist schlicht »einfach keinen Bock auf Nazis« haben, sich deren Cliquen nicht anschließen und deren Normen nicht akzeptieren wollen. Ein gravierendes Problem in Regionen wie beispielsweise Nord-Vorpommern ist, dass es kaum attraktive kulturelle Angebote für nichtrechte oder alternative Jugendliche gibt. Mangels alternativer Angebote können rechte Kameradschaften und Gruppen eine hohe Anziehungskraft auf die Jugendlichen vor Ort ausüben. Übrig bleiben dann diejenigen, die nicht in diesem braunen Strom mitschwimmen wollen. Aber als Minderheit ohne eigene Räume und eine gesellschaftliche Lobby fällt es schwer, die eigenen Interessen durchzusetzen bzw. überhaupt Möglichkeiten zu haben, diese zu äußern. Also sehen wir nach einem rechten Angriff neben der »klassischen« Opferberatung unsere Aufgabe auch darin, auf die Belange der marginalisierten Jugendlichen einzuge-

Fehlende Alternativen in Mecklenburg-Vorpommern

hen und sie in ihren Forderungen z.B. gegenüber der Kommune zu unterstützen.

Wichtige Vernetzung

Einen wesentlichen Schritt und Aufgabenschwerpunkt in der Bekämpfung und Zurückdrängung der rechten Dominanz sehen wir in der Förderung und Vernetzung einer alternativen Gegenkultur. Ein Beispiel hierfür ist neben der Arbeit vor Ort das erste Alternative Jugendcamp (AJUCA) im August 2002 in Mecklenburg-Vorpommern. Das Camp wurde von den MitarbeiterInnen des LOBBI e.V. angeregt und mitorganisiert. Ziel war es, den betroffenen Jugendlichen einen Austausch über die jeweilige Situation vor Ort zu ermöglichen und mit verschiedenen Workshops und Informationsveranstaltungen Tipps für die Arbeit gegen Rechts und zur Um- und Durchsetzung eigener Ziele und Forderungen aufzuzeigen.

Neben den nicht-deutschen und nicht-rechten Jugendlichen bearbeiten wir Fälle, in denen Homosexuelle, Behinderte, Linke oder AntifaschistInnen sowie DrogenkonsumentInnen von rechter Gewalt betroffen sind. Hinzu kommt eine zunehmende Anzahl antisemitischer Schändungen und Gewalttaten – auf jüdische Einrichtungen wie Friedhöfe sowie Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Die antisemitischen Angriffe zielen explizit auf eine Verherrlichung des nationalsozialistischen Holocaust und propagieren einen eliminatorischen Antisemitismus. Für die kleine jüdische Landesgemeinde in Mecklenburg-Vorpommern, deren Mitglieder vor allem EmigrantInnen aus den ehemaligen GUS-Staaten sind und ohnehin schon mit vielen Diskriminierungen zu kämpfen haben, bedeuten diese Angriffe eine existenzielle Bedrohung.

Gerade angesichts der Tatsache, dass Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierungen nicht nur von Rechtsextremisten, sondern ebenso von Angehörigen der sogenannten Mitte der Gesellschaft verübt werden, sehen sich die LOBBI- MitarbeiterInnen mit weiteren Problemen konfrontiert. Sind die TäterInnen mal keine Glatzen mit Bomberjacken und anderen auf den ersten Blick sichtbaren Insignien der organisierten rechten Szene, wird ein Angriff gerne verharmlost: Die Verlautbarungen von Polizei und KommunalpolitikerInnen sprechen dann gerne davon, es sei nicht von einem rechts motivierten Angriff auszugehen, weil die TäterInnen keine organisierten Rechtsextremisten seien. Gerade unter Polizeibeamten, in Behörden und bei PolitikerInnen herrschen rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen und Verhaltensmuster vor, die die Arbeit der BeraterInnen und ein notwendiges Vertrauen der Betroffenen in die Akteure erheblich behindern.

Nicht nur Sozialarbeit

Eines der erschreckendsten Beispiele hierfür ist die Situation in Ducherow. Aufgrund eines vom Innenministerium verabschiedeten Erlasses sollen die Flüchtlinge aus Heimen in den Wäldern bei Garz (Insel Usedom) und Anklam nach Ducherow verlegt werden. Kreistagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, DorfbewohnerInnen und Neonazis waren sich darin einig, die Einrichtung eines solchen Heimes in ihrer Stadt zu verhindern. Die rassistischen Hetztiraden machten selbst vor Morddrohungen nicht Halt. Aufgrund der zugespitzten Situation sah sich LOBBI dazu gezwungen, von der Einrichtung des Heimes in Ducherow abzuraten, da der Verein die Sicherheit der Flüchtlinge nicht mehr garantiert sah. Für uns blieb als einzige logische Konsequenz, allgemein eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu fordern.

Neben der Opferberatung und Unterstützung der potenziell Betroffenen stellen auch Präventions- und Informationsarbeit sowie die Vernetzung von entsprechenden Initiativen wichtige Bestandteile der Arbeit dar. Eine gesellschaftliche Veränderung im Sinne der Betroffenen rechter Gewalt und Diskriminierungen ist ebenso wichtig wie eine konkrete Unterstützung. Da wir uns als politisch handelnde Menschen verstehen, dürfen wir die Arbeit nicht auf den Wirkungskreis von Sozialarbeit reduzieren. ■

Kontakt:
Lobbi e.V.
Budapester Str. 16
18057 Rostock
Tel. 0381 / 2009377
Fax 0381 / 2009378
eMail: rostock@lobbi-mv.de
Internet: www.lobbi-mv.de

Unsere Möglichkeiten sind begrenzt

Ein Interview mit der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt des Vereins Miteinander e.V.

Tolerantes Sachsen-Anhalt?

» *AIB: Worin besteht die spezielle Situation von Flüchtlingen, wenn sie Opfer rechter Angriffe geworden sind?*

Mobile Beratung: Insbesondere AsylbewerberInnen und Flüchtlinge mit dem Status der »Duldung« unterliegen vielfältigen gesetzlichen Beschränkungen wie der Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die so genannte Residenzpflicht, einer auf akute Schmerzzustände reduzierten medizinischen Versorgung, einem – faktischen – Arbeitsverbot, abgesenkten Geldleistungen unterhalb der Sozialhilfe etc. Sie sind tagtäglich mit Diskriminierungen, Rassismus und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Gerade in ländlichen Regionen fehlen Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Werden sie Opfer von rassistisch bzw. rechtsextrem motivierten Angriffen, reihen sich diese ein in eine zumeist an sich schon kaum erträgliche Lebenssituation. Gerade die Bewältigung der psychischen Auswirkungen eines solchen Angriffs wird vor dem Hintergrund eines ungesicherten Aufenthaltsstatus', fehlender Lebensperspektiven und mangelnder Solidarität von Seiten der deutschen Bevölkerung, aber auch unzureichenden speziellen psychiatrischen, psychologischen bzw. psychotherapeutischen Angeboten erschwert. Flüchtlinge im Asylverfahren können ihren Wohnort nicht frei wählen, also auch nicht ohne weiteres wechseln. Oft dauert es Monate mit endlosem Briefwechsel, bis die Ausländerbehörden nach einem Angriff einen Verlegungsantrag in einen anderen Ort positiv beantworten. Die Angst vor einem erneuten Angriff bleibt für die meisten Flüchtlinge dann täglicher Begleiter.

Könntet Ihr dafür vielleicht auch ein konkretes Beispiel nennen?

Der Äthiopier, der Ende Januar 2002 in der Regionalbahn nach Halle von zwei Rechtsextremisten mit Kampfhund und Messer brutal angegriffen, geschlagen und getreten worden war, hatte danach große Angst, weiterhin in der einige Kilometer entfernten Kleinstadt zu leben. Rassistische Beschimpfungen sind hier an der Tagesordnung, rechtsextreme Jugendliche auf den Straßen präsent. In der Gemeinschaftsunterkunft ist er der einzige Asylbewerber aus Äthiopien. Das Leben auf engstem Raum, wo Tag und Nacht Lärm herrscht, verschlimmert seine psychische Situation zusätzlich. Eine psychotherapeutische Behandlung ist in Sachsen-Anhalt derzeit nicht möglich. Doch seinem sehnlichsten Wunsch, nach Frankfurt/Main zu ziehen, wo er Freunde hat und sich sicherer als im Osten Deutschlands fühlen würde, stehen ausländerrechtliche Regelungen entgegen. Sein Umverteilungsantrag wurde abgelehnt. Die Voraussetzungen für eine Verarbeitung des Erlebten sind somit denkbar schlecht.

In Kleinstädten wie beispielsweise Köthen bei Dessau werden seit einiger Zeit ausländische StudentInnen vermehrt Opfer rechter Gewalt. Wie geht die Stadt und deren Zivilgesellschaft damit um? Welche Interventionsmöglichkeiten hattet und habt Ihr in Köthen?

Von VertreterInnen der Stadt gab es unseres Wissens keinerlei offizielle Stellungnahmen. Die Polizeidirektion Dessau sprach von Zufall und einer »unglücklichen Häufung« fremdenfeindlicher Übergriffe. Allerdings verstärkte sie daraufhin die Polizeipräsenz in Köthen. Ein Zusammenhang zwischen den Angriffen und der Existenz einer gut organisierten Naziszene wird – zumindest offiziell – nicht hergestellt. Der Rektor der Fachhochschule Köthen hat gemeinsam mit lokalen Medien eine Plakat- und Imagekampagne gestartet, um die ausländischen Studierenden als unerlässlichen »Wirtschaftsfaktor« hervorzuheben.

Etwa zeitgleich mit dem Bekanntwerden der Übergriffe hat sich Anfang April 2002 in Köthen ein »Kommunales Netzwerk für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und

Antisemitismus« gegründet. Auf dem Gründungstreffen erschienen auch zwei Angehörige der »Kameradschaft Köthen«. Ein Vertreter einer Dessauer Antifagruppe forderte daraufhin, dass beide Personen des Raumes verwiesen werden sollten. Im Verlauf der Diskussion sprach sich jedoch schließlich die große Mehrheit der Anwesenden für ein Verbleiben der Nazis aus. Es dürfe niemand ausgegrenzt werden, »sofern er dies nicht durch sein Verhalten im Raum erzwingt«, so die Begründung.

Dass sich die »Kameradschaft Köthen« seit einigen Jahren zu einer der aktivsten und öffentlichkeitswirksamsten Neonazi-Gruppierungen in Sachsen-Anhalt entwickelt hat, die mit Einschüchterung und Gewalt gegen alles »Undeutsche« vorgehen, nimmt in Köthen kaum jemand wahr. Unsere Möglichkeiten, neben der Unterstützung direkt Betroffener lokale Veränderungsprozesse herbeizuführen, sind leider sehr begrenzt.

Mit welchen infrastrukturellen Problemen seid Ihr in Eurer Arbeit konfrontiert?

Es gibt beispielsweise lediglich in Magdeburg ein psychosoziales Zentrum, das traumatisierte Flüchtlinge und MigrantInnen behandelt. Das Zentrum ist aber erst seit wenigen Monaten wieder besetzt und hat jetzt schon eine lange Warteliste, so dass eine Kirseninterventionsmöglichkeit für die Betroffenen kaum existiert, geschweige denn ausreichend Therapieplätze vorhanden wären. Es ist in Sachsen-Anhalt ausserdem nach wie vor sehr schwierig, engagierte RechtsanwältInnen zu finden, die sich auf Nebenklage spezialisiert haben und auch in asylrechtlichen Fragen kompetent sind. Das liegt auch daran, dass die Situation der Betroffenen sehr kompliziert ist und in den sehr arbeitsintensiven Verfahren z.B. größtenteils mit Übersetzungen gearbeitet werden. Ausserdem werden sie sehr schlecht bezahlt, meistens ist, wenn überhaupt, lediglich mit Prozesskostenhilfe zu rechnen. Dazu kommt, dass die Finanzierung durch CIVITAS nicht ausreicht. So werden beispielsweise fast ausschließlich Fahrtkosten mit öffentlichen Transportmitteln bezahlt und nur in Ausnahmefällen die Privatauto-Nutzung erstattet. Das öffentliche Verkehrsmittelsystem in Sachsen-Anhalt reicht aber überhaupt nicht aus, wenn man die Betroffenen vor Ort aufsuchen will. Noch schlechter sieht es bei der Bezahlung von Fahrtkosten für die Opfer selbst aus. Zum Beispiel wurde eine Asylbewerberin direkt am Bahnhof einer Kleinstadt angegriffen. In dem Dorf, wo sie leben muss, fährt ohnehin nur alle paar Stunden ein Bus zu dem Bahnhof, wo sie angegriffen wurde. Um zu ihrem Anwalt in die nächstgrößere Stadt zu kommen, muss die Frau jetzt weiterhin zu diesem Bahnhof fahren und dort den Zug nehmen, obwohl das eigentlich total fahrlässig ist und sie zudem ständig an den Ort des Angriffs zurück muss. Finanziell ist es aber nicht anders möglich als weiterhin mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Hinzu kommt, dass wir die Arbeit mit den wenigen hauptamtlichen MitarbeiterInnen nicht alleine bewältigen können und sehr auf ehrenamtliche Unterstützung z.B. bei Prozessbegleitungen oder bei Übersetzungen angewiesen sind. Aber gerade in kleineren Städten und Gemeinden gibt es wenig bis gar keine Strukturen, die dem rechten Mainstream etwas entgegen setzen würden. Dort werden selbst normale, nicht-rechte Jugendliche angepöbelt, weil sie nicht rechts aussehen und sich nicht anpassen wollen.

Wie wirkt sich der CDU/FDP-Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt auf Eure Arbeit aus?

Schon jetzt ist erkennbar, dass Rechtsextremismus von der neuen Landesregierung nicht mehr als Schwerpunkt angesehen wird; und dass Rechtsextremismus, wenn überhaupt, nur noch in einem Atemzug mit Gewalt genannt oder im Totalitarismusdiskurs mit Linksextremismus gleichgesetzt wird. Damit wird den Bürgern signalisiert, dass Rechtsextremismus eben kein gesamtgesellschaftliches Problem mehr ist, das alle betrifft. Andere Auswirkungen, die wir noch indirekt zu spüren bekommen werden, sind, dass unser Trägerverein Miteinander e.V. keine Gelder mehr an Dritte weitergeben darf. Das heisst, dass kleinere Initiativen antirassistische und interkulturelle Projekte nicht mehr verwirklichen können. Langfristig werden so jegliche engagierte zivilgesellschaftliche Strukturen lahmgelegt und deren Entwicklung völlig ausgebremst. Bisher konnten engagierte Initiativen mit einer unbürokratischen finanziellen Unterstützung rechnen, mit der eine Reihe von guten Projekten gefördert wurde.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Kontakt:
Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: 0391 / 5446710
Handy: 0170 / 2925361
Fax: 0391 / 5446711
eMail: opferperspektive.md@miteinander-ev.de
Internet: www.miteinander-ev.de

→

Nazischutzgebiete -

Der »V-Mann-Skandal« in Guben

In den frühen Morgenstunden des 13. Februar 1999 wurde der Algerier Farid Guendoul von einer Horde Neonazis in Guben in den Tod gehetzt. Das Outing des Top-Informanten des Brandenburger Verfassungsschutzes Toni Stadler in diesem Sommer und intensive Recherchen des Antifaschistischen Infoblattes der vergangenen Monate stellen nicht nur wiederholt die Frage nach dem Ziel und damit dem Sinn der Arbeit des Verfassungsschutzes. Sie verdeutlichen auch, wie die Gubener Naziszene und auch die bundesdeutsche Nazimusikproduktion von öffentlichen Amtsträgern sorgsam gehätschelt, unterstützt und ausschließlich beobachtet wurde.


[1]



Der Verfassungsschutz und Guben

Was nach der Todeshatz auf Farid Guendoul folgte, waren die fast gängigen Beschwichtigungen, Abwiegelungen und gegenseitige Schuldzuweisungen. Guben sei keine Hochburg der Rechten, sagte etwa die Polizei. Jegliche Vernunft entschwand damals dem Bürgermeister von Spremberg, Egon Wochatz, der in einem Interview fragte, was Farid Guendoul »denn nachts auf der Straße zu suchen [hatte]?«

Die fast schon üblichen Forderungen nach verstärkter Polizeipräsenz endeten mit dem Ausbau von Sondereinheiten der Polizei, etwa der MEGA. Dass seit Gründung derartiger Einheiten die Zahl rechtsextremer Gewalttaten trotzdem gestiegen ist, ist ein Hinweis auf deren unbrauchbares Repressionskonzept.[1] Reine Augenwischerei waren schließlich die Pläne von Polizeipräsident Jürgen Lüth, der Anfang 2001 mit der Gründung von polizeilichen Projektgruppen in Guben und Cottbus den »gläsernen Neonazi« schaffen wollte. Diesen durchschaubaren Nazi gab es schon lange vorher, zumindest in den Rechnern des Verfassungsschutzes. Denn schon vor Stadler gab es nach Recherchen des Antifaschistischen Infoblattes mindestens zwei V-Leute in der Cottbus-Gubener-Naziszene, die ab Mitte der neunziger Jahre detaillierte Informationen an staatliche Stellen weitergaben.[2]

Die Sozialarbeit und Guben

Der Chefsozialarbeiter von Guben, Ingo Ley, warnte nach der Todeshatz vor »militanten Autonomen« und »bezahlten Profikillern«, welche nun führende Nazis in Guben »einfach abknallen« könnten. Gerade Ley kann mit seiner akzeptierenden Sozialarbeit als einer der Obergärtner im

– zwei beispielhafte Biotope



[1] Toni Stadler mit Apfel und Bierbüchse bei einer Wanderung der neonazistischen »Wanderjugend Gibor« 1997.
[2] Gruppenbild der Berliner Blood & Honour Sektion oder doch ein Betriebsausflug des Verfassungsschutzes ? An der Produktion der CD »Ran an den Feind« der B&H Vorzeigeband Landser und der CD »Noten des Hasses« der White Aryan Rebels (WAR) waren »Vertrauens Männer« des Verfassungsschutzes maßgeblich beteiligt. Von den drei bekannten Erstellern standen zwei im Sold der Verfassungsschützer. Bitte durchzählen....

örtlichen Nazibiotop bezeichnet werden.

Zunächst ohne sozialpädagogische Ausbildung betreute er spätestens ab Mitte der neunziger Jahre als Sozialarbeiter die rechten Jugendcliquen.[3] Dabei verfügte er auch über enge Kontakte zum Brandenburger Verfassungsschutz, welcher über ihn Einfluss auf die Jungnazis nehmen wollte.

Eine der Folgen von Leys Betreuung war, dass sich die rechten Jugendlichen in ihrem Denken und Handeln gestärkt und bestätigt fühlten. Im Rückblick bestätigten uns dies auch von ihm betreute Jugendliche. Ley soll dafür gesorgt haben, dass die Nazicliquen in öffentliche Jugendclubs hineinkamen und dort – quasi als positiven Nebeneffekt – noch neue Jugendliche anwerben konnten. »Dadurch, dass man uns dazu motiviert hat – praktisch reingeschubst hat in die öffentlichen Einrichtungen, haben wir noch mehr Einfluss auf die anderen Jugendlichen bekommen.«

Die akzeptierende und unterstützende Sozialarbeit von Ley ging soweit, dass er bei den wöchentlichen, strömungsübergreifenden Führungstreffen der Gubener Naziszene mit am Tisch saß und schweigend zuhörte. Dort saß regelmäßig u.a. Alexander Bode[4], laut Gerichtsurteil die »entscheidende Figur« bei der Hetzjagd auf Farid Guendoul. Auch Christian Wendt, damals noch Kader der 1997 aufgelösten Die Nationalen e.V., war häufig bei diesen Treffen anwesend.

Neonazis und Guben

Der Berliner Neonazikader Christian Wendt, der Ende 1991 stellvertretender Vorsitzender des FAP-Landesverbandes Berlin wurde, begab sich

→

1| Ausführliches zu den polizeilichen Sondereinheiten gegen rechts siehe AIB, Nr. 53, S. 36-38.
2| Bereits im Frühjahr 1995 beklagte sich auch die Berlin-Brandenburger Zeitung (Organ des Nationalen e.V.), dass der Verfassungsschutz »verstärkt nationale Oppositionelle« aufsuchen würden. vgl. BBZ Nr. 16 (April/Mai 1995), S. 9.
3| Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.): Nur ein Toter mehr..., Hamburg/Neumünster 2001, S. 52.
4| Bode ist momentan bei der Kameradschaft Lausitzer Front aktiv.



[1] Ein Bild aus besseren Tagen: V-Mann Toni Stadler mit Danny Schentke und dem wegen der tödlichen Hetzjagd verurteilten Alexander Bode aus Guben (v.l.n.r)

→ bereits Anfang der neunziger Jahre nach Guben, um dort rechte Aufbau- und Sozialarbeit für und mit rechten Jugendlichen zu machen. Er organisierte Fußballturniere und andere Freizeitaktivitäten und wollte ein »Nationales Jugendzentrum« durchsetzen. Deswegen nahm er als Stellvertreter für die Naziskins am »Runden Tisch« der Stadt Guben teil, wo er seine Forderungen teilweise drohend vortrug. Der »Runde Tisch« war eine städtische Maßnahme, um verschiedenste Jugendliche mit Stadtvertretern – u.a. dem Bürgermeister – zusammen zu bringen und gemeinsam Probleme zu lösen.

Einen eigenen Jugendklub bekamen die Nazis letztlich nicht. »Auch Jugendpfleger Ingo Ley, der sich maßgeblich auch für die Interessen nationaler Jugendlicher einsetzt, konnte in diesem Sinne noch nichts erreichen«.[5]

Später kamen dann noch Schulungsveranstaltungen hinzu, die regelmäßig in Cottbus und im Gubener Klub »Junge Welt« stattfanden. Diese wurden maßgeblich von Wendt und dessen politischem Ziehvater, Frank Schwerdt[6], organisiert. das Ziel der damals von Schwerdt und Wendt geführten Nationalen e.V. war: Organisierung und Schulung der Gubener Naziszenen.

Eine derartige Veranstaltung zur verbotenen Wiking-Jugend sollte von Wolfgang Nahrath[7] bestritten werden, wurde jedoch von der Polizei unterbunden. Nahrath hielt dennoch eine kurze Ansprache, die er nach Aussage von Augenzeugen mit den Worten »Heil Hitler« beendet haben soll.

V-Mann »Toni Turnschuh«

Häufiger Gast bei derartigen Veranstaltungen in der »Jungen Welt« war Toni Stadler, der jüngst geoutete Spitzeninformant des Brandenburger Verfassungsschutzes. Schenkt man einem seiner enttäuschten Kameraden Glauben, dann war Stadler »Anfang der neunziger Jahre bis zu ihrem Verbot in der FAP aktiv und pflegte bis heute regen Kontakt zu dem Kreis um Lars Burmeister«.[8]

Innerhalb der Gubener Naziszene galt Stadler als derjenige mit den meisten Kontakten, so u.a. zu den Nazibands Nordwind (Fürth bzw. Frankfurt/Main)[9] und Frontalkraft (Cottbus), zum verstorbenen Daniel Eggers und zur sächsischen Führungsriege der Wanderjugend Gibor (WJG). Als örtlicher WJG-Ansprechpartner warb Stadler regelmäßig für deren Aktionen in der Gubener Szene. Selbstverständlich nahm er auch mehrmals an den Aktivitäten der WJG teil, deren ideologischen Ansprüchen er jedoch nicht immer genügen konnte. Deswegen wurde für ihn eigens das Spottlied »Toni Turnschuh« gedichtet.

Ab 1997 war Stadler als Obergefreiter a.D. außerdem Vorsitzender der Gubener Reservistenkameradschaft (RK) der Bundeswehr.[10] Szene-intern bewarb Stadler die Aktivitäten der RK u.a. damit, dass man häufiger auf die Schießplätze der Bundeswehr fahre und Schießübungen abhalte. Der heutige Vorsitzende der RK ist Alexander Franz, inzwischen Rechtsanwalt in Guben, der Toni Stadler in zivilrechtlichen Dingen vertritt. Zumindest 1998 nahm Franz ebenfalls an einem Ausflug der Wanderjugend Gibor teil.

Nicht zuletzt war Stadler der szenebekannte Ansprechpartner für die Beschaffung jeder Art neonazistischer Musik. Wer was wollte, egal ob legal oder illegal, ging zum »Toni«. Handelte der anfangs eher mit Raubkopien, soll er ab Ender der 90er Jahre die Original-CDs »waschkörbeweise« zu Hause gehabt haben. Alle in der rechten Szene wussten das. Und natürlich auch der Verfassungsschutz, der schon damals ein Auge auf ihn geworfen hatte.

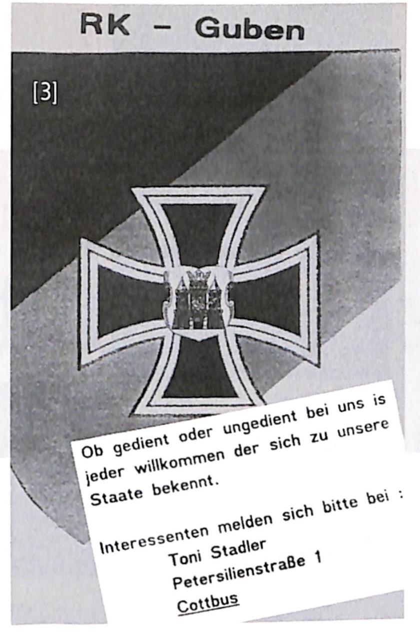
Hinzu kommt, dass Stadler über die Versandliste des von ihm betriebenen Ladens »Hatecrime« (früher Top-One) auch indizierte CDs anbot, zuletzt im Juni diesen Jahres.[11] Ein derartig offener Umgang ist wohl nur möglich, wenn man sich sicher fühlen kann und wenig Angst vor Strafverfahren und Gerichtsprozessen hat.

Über den genauen Anwerbezeitpunkt von Stadler durch das Brandenburger Landesamt für Verfassungsschutz ist nichts Handfestes bekannt. Die veröffentlichten Daten widersprechen sich – in der Diskussion stehen die Jahre 2000 bzw. 2001 – und auch der vermeintliche Grund von Stadlers Mitarbeit – ein Verkehrsdelikt – wirkt nicht überzeugend. Stadler war schon in den neunziger Jahren in Verkehrsdelikte verwickelt und auch das schon erwähnte, sehr laxe Verhalten

5 Berlin-Brandenburger Zeitung Nr.23 (August 1996), S.10.
6 Schwerdt gründete bereits im August 1993 den Lausitzer Kreisverband des Nationalen e.V. in Guben.
7| Wolfgang Nahrath war von 1967 bis 1991 Bundesführer der inzwischen verbotenen Wiking-Jugend.
8| www.stoertebeker.net, 02.08.2002.
9| Sänger Roland Haser zog Anfang der 90er Jahre von Guben nach Frankfurt/Main.
10| Die heutige Homepage der RK ist von Riccardo Richter aus Cottbus angemeldet. Auf seinen Internetseiten befindet sich auch die Homepage der Cottbuser Naziband Frontalkraft.
11| TAZ, 31.07.2002, S.21







[2] Der Nazi-Musikproduzent Lars Burmeister aus Berlin. [3] Toni Stadler war ab 1997 Vorsitzender der Reservistenkameradschaft der Bundeswehr.

bei seinen strafrechtlich relevanten Aktivitäten schließt andere Anwerbezeitpunkte nicht aus. Auch gab Stadler in seiner Vernehmung nach der Festnahme an, dass er seinen »Handel niemals in so einem großen Stil aufgezogen [hätte]«, wenn ihm nicht – mit Rückendeckung des Leiters des Brandenburger Verfassungsschutzes Heiner Wegesin – »Straffreiheit bei einem eventuellen Verfahren zugesichert worden wäre.«[12]

Wieviele V-Leute braucht man, um eine Nazi-CD zu produzieren?

Fakt ist, dass Stadler als V-Mann gemeinsam mit dem V-Mann Mirko Hesse[13] an der Herstellung der Landser-CD »Ran an den Feind« und die White Aryan Rebels (WAR)-CD »Noten des Hasses« beteiligt war. Beide CDs kann man – zynisch formuliert – inzwischen als Produktionen der Verfassungsschutzbehörden bezeichnen. Zwei der drei bekannt gewordenen Ersteller der »Noten des Hasses« waren V-Leute und der dritte – der mutmaßliche WAR-Sänger Lars Burmeister – fand nach seiner Festnahme ausgesprochen nachsichtige Richter.

Burmeister begann seine Karriere als Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der inzwischen verbotenen FAP. 1992 war er an einem Überfall auf eine Gruppe von Linken beteiligt, in dessen Folge eines der Opfer bis heute sehbehindert ist. Konsequenzen hatte der Überfall erstmal nicht. Im August 1995 nahm die norwegische Polizei Burmeister in Hokksund fest, da gegen ihn ein internationaler Haftbefehl wegen des Angriffes 1992 vorlag. Bis dahin lebte der Berliner schon einige Zeit in Norwegen und knüpfte vielfältige Kontakte zu führenden Aktivisten der norwegischen Neonaziszene. Hierzu zählt etwa der verurteilte Attentäter Ole Krogstad, einer der führenden Vertreiber neonazistischer Musik in Norwegen.

Im Januar 1996 wurde Burmeister nach Deutschland ausgeliefert, wo er sich aber einige Monate später ohne eine Verurteilung schon wieder auf freiem Fuß befand. Zu jener Zeit beteuerte er auch vor Gericht seinen Ausstieg aus der Nazi-Szene, um dreist einige Wochen später an einer Nazidemo vor eben diesem Gericht teilzunehmen. Er bekam wegen des schweren Angriffes von 1992 insgesamt acht Monate auf Bewährung.

Ende der neunziger Jahre engagierte sich Burmeister in der Berliner Kameradschaftsszene, u.a. bei der Weißen Arischen Bruderschaft (WAB), und produzierte gemeinsam mit Stadler und Hesse die WAR-CD »Noten des Hasses«. Am 20. Juli 2002 wollten sich Stadler, Burmeister und Thomas Persdorf[14] bei einem, von der Polizei verhinderten Konzert im WAB-Klubhaus in Berlin-Marzahn treffen[15], um eine Neuauflage der WAR-CD zu planen.

Burmeister kam in Untersuchungshaft, gegen ihn wurde wegen der Herstellung und Verbreitung der »Noten des Hasses« ermittelt. Doch auch hier kam er auf mysteriöse Art mit einer weiteren Bewährungsstrafe davon. Sein Haftprüfungstermin am 9. September 2002 wurde in eine Hauptverhandlung umgewandelt. Er gestand seine Beteiligung an der Herstellung und Verbreitung der CD. Für das Gericht sprachen aus der »umfassenden Geständigkeit« von Burmeister »glaubhaft Einsicht und Reue«. Dafür bekam er 22 Monate, selbstverständlich auf Bewährung.[16]

Tödliche Folgen

Guben und die Erstellung bundesweit bekannter Neonazi-CDs sind zwei Beispiele für staatliche Nazischutzgebiete. Diese braunen Biotope wurden von Verfassungsschutzämtern jahrelang infiltriert und beobachtet. Doch wofür?

Die Verfassungsschutzbehörden haben damit keinen einzigen rassistischen Mord verhindert. Mit Stadler und Hesse waren mindestens zwei Informanten von Verfassungsschutzbehörden auch aktiv an der Produktion der CD »Ran an den Feind« der neonazistischen Band Landser beteiligt. Die rassistischen Lieder dieser neonazistischen Kultband bildeten den musikalischen Background der drei Nazis, die im Sommer 2000 Alberto Adriano im Dessauer Stadtpark erschlugen. Und auch in der Nacht der Todeshatz auf Farid Guendoul schallte die rassistische Botschaft von Landser aus den Autos der Verfolger um Alexander Bode. Eine halbe Stunde später war Farid Guendoul verblutet. ■

Lesetipp: Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.): Nur ein Toter mehr..., Hamburg/Neumünster 2001

12| Manuskript der ARD-Sendung Kontraste vom 10.10.2002, www.kontraste.de.
13| Hesse sitzt inzwischen eine Haftstrafe ab. Ausführliches dazu AIB 55, S. 37f.
14| Persdorf ist einer der Hauptbeschuldigten im Blood & Honour-Nachfolgeverfahren (vgl. AIB 56, S.4.) und Betreiber von Front Records aus Sachsen.
15| Dort sollten u.a. Magog und Totenburg spielen.
16| Pressemitteilung Nr. 72/2002 der Pressestelle Berlin Moabit, 9.9.2002.



Mord im Saarland

Der Mord an Achmed Sharlak im saarländischen Sulzbach



In der Nacht vom 9. zum 10. August 2002 wurde im saarländischen Sulzbach der 19jährige Achmed Sharlak von dem 25jährigen Neonazi Carlos N. durch fünf Messerstiche ermordet. Dieser rassistische Mord stellt den vorläufigen Höhepunkt, eines schon Jahre andauernden neonazistischen Terrors im Sulzbachtal dar.

» Sulzbach ist ein Ort mit 19.000 EinwohnerInnen, zehn Kilometer nordöstlich der Landeshauptstadt Saarbrücken. In der Nacht vom 9. auf den 10. August feierten zahlreiche Menschen auf dem jährlich stattfindenden Salzbrunnenfest. Zwei Neonazis fühlen sich von Achmed gestört. Anlaß soll eine weggeschnipste Zigarette bzw. die bei Achmed stehende Freundin seines Bruders sein. Zeugen vernehmen den Satz »Anständige deutsche Mädchen reden nicht mit Türken«. Es kommt zu einer Schlägerei. Carlos N. zieht ein Messer, sticht auf Achmed ein und flieht mit seinem 19jährigen Kameraden Paul F. Achmed schleppt sich zu einer Polizeistreife, die Erste Hilfe leistet und den Notarzt verständigt. Neun Stunden später stirbt er an seinen schweren Verletzungen.

Die Mörder wurden von zahlreichen ZeugInnen erkannt. Die Beiden sind keine Unbekannten. Paul F. ist auf Bewährung auf freiem Fuß. Im August 2001 wurde er zu 18 Monaten verurteilt, weil er dabei war, als im Mai 2001 ein rassistischer Mob eine türkische Familie durch ein Haus gejagt und geschlagen hatte. Carlos N. steht im Verdacht, Ende Oktober letzten Jahres mit einer Gaspistole dreimal in ein vorwiegend von Migranten besuchtes Cafe geschossen zu haben.

45 Minuten nach dem Mord geht eine Polizeistreife in das Wohnhaus von Carlos N., durchsucht den Hausflur und gerät in einen Hinterhalt. Carlos N. hält einem der Beamten eine Waffe an den Kopf und drückt ab. Es löst sich aber kein Schuß, da vergessen wurde, durchzuladen. Carlos N. und Paul F. werden überwältigt. In der Wohnung von Carlos N. entdecken die Fahnder wenig später ein Waffenarsenal: Kleinkalibergewehr, Gaspistole, Revolver, Pistole, Bajonett, Messer, Munition.

Die Beiden kommen in Untersuchungshaft. Gegen Carlos N. wird ermittelt wegen vollendetem Totschlag und versuchtem Mord an einem Polizisten, gegen Paul F. wegen Beihilfe zum Mordversuch an einem Polizisten.

Am Abend des darauffolgenden Samstages findet die erste Spontandemo statt, eine Woche später demonstrieren etwa 3000 Menschen durch Sulzbach. Die Antifa setzt einen eigenen Redebeitrag durch. Die im Anschluß sprechende Innenministerin Kramp-Karrenbauer wird gnadenlos ausgebuht.

Nazihochburgen im Saarland

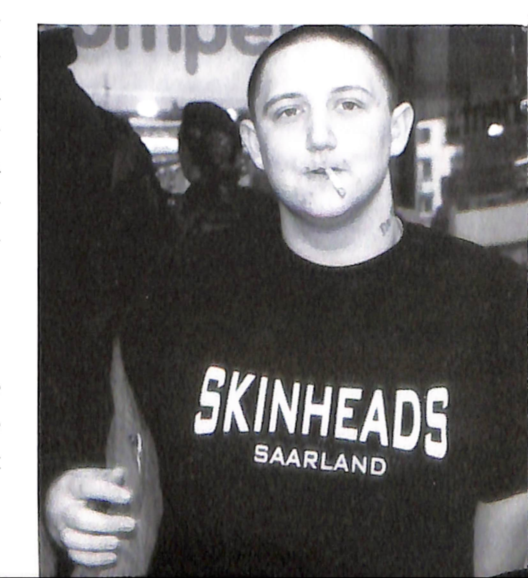
Galt und gilt im Saarland bisher die Stadt Saarlouis als die faschistische Hochburg, so bekommt sie doch ernst zu nehmende »Konkurrenz«. Vor allem im Sulzbachtal und im Köllerbachtal beobachten AntifaschistInnen seit Jahren eine erstarkende Kameradschaftsszene. Die Problematik in dieser Gegend ist vor allem das Fehlen des organisierten antifaschistischen Widerstands.

Schon seit längerem gibt es in Sulzbach »Probleme« mit »Rechten«. Menschen, die nicht in das homogene Deutschbild passen, werden regelmäßig angegriffen. Das »Salzbrunnenfest« in Sulzbach ist für seine rechten Übergriffe in der Vergangenheit bekannt.

Der Mord an Ahmed Sharlak ist der zweite rassistisch motivierte im Saarland. Während die Innenministerin scheinheilig für mehr Toleranz demonstriert und gleichzeitig Flüchtlinge in ihre Folterländer abschieben lässt, werden in Saarlouis AntifaschistInnen diskriminiert, die dem 1991 ermordeten Samuel Yeboah gedenken. ■

Kontakt: Antifa Saar Postfach 103207, 66032 Saarbrücken, eMail: antifasaar@yahoo.de, www.sandimgetriebe.de

Quellen:
»Kein schöner Land« - Broschüre der Antifa Saar über faschistische Aktivitäten im Saarland
Süddeutsche Zeitung vom 14.8.2002
Saarbrücker Zeitung 12.8.2002
Saarbrücker Zeitung 30.10.2001
Saarbrücker Zeitung 19.8.2002l



Bockwurst bei Hess-Gedenken

»Fahnen runter und – Stillgestanden« brüllte der Neonazikader Ralf Tegethoff über den Burgmühlenweiher in Wunsiedel. Die Neonazi-Elite Europas knallte die Hacken zusammen und liess ihre Fahnen in den Schlamm hängen. Der Rest der anwesenden »Kameraden« stand im Hintergrund, eher gelangweilt und auf die Abreise wartend, herum. So endete ein erfolgreicher Tag für die Neonazis in dem beschaulichen Städtchen in Bayern.





[1] Deutsche Männer schieben einen festgefahrenen Berliner Reisebus
[2] Schwedischer Hess-Fanclub (aussen) mit deutscher Unterstützung (mitte)

» Obwohl der Platz von einem spätommerlichen Platzregen genauso ufgeweicht war, wie die Köpfe derer, ie auf ihm standen, konnte dies die gute Stimmung unter den TeilnehmerInnen des Rudolf-Hess Gedenkmarsches 2002 in Wunsiedel nicht schmälern. Dreitausend aus ganz Europa angereiste »Kameraden und Kameradinnen« feierten ein Volksfest zu Ehren des 15. Todestages des Hitlerstellvertreters, angemeldet vom Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger.

Lange Reden und heisse Würstchen

Die Neonazis hatten genug Zeit, den Tag nicht nur mit einer Demonstration, sondern auch mit einem umfassenden Rahmenprogramm zu gestalten. Für das leibliche Wohl der Nazis sorgte eine Gulaschkanone nebst Grillstand, bei dem Christian Worch höchstpersönlich Hand an die Würstchen legte. Die Zeit reichte auch für lange Reden, u.a. von Jürgen Rieger, der schier unendlich über den »Vorreiter des Demeter Anbaus« oder »den toleranten« Rudolf Hess schwadronieren konnte. Auch für musikalische Unterhaltung war gesorgt: Zwischen dem Geschichtsunterricht von Rieger und den Grußworten der europäischen Kameraden spielte der Regensburger Burschenschafter und Neonazi-Barde Michael Müller.

Der diesjährige Rudolf-Hess-Marsch kann mit Recht als eine der bedeutendsten Nazi-Demonstrationen der vergangenen Jahre bezeichnet werden. Ihre Integrationskraft sorgte dafür, dass fast die komplette militante Neonazi-Szene Deutschlands angereist war.

Die Bedeutsamkeit des Marsches erschließt sich für die Angereisten über den besonderen Reiz: Wunsiedel ist für sie »Heldengedenken«. Jung und Alt kommen in ungezwungener Atmosphäre zusammen, um offen einem führenden Repräsentanten des Nationalsozialismus zu huldigen – sozusagen ein Volksfest der europäischen Neonazis.

So waren Vertreter fast aller Richtungen anwesend, von der NPD über die Vereinigung deutscher Osten, deren Mitglieder sich immer noch wägen im Deutschen Reich zu leben, bis hin zu den Freien Kameradschaften. Die deutschen Rechtsextremisten erhielten zudem noch Verstärkung von Nazis aus Österreich, Schweiz, Italien, Spanien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Polen, Litauen, Tschechien, Slowakei, Kroatien und Frankreich. In Wunsiedel waren dieses Jahr viele Jugendliche zu beobachten, wobei auffällig war, dass sich die Anzahl der weiblichen Teilnehmerinnen unter ihnen stark erhöht hat.

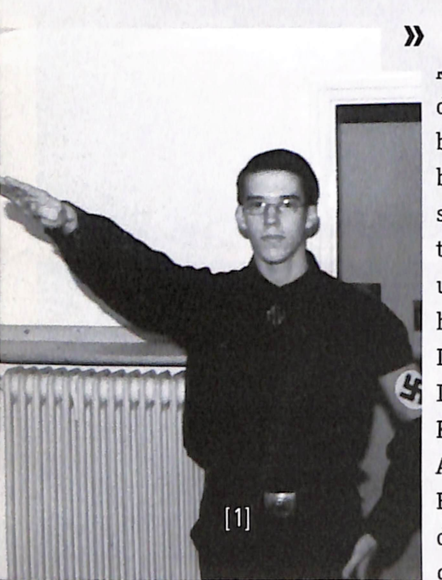
Der Aufmarsch wurde logistisch maßgeblich von parteiunabhängigen Strukturen geregelt und die anwesenden Kader der NPD hielten sich eher im Hintergrund. Manfred Börm, Leiter des Bundesordnungsdienstes der NPD, und Thorsten Heise dirigierten knapp 100 Ordner und Ordnerinnen, die die Disziplin und vor allem die Ruhe in der Demonstration aufrecht erhalten sollten.

Wandel im Bild der Aufmärsche

Das Bild des Aufmarsches in Wunsiedel ist repräsentativ für die Entwicklung solcher Veranstaltungen in der BRD. Sie haben einen »Event-Charakter«. Das stumpfe Skandieren von Parolen und das Marschieren wird immer öfter mit einem musikalischen und »kulinarischen« Rahmenprogramm verbunden. Die Nazis feiern sich selbst und gaukeln mit ihrem »Volksfest« ein Stück Normalität vor. Die neonazistische Szene will zeigen, dass sie nicht der aggressive Mob ist, der sie ist. ■

»Das sind ganz nette Jungs«

Mittelfranken – eine Bestandsaufnahme



[1] Rene Bartmann mit Hitlergruß im Badezimmer

» Die Region Franken spielt seit Ende der achtziger Jahre bei der Entwicklung bzw. Umsetzung verschiedener rechtsextremer Strategien und Konzepte eine herausragende Rolle. Dominierende und Impulse gebende Kraft ist die NPD. Am Anfang dieser Entwicklung stand die Gründung des so genannten Deutschen Freundeskreis Franken (DFF) 1992 durch die JN-Kader Rainer Hatz und Jürgen Distler. Beteiligt waren alle wichtigen neonazistischen Organisationen in Nordbayern, von NPD/JN über die Deutsche Liga für Volk und Heimat bis hin zu den diversen GdnF-Gruppierungen. Von Personen aus dem DFF stammt auch das viel erwähnte Konzept der »Befreiten Zonen«. Als Vorbild dafür diente u.a. die rechtsextreme Infrastruktur Frankens, die schon damals aus mehreren Betrieben, Versänden und Kommunikationsmitteln, wie Zeitschriften und Mailboxen, bestand.

Über Gewöhnliches und getäuschte Wähler

Die Bedingungen in Franken garantieren nahezu Laborbedingungen, um Strukturen aufzubauen und Anhänger zu rekrutieren. Vor allem in den ländlichen Gebieten Mittelfrankens findet man eine dominierende rechte Jugendkultur. Von immer größerer Bedeutung werden die Heimspiele des 1. FC Nürnberg, die förmlich zu Magneten für die rechte Jugendszene geworden sind.

Schlaglichter

Werfen wir einzelne Schlaglichter auf einige Dörfer und Städte der Region: In Ansbach ist Adolf Hitler auch im Jahr 2002 noch Ehrenbürger der Stadt. Die Ereignisse in Adelsdorf sollten ebenfalls nicht vergessen werden. Dort hat die »ganz normale« Dorfbevölkerung Teilnehmer einer Gedenkdemonstration der jüdischen Gemeinde anlässlich der Reichspogromnacht angespuckt und beleidigt. Oder betrachten wir Herzogenaurach, wo die Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit dem NPD-Kreisverbandsvorsitzenden von Erlangen-Höchstadt, Ludwig Braun, und anderen Nazi-Aktivisten diskutiert. Oder sei es Nürnberg, wo die rechtsextreme Sammlungspartei Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) bei der Kommunalwahl im März 2002 ca. 2,3% der Stimmen erhielt und mit dem NPD-Landesvorsitzenden von Bayern, Ralf Ollert, nun einen Stadtrat stellt. In einzelnen Bezirken kam die BIA gar auf über 10%. Der Wahlkampf der BIA war, wie der Name verspricht, extrem rassistisch. In den regionalen Medien wurde ausführlichst über die rassistische Propaganda der BIA berichtet und diese auch als NPD-Tarnorganisation bezeichnet. Dennoch wurde sie gewählt und dennoch entschuldigten einige Parteien und Organisationen, darunter einige linke Gruppierungen, nach der Wahl die BIA-Wähler damit, dass diese von der Initiative ob ihrer Inhalte getäuscht worden seien.

Die Kandidaten der Bürgerinitiative setzen sich aus den verschiedensten Strömungen der Nürnberger rechtsextremen Szene zusammen. Der Großteil sind NPD-Mitglieder, wie z.B. Ralf Ollert oder die neue Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Nürnberg Irmgard Thomas. Daneben findet sich auf der Liste mit Oskar Brandner ein Gründungsmitglied des revisionistischen Arbeitskreises Zeitgeschichte und Politik e.V. aus Fürth. Außerdem kandidierten mit Marco Näser von den Nationalisten Nürnberg und mit Renate Donat von den Frauen in der Fränkischen Aktionsfront zwei Personen aus dem Kameradschaftsspektrum. Als Sprecher fungieren der ehemalige DVU'ler Gerhard Ittner und mit Michael Geissler ein regelmäßiger Referent des NPD-Think-Tank Staatsbürgerliche Runde.

Ich seh' und ich hör nichts

Auf den Dörfern und in den Kleinstädten lässt sich ein Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren feststellen. Zunächst ist meist eine neonazistisch geprägte Jugendgewalt zu beobachten. Missliebige Personen werden attackiert. Der Unterschied zu Teilen der übrigen Bevölkerung besteht lediglich darin, öffentlich Gewalt auszuüben. In dieser Situation treten organisierte Neonazis auf und versuchen, das jugendliche Potenzial an sich zu binden und ideologisch zu festigen.

Dritter und entscheidender Akteur sind die angeblich Unbeteiligten und deren örtliche »Eliten«. Würden sich diese gegen die Übergriffe und

Einschüchterungsaktionen stellen, hätten Nazis dort keinen Auftrag. Statt dessen läuft das altbekannte Schema ab: Die Nazi-Schläger sind »liebe Burschen« und vor allem, es sind »unsere«. Wird doch über sich häufende Übergriffe in den Medien berichtet, sind es die Auswärtigen, welche das Dorf schlecht machen wollen oder aber einzelne Nestbeschmutzer, die nicht mehr »zu uns gehören«. Die Polizei sieht in den meisten Fällen nichts oder aber ganz normale Streitereien zwischen Jugendlichen. Was sie aber sieht, selbst wenn sie nichts sieht, ist, dass es kein rechtsextremes Problem gibt.

Schema 88:

Die Rekrutierungsversuche laufen in der Region immer relativ identisch ab. Einzelne Kader suchen die örtlichen Treffpunkte auf, spendieren Freibier und verteilen dazu Propaganda. Als Auffangbecken für Interessierte fungieren als »Breitenorganisationen« die Nationalisten Nürnberg (NN) und die Fränkische Aktionsfront (FAF). Sie bieten ein vielfältiges Angebot an, das die gesamte Palette der rechtsextremen Erlebniswelt abdeckt.

Der Inner-Circle der Nürnberger Kameradschaftsszene firmiert unter dem Namen Aryan Hope. Dabei handelt es sich um eine »elitäre« Gruppe, die ihre Anwärter selbst auswählt. In einer Selbstdarstellung beschreiben sie sich als ein weltweites »Netzwerk von Kampfgemeinschaften«. Entstanden ist Aryan Hope in den USA und ist dort im Umfeld des Ku-Klux-Klans anzusiedeln.

Tonangebende Person in ideologischen Fragen ist Mathias Fischer. Er orientiert sich dabei an nationalrevolutionären bzw. vulgär-linken Positionen, wie der Solidarität mit der ETA und dem »palästinensischen Befreiungskampf«.

Für einen schlauen Kopf hält sich auch der NN'ler Rene Bartmann. Deswegen besucht er regelmäßig Veranstaltungen der Burschenschaft Frankonia. Er ist die Kontaktperson zum Freiheitlichen Volksblock (FVB). Der FVB sorgte Ende der neunziger Jahre durch verschiedene öffentliche Auftritte und sein elitäres Gehabe bundesweit für Aufsehen. Mit der Inhaftierung des FVB-Chefs Konrad Petratschek wegen Bandendiebstahls und der Übernahme der Führung durch Thomas Scharf begann der Stern des FVB zu sinken. Heute beschränken sich die politischen Aktivitäten auf Theoriediskussionen.

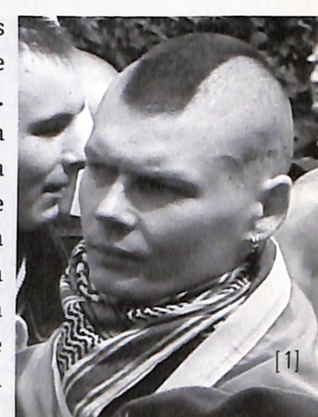
Für Aktivitäten im mittelfränkischen Raum wurde die Fränkische Aktionsfront initiiert. In einem Konzept beschreiben sie als ihr Ziel, »auf antinationale Politik aufmerksam machen zu wollen«. Die politischen Aktivitäten sollen sich dabei »hauptsächlich gegen System, Kapital und Antifa« richten. Kern der FAF ist die IG WIR. Erstmals öffentlich aufgetreten ist die FAF zusammen mit der NPD bei einer Anti-Antifa-Kundgebung im Mai 2001 in Herzogenaurach. Im selben Jahr wurde der Zusammenschluss Frauen in der FAF gegründet.

Das Hauptbetätigungsfeld der NN und FAF ist der Bereich Anti-Antifa, wobei es eine intensive Zusammenarbeit mit NPD/JN und »ehemaligen« Blood & Honour-Aktivisten gibt. Dabei kann auf einen fast 15-jährigen »Erfahrungsschatz« von Aktivisten aus der Region zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse dieser »Feindaufklärung« wurden im mittlerweile eingestellten Fanzine »Der Landser« veröffentlicht. Betroffen waren liberale Lehrer, antifaschistische Jugendliche bzw. Einrichtungen und Neonazi-Aussteiger. Dass es meistens nicht bei diesen Veröffentlichungen bleibt, zeigen die regelmäßigen Angriffe bzw. Übergriffe auf zuvor veröffentlichte Läden oder Personen.

Anti-Antifa

Ein Teil der Anti-Antifa koordiniert die Arbeit, indem er Aufgaben an Personen erteilt, die sich oft nur am Rande der Neonazi-Szene bewegen. Die in den meisten Fällen unbekannten Personen können sich unauffällig bewegen und außerdem kann überprüft werden, wie zuverlässig sie sind. Einer der Schlüsselfiguren dieser Strukturen ist nach wie vor der ehemalige NF'ler und Einblick-Macher Norman Kempken[1] aus Nürnberg.

Gefestigte Strukturen



[1] Mathias Fischer, Herausgeber des Fanzines »Der Landser«

In Mittelfranken ist es gelungen, eine rechte Jugendkultur zu etablieren. Nicht-rechten Jugendlichen bleibt in den meisten Fällen nur der Wegzug in die Großstädte. In weiten Teilen des ländlich geprägten Bezirks finden sich Gesellschaftsstrukturen, wie sie bislang nur in einigen Regionen in Ostdeutschland beobachtet worden sind. Journalisten, die Westdeutschland als das bessere Deutschland sehen, dürften hier ihren Meister finden. Vor allem, wenn man bedenkt, dass der Grundstock für eine äußerst flexible und aktive Neo-Nazi-Szene, wie sie in Mittelfranken zu finden ist, bereits in den siebziger Jahren gelegt worden ist. Erwähnt seien an dieser Stelle die Aktivitäten der terroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann, der ca. 500 Männer und Frauen angehörten.

Einzelne Kader, wie z.B. der Nürnberger NPD-Stratege Jürgen Schwab, der Anti-Antifa-Drahtzieher Norman Kempken und die NPD'ler Jürgen Hatz und Ralf Ollert sind seit über zehn Jahren maßgeblich an den diversen Aktivitäten der rechtsextremen Szene beteiligt. Dadurch ist die so genannte Bewegung in der Region relativ stabil und arbeitet kontinuierlich. Und falls die NPD in den nächsten Jahren doch verboten werden sollte, findet sich hier bereits eine gefestigte Struktur aus den diversen Vorfeldorganisationen, die bruchloses Weiterarbeiten ermöglicht. ■



1| Führender Hersteller der Anti-Antifa-Broschüre Einblick von 1993

Mit der Anti-Antifa gegen den Totalitarismus


[1]

Ende Juni 2002 in Sachsen-Anhalt. Auf der Internetseite des Nationalen Beobachters findet sich ein Aufruf zur Organisierung der Anti-Antifa. Für eine Zeitung des militanten Neonazispektrums inzwischen nicht mehr ungewöhnlich. Doch kurz darauf überschlagen sich die Ereignisse.

» In den frühen Morgenstunden des 26. Juni durchschlägt ein Molotow-Cocktail ein Fenster in der Reilstraße 78 – einem linken Wohn- und Kulturprojekt in Halle. Die Täter, die den Brandsatz noch auf dem Gelände des Hauses zusammengebastelt hatten, können unerkannt entkommen. Den BewohnerInnen der Reilstraße gelingt es den Brand zu löschen und somit Schlimmeres zu verhindern. Nur einen Abend später dringen Unbekannte in die Räume des linken Kulturzentrums in Gardelegen ein. Sie legen Feuer, das beide Etagen des Gebäudes zerstört. Nur wenige Stunden später werden in Halle Hakenkreuze an die Fassade der Reilstraße 78 geschmiert. Wiederum bleiben die Täter unerkannt.

28. Juni Magdeburg. Brandanschlag auf das »Reinheitsgebot«, einen zentralen Anlaufpunkt für die Magdeburger NPD und freie Kameradschaften. Die Parole »Antifa heisst Angriff« wird gesprüht, die Polizei ermittelt in alle Richtungen. Das »Reinheitsgebot« – für seinen Besitzer Matthias Güttler ohnehin eher ein Verlustgeschäft – muss daraufhin schließen. Offensichtlich kein so herber Rückschlag. Inzwischen eröffnete er ein Lokal im für ihn günstigeren Magdeburger Norden.

Keiner der genannten Anschläge wurde bisher aufgeklärt, die Hintergründe bleiben im Dunkeln. Umso interessanter – die Reaktionen der Neonazi-Szene. Direkt nach den Ereignissen finden in Sachsen-Anhalt mehrere Demonstrationen statt. Einen Abend nach dem Anschlag auf das Haus in der Reilstraße demonstrieren in Halle 150 AntifaschistInnen. In den Reihen der Freien Kameradschaften scheint man darauf nur gewartet zu haben. In den Abendstunden des 28. Juni demonstrieren in Gardelegen ca. 50 Neonazis spontan gegen angeblichen »linken Terror«. Und das obwohl zwei stadtbekannte rechte Aktivisten nur kurze Zeit vor dem Brandanschlag in Gardelegen das betroffene Objekt inspiziert hatten.

Auf den Internetseiten des Nationalen Beobachters und des Aktionsbüros Mitte, wurde schon fleißig an den Legenden gestrickt. Alle Anschläge seien das Werk der Antifa, um dem durch den Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt in Bedrängnis geratenen »Antifa-Verein« Miteinander e.V. eine Legitimationsgrundlage zu verschaffen. Deshalb wurden von Seiten der Kameradschaften weitere Demonstrationen angekündigt. Die erste fand unter dem Motto: »Gegen linken Terror – Verbietet die Antifa!« am 6. Juli in Magdeburg statt. An ihr betei-


[2]


[3]

[1] 1994 in Northeim. Bewaffnete und vermummte Neonazis auf dem Dach des Anwesens von Torsten Heise anlässlich einer Antifa-Demo
[2], [3] Die Reilstraße 78 in Halle nach dem Brandanschlag
[4] Erfassungsbogen der Anti-Antifa in Sachsen-Anhalt

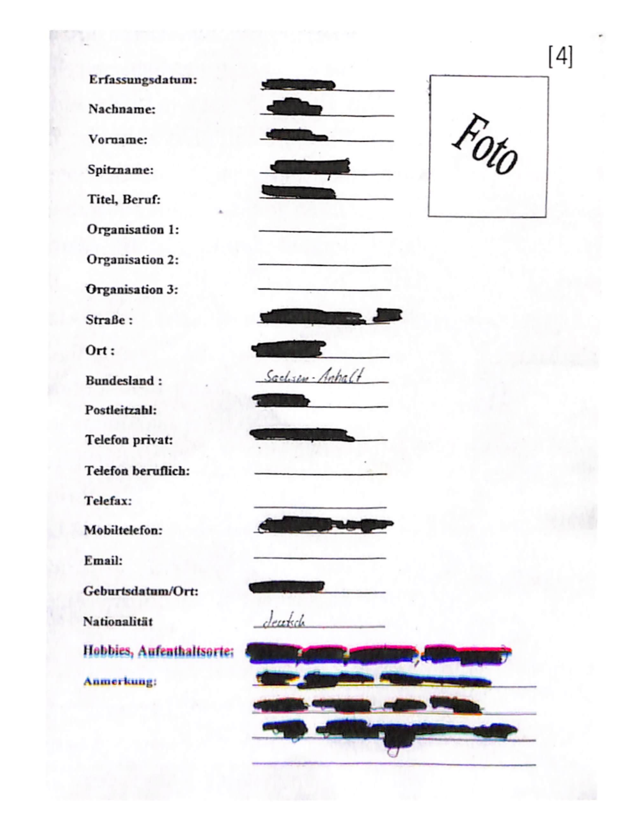
ligten sich etwa 150 Neonazis, die durch das eher alternativ geprägte Viertel Stadtfeld zogen und zusätzlich die Räumung eines besetzten Hauses forderten. Eine Woche später marschierten dann 100 Vertreter der Freien Kameradschaften erneut durch Gardelegen.

Auffällig in diesem Zusammenhang die Argumentation der rechten Kameraden. Im Vordergrund stand weniger die Kraftmeierei in Form von Drohungen gegen Antifas als die lauthals vorgetragene Forderung nach einem staatlichen Eingreifen. Entsprechend wurden die Ereignisse politisch ausgeschlachtet. Der Verein Miteinander e.V., der für seine antirassistische Arbeit über Sachsen-Anhalt hinaus bekannt geworden ist und mit Zuschüssen aus dem Topf »Tolerantes Sachsen-Anhalt« finanziert wird, geriet besonders ins Schussfeld. Seine Mitarbeiter seien sogar z.T. linke »Straftäter«, behauptete Sven Liebich, ehemaliger Blood&Honour-Kader in Sachsen-Anhalt und Mitverantwortlicher für den Nationalen Beobachter, in einem offenen Brief an die CDU-Landtagsfraktion. Darin forderte er ein konsequentes Vorgehen gegen den Verein und stellte sich als politisch rechten aber aufrechten Demokraten dar, dessen einzige Sorge ist, dass Kinder zu Gewalttätern erzogen werden könnten.

Allen Aktivitäten war die Wut über den »Aufstand der Anständigen« bzw. das vermehrte Interesse der Öffentlichkeit am Rechtsextremismus anzumerken. Unter den Vorzeichen einer veränderten politischen Landschaft in Sachsen-Anhalt wurde von Neonazis versucht, mit gleicher Münze heimzuzahlen. Die CDU, ihr war der Verein Miteinander ohnehin ein Dorn im Auge, kündigte zuvor an, Miteinander e.V. nicht mehr in der bisherigen Form fördern zu wollen. Im Koalitionsvertrag wurde das Schicksal des Vereins - für seine antirassistische Arbeit noch dazu als »politisch einseitig« bezeichnet - besiegelt. Die Freien Kameradschaften jubelten. Einen weiteren Grund zur Freude erhielten sie, als am 1. September in Magdeburg die »Ulrike«, das besetzte Haus im Stadtteil Stadtfeld, geräumt wurde, gegen das sie demonstriert hatten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass kurz vorher ein ehemaliger DVU-Landtagsabgeordneter zur städtischen CDU-Fraktion übertrat. Im Landtag war er bis dahin nur durch einen öffentlichen Beitrag aufgefallen. Darin hatte er sich für den Erhalt von rechten Jugendclubs eingesetzt.

Mit der Anti-Antifa in die gesellschaftliche Mitte

Auch wenn an den Demonstrationen der Anti-Antifa im Großen und Ganzen die immergleichen Personen teilnahmen, zeigte sich doch ein deutlicher Paradigmenwechsel in der politischen Ausrichtung der Anti-Antifa-Arbeit. Bisher waren vor allem die Neonazi-Strukturen in Sachsen-Anhalt für die eher rustikale Art der Anti-Antifa bekannt. Organisationen wie der Selbstschutz Sachsen-Anhalt, der nicht nur bundesweit als Ordnerdienst für rechtsextreme Veranstaltungen buchbar ist, sondern selbst bei unpolitischen öffentlichen Veranstaltungen wie in der Diskothek »Pumpe« in Salzwedel eingesetzt wird, sind für ihr militantes Anti-Antifa-Engagement bekannt. Kürzlich tauchten im nördlichen Sachsen-Anhalt sogar »Erfassungsbögen« auf, mit denen die Daten von AntifaschistInnen katalogisiert werden.


[4]

Erfassungsdatum:
Nachname:
Vorname:
Spitzname:
Titel, Beruf:
Organisation 1:
Organisation 2:
Organisation 3:
Straße :
Ort :
Bundesland : Sachsen-Anhalt
Postleitzahl:
Telefon privat:
Telefon beruflich:
Telefax:
Mobiltelefon:
Email:
Geburtsdatum/Ort:
Nationalität deutsch
Hobbies, Aufenthaltsorte:
Anmerkung:

Foto

Eine andere Form der Anti-Antifa besteht in politischen Handlungen, die sich eher an die allgemeine Öffentlichkeit richten, um sie zur Positionierung gegen AntifaschistInnen zu bewegen, als in der Sammelei von Daten über politische Gegner, um diese einzuschüchtern und zu verfolgen. In diese Richtung gehen auch zwei, bisher wenig beachtete Veröffentlichungen der extremen Rechten. »Wir erklären uns mit den →

[1] Claus-M. Wolfschlag – Faksimile aus dem Buch »Wir 89er«

Claus-M. Wolfschlag

[1]



Wann und wo bist Du geboren? · *1966 in Bad Wildungen*
Was ist Dein Beruf? · *Student und freier Publizist*
Dein Hauptcharakterzug? · *Ehrlichkeit (in den entscheidenden Dingen)*
Dein größter Fehler? · *Entscheidungsschwäche*

[2] Sven Liebich – Anti-Antifa-Aktivist und Klassenkasper

→ politisch engagierten Menschen solidarisch, die in diesem Land echte Zivilcourage beweisen. Und das sind keine anderen als diejenigen, die sich im politischen Leben dem Terror der Antifa, also gerade den 'Angriffen' auf der Straße, mutig entgegenstellen und für ihren Einsatz oftmals einen hohen Blutzoll zahlen«[1] schreibt das Autorenkollektiv gegen Totalitarismus in seinem im rechtsextremen Grabert-Verlag erschienenen Buch »Antifa heißt Gewalt«. Das »Autorenkollektiv«, das sich laut Klappentext aus »sechs in verschiedenen politischen Szenen Deutschlands aktiven Insidern« zusammensetzt, kann seine politische Selbstverortung nur mühsam verbergen. Die Hauptintention liegt in der Konstruktion eines negativ besetzten, als politischen Kampfbegriff zu definierenden Antifaschismus. Antifaschismus wird als »Ideologie der Zerstörung und Gleichschaltung«[2] diffamiert. Die offensive Benutzung des Begriffs Totalitarismus zeigt dabei den versuchten Brückenschlag. Indem ein Gespenst eines angeblich entfesselten, demokratiebedrohenden und mit den Schaltstellen der Macht eng verwobenen Antifaschismus gemalt wird, wird eine unverhohlene Verharmlosung der eigenen rechtsextremen Szene betrieben. Auf den seitenlangen Abhandlungen über angebliche Opfer des Antifaschismus erscheinen Neonazis plötzlich als deutsche Jugendliche, deutschfreundliche Aktivisten oder im extremsten Fall als Patrioten.

So erhält auch der bekannte Nazi-Liedermacher Frank Rennicke ausreichend Platz auf nicht weniger als fünf Buchseiten, seine tränenreiche Erklärung darüber zu wiederholen, dass er am 1. Mai 1997 in Hannoversch-Münden aus Angst vor AntifaschistInnen in das Schaufenster eines Militaria-Geschäftes sprang.[3]

Ziemlich verschwörungstheoretisch mutet es schon an, die Darstellungen der Autoren zu verfolgen, wer in ihren Augen als Vertreter des Antifaschismus einzuschätzen ist. Das von ihnen skizzierte Spektrum reicht von der Bundesregierung über den größten Teil der Medien, den Sicherheitsbehörden bis hin zu Autonomen Antifas. Dementsprechend lang und heterogen ist die Liste von Personen, die im Buch namentlich als AntifaschistInnen genannt werden. Dabei wurde sich zahlreichen, vor allem aber öffentlich zugänglichen Quellen bedient. Besonders oft wird aber ein weiteres Buch anti-antifaschistischer Literatur herangezogen.

»Das antifaschistische Milieu«[4] vom Junge-Freiheit Autor Claus-M. Wolfschlag bläst grundsätzlich in das gleiche Horn wie das »Autorenkollektiv gegen Totalitarismus«. Da Wolfschlags Arbeit als Dissertation Anfang 2001 an der Philosophischen Fakultät der Uni Bonn, der Wirkungsstätte des Anti-Antifa-Professors Hans-Hellmuth Knütter, eingereicht wurde, ist ein entsprechendes Mehr an Mühe durchaus erkennbar. Auf über 480 Seiten werden aber grundsätzlich die selben Thesen vertreten. Mit zahlreichen Originalquellen soll auch hier der »totalitäre Antifaschismus« entlarvt werden. Interessant sind aber vor allem die Überlegungen dazu, wie gegen den »Antifaschismus« vorgegangen werden solle. Das Konzept einer offensiven und militanten Anti-Antifa wird dort in Frage gestellt. Obwohl deutlich Sympathie für die militante Anti-Antifa erkennbar wird, wird als erfolgversprechenderer Weg die massive Öffentlichkeitsarbeit gefordert. Dazu bedürfe es aber einer Selbstdarstellung, die Provokationen möglichst vermeidet. Bürgernahes Auftreten, Forderungen nach polizeilichem Schutz, Erstatten von Anzeigen und die Suche nach potenziellen Bündnispartnern sollten demnach im Vordergrund stehen.

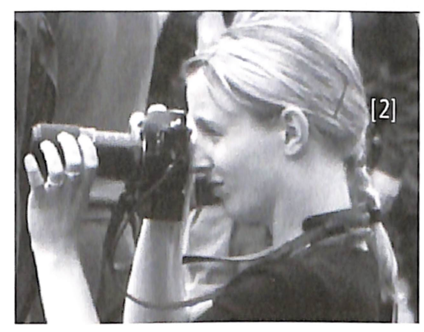
Der Trend, wonach, wie in Sachsen-Anhalt zu sehen, die Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Szene sich neben der physischen Bedrohung von Antifas auch auf die anderen Bereiche wie Öffentlichkeitsarbeit und ein generell bewussteres

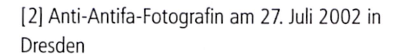
1| Autorenkollektiv gegen Totalitarismus: Antifa heißt Gewalt, Tübingen 2002, S. 20
2| Ebd., Klappentext
3| Siehe »1. Mai: Zweites München blieb aus«, in AIB 39, S. 23ff
4| Wolfschlag, Claus-M.: Das antifaschistische Milieu, Graz 2001











[1] Fototeam des Nationalen Beobachters am 27. Juli 2002 in Dresden

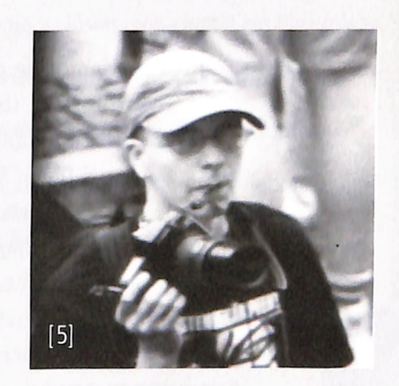
[4] Nils Reifenstein, Anti-Antifa-Fotograf am 27. Juli 2002 in Dresden

[2] Anti-Antifa-Fotografin am 27. Juli 2002 in Dresden

[3] Sven Hagendorf gescheiterter NPD-Bundestagskandidat und Anti-Antifa-Aktivist am 27. Juli 2002 in Dresden

Umgehen damit erstrecken, ist vielerort zu sehen. Sei es eine Broschüre über den alternativen Verein »Pfeffer und Salz« aus Angermünde, die von der Anti-Antifa Berlin herausgegeben wurde oder eine Demonstration unter dem Motto »Gegen den antifaschistischen Konsens vorgehen« am 27. Juli 2002 in Dresden – Anti-Antifaschismus gehört für die extreme Rechte nach wie vor zu einem der wichtigsten Politikfelder. Dass der Fokus dabei zunehmend auf öffentlichen Aktionen liegt, zeigt, dass darin offensichtlich auch ein weiteres nicht unerhebliches Mobilisierungspotenzial gesehen wird.

Die Kampagnen der extremen Rechten zu Themen wie Sozialpolitik und Arbeitslosigkeit zeigten in der jüngeren Vergangenheit eher wenig Erfolg in den eigenen Reihen. Demgegenüber bedienten klassische Themen wie etwa die Glorifizierung der Wehrmacht und des Nazionalsozialismus das eigene Klientel besser. Daher könnte Anti-Antifaschismus, als ureigenes rechtes Thema, zunehmend eine wichtigere Rolle spielen. ■







Mit dem Ziel AntifaschistInnen einzuschüchtern bzw. zu »enttarnen«, erscheinen am Rande von Nazi-Aufmärschen oder linken Veranstaltungen häufig mehr oder weniger unauffällige Anti-Antifa FotografInnen. Die von ihnen fotografierten Personen tauchen, wenn auch recht wahllos, z.B. im Internet auf. Im T-Shirt »Faschisten bekämpfen« ist der Berliner Björn Wild [5], Aktivist der Kameradschaft Tor bei der »Feindaufklärung« in Leipzig zu sehen. Die beiden Fotografen auf dem zweiten Bild tauchten – erfolglos – am Rande einer Antifa-Kundgebung in Rostock auf. Links ist Ian Derrik Meller aus Lester in Großbritanien und rechts mit Kamera Plagemann aus Banzin / Mecklenburg-Vorpommern zu sehen [6]. Der Fotograf auf dem dritten Bild links, hier bei einer Nazidemonstration in Berlin Tegel, versucht regelmäßig AntifaschistInnen zu fotografieren [7].

Erstens kommt es anders ...

Wahlkampf-Desaster der NPD in Hessen

Ihre Wahlkampftour durch Hessen hatte sich die NPD sicher anders vorgestellt. Die Aufmerksamkeit der Massen war eher darauf gerichtet, den Lautsprecherwagen der Rechten mit Eiern und aller Art von Lebensmitteln zu bombardieren, als den Reden der Parteikader zu lauschen.



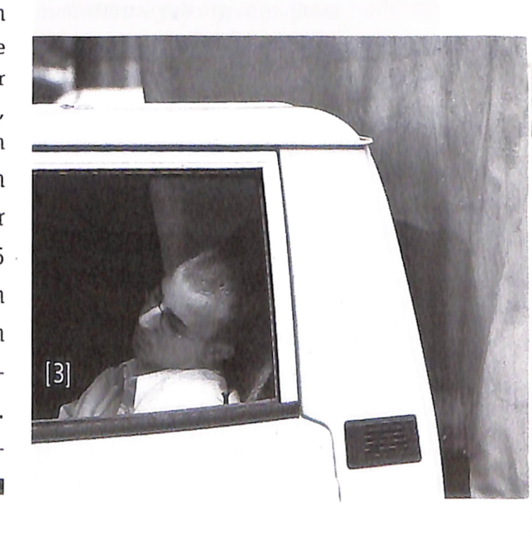


» Ursprünglich hatte die NPD Hessen unter Federführung ihres Landesvorsitzenden Thomas Hantusch und dem hessischen JN-Chef Stefan Rochow geplant, in 13 hessischen Städten innerhalb von vier Tagen Wahlkampfkundgebungen abzuhalten. Doch bereits bei ihrer ersten Station in Wetzlar waren mehrere hundert Gegendemonstranten anwesend, um die NPD mit Trillerpfeifen und Lebensmitteln zu begrüßen. So ging es dann den Rest der Woche mit zunehmender Härte der Gegendemonstrationen weiter.

Bereits am zweiten Tag musste die NPD ihren Termin in Offenbach ausfallen lassen, da sie in Frankfurt so lange von den Gegendemonstran-ten aufgehalten wurde, dass sie ihren Zeitplan nicht einhalten konnte. Vorläufiger Höhepunkt war dann der Termin in Darmstadt, bei dem es der Wahlkampftruppe nicht mal gelang bis zum Kundgebungsplatz vorzudringen. Eines ihrer beiden Fahrzeuge wurde bei der Anreise mit einem Molotowcocktail empfangen und das andere direkt von Antifas angegriffen, als es auf den Kundgebungsplatz fuhr.

Am letzten Tag wurden der NPD zwei ihrer vier Veranstaltungen nicht genehmigt, so dass nur neun von 13 Veranstaltungen stattgefunden haben. Bei ihrem letzten Termin in Kassel wurden sie zu den üblichen Eierwürfen aus einem angrenzenden Haus mit Hilfe eines Feuerwehrschlauches geduscht. Abgeschlossen wurde die NPD-Tour, indem die Fahrzeuge unter Polizeischutz aus der Stadt eskortiert werden mussten, nachdem kurz zuvor eine Kneipe, in der die rechte Szene Kassels sich trifft, massiv attackiert wurde. Hier hatte sich eine Gruppe von ca. 25 Neonazis verschanzt, die zuvor am Rande der Kundgebung von dem Laden »Outfit-Freizeit« aus die Gegendemonstranten provoziert hatten. Die Tour kann somit getrost als absoluter Reinfall bezeichnet werden. ■

[1]Eier für Faschisten. NPD-Wahlkampf in Limburg an der Lahn
[2] »Haut ab«. Antifas in Wetzlar stören die NPD. Rechts: JN-Kader Christian Hehl
[3] Ohne großes Interesse. NPD-Schläfer in Frankfurt am Main



Das Bundesweite Antifa Treffen

Ein Rhythmus – zwei Akkorde – drei Slogans:

Wenn Protestbewegungen »Organisation« und Organisationen »Politik« nur absondern, um Restprobleme zu lösen, wie einmal ein Bielefelder Soziologe meinte,[1] dann hat man schon einen recht guten Hinweis auf die Schwierigkeiten bekommen, die die »Organisierungsdebatte« Anfang der Neunziger begleiteten.

Es ging um genau jene »Restprobleme« – geteilte Vorstellungen, eine gemeinsame Praxis – die sich erst mit der Frage der »Organisierung« verbanden, als die Krise der autonomen Bewegung offenkundig wurde. Davor nicht über dieses Thema gesprochen zu haben, war kein Denkfehler der Autonomen, es war der typische Ausdruck einer Politik, die ohne Atempause »voran« ging. Und wo es voran geht, treten Differenzen in den Hintergrund. Wo organisiert wird hingegen, ist die Krise der gemeinsamen Vorstellungen nicht fern. Die »Organisierungsdebatte« und der Ort, an dem sie letztlich stattfand – die Antifabewegung – waren somit deutliche Hinweise auf die politische Defensive der Linken, ein Beweis für die Grenzen des autonomen Bewegungsmodells, das auch an der bis dato beispiellosen Freisetzung rassistischer und faschistischer Gedanken und Taten in Deutschland zerschellte.

Ein Angebot zur Überwindung dieser lähmenden Situation stellte die »Organisierungsdebatte« dar. Der Begriff der politischen und dann organisatorischen »antifaschistischen Einheit« folgte dabei weitgehend auf die Vorstellungen, die die Autonome Antifa (M) in ihrem 1991 veröffentlichten Diskussionspapier entwickelt hatte. Die AA/BO war in dieser Kritik am Bewegungsmodell als Resultat bereits vorweg genommen: Als eine Organisation, in der die politischen Fehler der Autonomen, ihre Unverbindlichkeit, ihre »Ghettomentalität«, ihr »beschränkter« Blick aufgehoben werden sollten. Die zum Teil massive Kritik aus der autonomen Restszene ist bekannt, Kritik aus der Antifabewegung hingegen kam selten. Dort wurden die Vorschläge zum Aufbau gemeinsamer bundesweiter Strukturen zunächst begrüßt, was vor allem damit zusammen hing, dass »Antifaschismus« an sich bereits ein defensiv ausgerichtetes Themenfeld darstellt, die Frage der Organisierung unter dem Blickwinkel der Abwehr von Faschismus also immer schon einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Konflikte, die letztendlich zu einem zweiten Organisierungsansatz führten, traten erst später auf. Ihr Kern waren weder die konkrete Orientierung am Thema Antifaschismus noch die Einschätzung der politischen Situation, sondern das organisatorische Gewand, hinter dem sich die oft ähnlichen Inhalte verbargen.

Organisation vs Organisierung

Somit war das Bundesweite Antifa Treffen (BAT)[2] Abgrenzungsprojekt und »alternative Version« zugleich. Es entstand zwei Jahre nach dem Beginn der »Organisierungsdebatte« und ein Jahr nach der Gründung der AA/BO. Der Kern der Gründungsgruppen hatte sich bis dahin an der Diskussion um eine bundesweite Organisierung beteiligt und die meisten inhaltlichen Eckpunkte mitgetragen. Das BAT war die Konsequenz einer Richtungsentscheidung zwischen »Organisation« und »Organisierung« – trotz grundsätzlich geteilter politischer Einschätzungen und trotz des geteilten Bedürfnisses, gemeinsame Strukturen auszubilden. Faktisch nahm es damit eine Zwischenstellung ein. Einerseits sollte es diejenigen sammeln, die dem Konzept der AA/BO ablehnend gegenüber standen, andererseits verstand es sich als offenes Forum, an dem auch Gruppen aus der AA/BO teilnehmen konnten und lange Zeit teilnahmen. Dies – und die Tatsache, dass das BAT nicht im entferntesten so viele Papiere und Konzepte hinterließ wie die AA/BO – macht die Bewertung des Ansatzes entsprechend schwierig.

Offenkundig wurden die entscheidenden Differenzen erst im Streit um die Gründungserklärung der AA/BO. Auch hier zeigte sich, dass es weniger um Einschätzungen der politischen Situation ging, als um die Art, in der →

→ einzelne Gruppen ihre Vorstellungen intern durchsetzten. Weniger standen Fragen der »Verbindlichkeit« und »Kontinuität« im Vordergrund, an denen die einen weniger und die anderen mehr interessiert waren, als die Frage der Form und Ausrichtung der angestrebten Organisierung. »Gemeinsamkeit« bedeutete also Unterschiedliches. Mit der Gründung der AA/BO sollte es darum gehen, die autonome Restszene in einem gemeinsamen Projekt auf »antiimperialistischer« Basis zu organisieren, im Vordergrund stand die »antifaschistische Einheit« linksradikaler Gruppen. Die KritikerInnen hingegen legten ihren Schwerpunkt vor allem auf die Vernetzung und gemeinsame Diskussion von antifaschistischen Gruppen. Weil es um mehr ginge als darum, die Autonomen ins nächste Jahrzehnt zu retten, wie es ein Kritikpapier formulierte, müsse die Perspektive darin bestehen, auf andere gesellschaftliche Gruppen zuzugehen und sie einzubinden. Ausgangspunkt aller Organisierungsversuche sei damit nicht die »Einheit«, sondern die Akzeptanz von Unterschieden, die sich in einem gemeinsamen Prozess zusammenfügten. Ähnlich beschrieb es auch das Selbstverständnis des BAT, das die Begriffe »Diskussion«, »Vernetzung« und »Offenheit«, den Willen zur Annäherung über einen konkreten Organisierungsansatz stellte. Dieser bewusste Verzicht auf »Einheit« hatte strukturelle und inhaltliche Konsequenzen. So entstand mit dem BAT nicht nur das deutlich weniger exklusive Organisierungsmodell, es eignete sich allein schon deshalb nicht für den Versuch, »linksradikale« Politik zu entwickeln oder einen Schwerpunkt auf die Durchführung gemeinsamer Kampagnen zu legen, wie sie für die AA/BO zur prägenden Politikform wurden. Andererseits begründeten gerade die Offenheit und Voraussetzungslosigkeit zunächst die eigentliche Stärke des Ansatzes, an dem sich zeitweise bis zu 50 Gruppen beteiligten.



Der AG Ansatz

Das BAT sprach gleichermaßen Gruppen an, die schon aufgrund ihrer inneren Struktur nicht die Anforderungen der Mitgliedschaft in einer Organisation erfüllten, Gruppen, die eine offene Auseinandersetzung führen wollten aber auch Gruppen, deren vorrangiges Bedürfnis darin bestand, Kontakte herzustellen. Die formale Entsprechung dieser unterschiedlichen Bedürfnisse war das AG-Prinzip, das die halbjährlichen Treffen prägte. Sollten in den AG's praktische Fragen geklärt, Informationen ausgetauscht und inhaltliche Probleme diskutiert werden, wurden an dieser Stelle jedoch recht bald auch die Schwächen des Ansatzes deutlich. Der Konsens lautete, die unterschiedlichen Formen des Widerstands gegen Rassismus und Faschismus und die Widersprüche zwischen einzelnen Positionen zunächst zu akzeptieren und die gleichberechtigte Zusammenarbeit von parteiunabhängigen Gruppen zu intensivieren, deren Ziel der Kampf für eine Gesellschaft ist, in der alle Menschen die selben Rechte und Chancen haben. Diese Vagheit, deren Ausdruck eben auch der bewusste Verzicht auf ein Programm war, begründete das Spannungsverhältnis, in dem sich das BAT befand. Charakteristisch wurde die dauerhafte Einforderung inhaltlicher Diskussionen. Zwar sei, so hieß es bereits 1995, das Ziel der Vernetzung erreicht, die (inhaltlichen) Ansprüche an Organisierung hingegen nur ungenügend formuliert. Der aktuelle Zustand des BAT drohe mangels gemeinsamer Perspektiven in voneinander losgelöste Arbeitsgruppen zu zerfallen. Damit war die reale Situation recht genau beschrieben. Während sich manche AG ohne Kontinuität, in ewig wechselnder Besetzung nach dem Zufallsprinzip zusammenfand, ent-

wickelten sich aus anderen AG's feste Zusammenhänge, die zunehmend unabhängig vom BAT arbeiteten. Gleichzeitig setzte die dauerhafte Neuzusammensetzung der Treffen der Festlegung auf Positionen enge Grenzen. Auch der Umgang mit diesem Dilemma war oft pragmatischer Natur. So setzten sich faktisch meist Positionen durch, die zum offensiven Umgang mit der eigenen Inhaltslosigkeit rieten und das BAT als reinen Ort des Informationsaustauschs definierten. Darin schwang die Ahnung mit, dass jeder Entwurf einer Plattform die heterogene Zusammensetzung des BAT schlichtweg gesprengt hätte. Die Bedürfnisse junger Gruppen nach Unterstützung, großstädtischer Gruppen nach bundesweiter Vernetzung, kleinstädtischer Gruppen nach lokaler Zusammenarbeit, mancher Gruppen nach gemeinsamen Inhalten, anderer Gruppen nach gemeinsamer Praxis – all diese unterschiedlichen Ansprüche mussten in einer Struktur, die gar nicht als Organisation konzipiert worden war, miteinander versöhnt werden. Dies gelang selten und so spiegelte sich im BAT ein Spagat zwischen inhaltlicher Vertiefung und personeller Vielfalt wider, in dem sich die fehlenden inhaltlichen Vorgaben, gedacht als Vehikel für einen Organisierungsprozess, zunehmend als Bremsklotz erwiesen.

Manifest wurde jene strukturelle Unfähigkeit zur Auseinandersetzung gerade am Thema Sexismus. Die Debatte mit ihrem konkreten Hintergrund begleitete eine Vielzahl von Treffen, führte aber in ihrer Sprachlosigkeit zu Spaltungen und dem Rückzug von Gruppen, ohne dass es gelungen war, irgendeinen Konsens zu schaffen. Die Art der Auseinandersetzung stärkte das BAT nicht, sie beschleunigte seinen Niedergang. Auch die Wortlosigkeit, die diesen Niedergang begleitete, dokumentierte, dass »Offenheit« oft größtmögliche Unverbindlichkeit bedeutete.

Zurück auf los?

Was einem trotz aller Unterschiede zwischen den beiden Organisierungsansätzen nicht erspart bleibt, ist der Blick auf ihre Gemeinsamkeiten. Zwar integrierte der eine Ansatz Momente der Autonomen in eine Organisation, die mit autonomer Politik nicht mehr viel zu tun hatte, während der andere Ansatz politisch die enge Welt der autonomen Szene verlassen wollte, um organisatorisch in ihr verhaftet zu bleiben. Entscheidend für die Krise, die beide Ansätze betrifft, sind aber die inhaltlichen Grundlagen, auf denen sie sich bewegten. Hier zeigen sich erstaunliche Analogien, denn letzten Endes unterschieden sie sich kaum in ihrem Verständnis von Faschismus und »revolutionärem« Antifaschismus. Beide bezogen sich in unterschiedlicher Deutlichkeit auf die autonomen Theorieversatzstücke der achtziger Jahre und waren auf ihre Art mit Ansprüchen überfrachtet. Die AA/BO erschien dabei oft lediglich als eine systematischere Version der konturlosen anderen »Fraktion«. Faktisch wurde das Dilemma der gesamten Antifabewegung in der AA/BO also lediglich augenfälliger als anderswo, während im BAT allein die Struktur garantierte, dass vorhandene Probleme nur zufällig oder gar nicht zur Verhandlung kamen. Wenn die Auflösung der AA/BO – wie behauptet – Ergebnis einer inhaltlichen Auseinandersetzung war, dann gründete sich die Krise des BAT darauf, dass es diese inhaltlichen Auseinandersetzungen kaum gab. Diesem Problem wird sich jede noch folgende Diskussion um Organisierung stellen müssen, die sich nicht in der weitgehenden Ausblendung von Inhalten oder der blinden Orientierung auf Organisation verstricken will. Es käme statt dessen darauf an, Strukturen des Streits zu entwickeln und den Widerspruch zwischen theoretischen Ansprüchen und praktischen Bedingungen auszuhalten, ohne ihn akzeptieren zu müssen. Die wirkliche Funktion einer bundesweiten Organisierung – und damit wäre man im gewissen Sinne wieder am Ausgangspunkt – besteht also weniger darin, eine Praxis zu entwickeln, die Unterschiede einebnet oder ein Programm zu verordnen, das umgesetzt wird als darin, Stichwortgeberin zu sein, Auseinandersetzung zu initiieren, für die politische Praxis einen Background gegenseitiger Bezugnahme darzustellen. Diesen Kriterien genügten beide Ansätze nicht – weder inhaltlich noch formal. Was bleibt, sind Restprobleme – von erheblicher Bedeutung. ■

Der Autor war mit einer inzwischen aufgelösten Gruppe über mehrere Jahre am BAT beteiligt

1| Luhmann, nicht Heitmeyer!
2| Lange Zeit blieb der Name »BAT« ein Arbeitstitel. Unter Mitwirkenden, die starken Wert auf die Abgrenzung zur AA/BO legten, kursierte auch das Kurzel »B1«.

Plötzlich waren wir die Gejagten

Am 17. November 1989 wurde die damals 24jährige Conny Weßmann in Göttingen nach einer antifaschistischen Aktion von Polizisten in den Tod getrieben. Sabine, eine Freundin von Conny, beschreibt die damalige politische Situation und den Umgang mit Connys Tod. Für viele AntifaschistInnen waren die Ereignisse von damals mehr als ein Schock.

Eine Erinnerung daran, welche Konsequenzen eine alltägliche Praxis – Nazis auf der Strasse entgegen zu treten – haben kann und dass die Staatsgewalt dabei nie auf unserer Seite steht.

» *AIB: Wie würdest Du die Zeit um Connys Tod politisch beschreiben?*

Sabine: Wir als Gruppe waren ein sehr starker sozialer und politischer Zusammenhang. Nach Connys Tod wurde aber auch deutlich, dass wir als Gruppe oder Szenezusammenhang innerhalb der Gesellschaft ziemlich isoliert waren. Obwohl es in Göttingen viele aufgeschlossene Leute aus bürgerlichen Kreisen gab und auch immer wieder an verschiedenen Punkten Bündnisse geschlossen wurden.

War das eine Zeit, in der Neonazis auch Euer Lebensgefühl bestimmt haben?

Sabine: Für mich sehr. Der ganze Sommer 1989 war dadurch bestimmt, dass es von den Neonazis das Bestreben gab, sich in der Innenstadt festzusetzen, und wir kontinuierlich dagegen gearbeitet haben. Die Neonazis sind irgendwo aufgetaucht, und es gab immer Antifas, die intervenierten. Das heisst, der Innenstadtbereich blieb eigentlich nazifrei. Unsere Motivation, antifaschistische Arbeit zu machen, hatte mehrere Grundlagen: Zum einen die direkte Betroffenheit als Linke, weil wir von Neonazis angegriffen und bedroht wurden. Das Haus, in dem ich gewohnt habe, wurde des öfteren angegriffen. Zum anderen gab es permanent Angriffe gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Oberhalb der Stadt war die Zietenkaserne als Flüchtlingsunterkunft eingerichtet worden, die isoliert am Waldrand liegt. Da sind am Wochenende gerne Hools und Neonazis hoch gefahren und haben die Menschen terrorisiert. Im Prinzip würde ich sagen, dass viel von unserem Widerstand darin bestand, möglichst viele Leute schnell zusammenzubringen. Die Konfrontation wurde meistens darüber aufgelöst, dass wir viele und die Neonazis wenige waren. Sie waren diejenigen, die dann geflüchtet sind.

Konkret sah es so aus, dass wir an jedem Wochenende von Freitag abends an in Alarmbereitschaft waren. Wir hingen zusammen rum, haben zusammen gekocht, auf Anrufe gewartet und dann sind wir los gezogen. Wenn eine Abendaktion abgeschlossen war, haben wir auch oft spät noch zusammen gefeiert. Der Sommer 1989 war in jedem Fall total anstrengend.

AIB: Wie kam es zu der Situation, in der Conny getötet wurde?

Der 17. November war eben einer dieser Freitagabende an einem Wochenende, an dem wir wieder in Alarmbereitschaft gewesen waren und uns mit relativ vielen Leuten bei uns im Haus getroffen hatten. Irgendwann klingelte das Telefon mit der Nachricht, dass es in der Innenstadt eine Auseinandersetzung zwischen Linken und Neonazis gäbe. Diese Information kam nach der Auseinandersetzung. Wir haben nicht richtig realisiert, dass die Auseinandersetzung eigentlich schon vorbei war bzw. zumindestens die Nazis da nicht mehr waren. Als wir ankamen, war da aber schon niemand mehr – außer den Zivilpolizisten des Göttinger Zivilen Streifen Kommandos (ZSK). Die haben sich an unsere Fersen gehangen, wohl wissend, dass wir weder die Neonazis waren noch diejenigen, die vorher in die Auseinandersetzung verwickelt waren. Dafür kannten uns die ZSKler zu gut. Sie sind dann durch die Innenstadt hinter uns hergefahren. Unser Plan war daher, uns auf dem Gelände der Uni zu verstreuen. Die Situation hat sich relativ schnell umgekehrt: Von einer Situation, in der wir agiert haben und den Neonazis entgegentreten wollten, wurden wir dann plötzlich zu den Gejagten. Man muss sich einen dunklen, nassen Novemberabend mit schlechter Sicht vorstellen. Hinter uns tauchten plötzlich Zivilpolizisten auf, die mit erhobenen Knüppeln auf uns zuliefen. Wir kamen an eine Straßenkreuzung, wo ein Streifenwagen im Weg stand, an dem man eigentlich locker vorbei konnte. Wir stockten kurz reflexmäßig. Ich sah dann aus dem Augenwinkel diesen Zivilpolizisten mit seinem Knüppel, und ich sah, wie Conny lossprang. Um auszuweichen, ist sie auf die Straße gelaufen. Im gleichen Moment sah ich ein Auto kommen. Conny sprang direkt vor das Auto. Sie war sofort tot. Meine nächste Erinnerung ist, dass Polizisten den Notarzt riefen. Aber einer von uns hatte schon vorher den Tod festgestellt. Direkt an Connys Kopf stand ein Polizist mit seinem Hund, damit man nicht zu ihr hingehen sollte. Die Situation kippte, als der Einsatzleiter kam und unsere Personalien aufnehmen wollte. Da war klar, entweder die Polizisten verziehen sich und lassen uns in Ruhe, oder es passiert etwas. Wir sind dann von da aus ins Jugendzentrum Juzi, wo plötzlich viele Leute waren, auch aus dem bürgerlichen Spektrum. Von da aus sind ganz viele Leute wieder zur Unfallstelle gegangen und haben dort ein Feuer gemacht. Wir waren dann einfach drei Tage auf der Straße und haben sie abgesperrt.

AIB: Was ist nach Connys Tod politisch passiert?

Sabine: Es gab in der Zeit viele Aktionen auf sehr verschiedenen Ebenen: Einerseits stand die sehr persönliche Betroffenheit im Raum: Conny war eine Freundin, zu der es



viele emotionale Verbindungen gab. Das war ein ganz sensibler Punkt für uns, weil es von anderen natürlich auch das Bedürfnis gab, das Politikum ihres Todes darzustellen. Was ja auch total wichtig war. In dem Zusammenhang gab es aber auch die Frage: Wo wird jemand heroisiert, wo wird eine von uns zur Märtyrerin? Ich wusste einfach, dass es extrem zufällig war, dass es Conny war – es hätte jede von uns sein können. Mir selbst war immer sehr wichtig, klar zu machen, dass Conny keine spezielle Kämpferin gewesen ist. Conny war eine ganz normale Person, die sich dagegen einsetzen wollte, dass Neonazis Flüchtlinge oder andere auf der Straße jagen. Conny war wie viele andere; eine Frau mit dem Wunsch, aktiv in die politische und gesellschaftliche Situation einzugreifen.

Andererseits gab es die Antifa-Politebene, wo es darum ging aufzuzeigen, dass sich schon seit einigen Jahren von Rechts eine Kraft formierte, gegen die wir anzugehen versuchten. Heute sind Aufrufe zur Zivilcourage Bestandteil jeder Sonntagsrede. Wir waren damals damit die Exoten und sind mit der Aufforderung, gegen Rechts einzugreifen, in der Stadt auf wirklich breite Ablehnung gestoßen. Die Bevölkerung hat sich geteilt in diejenigen, die Auseinandersetzung mit Neonazis auf die Schiene »randalierende Jugendbanden« geschoben haben. Andererseits gab es auch die Gründung der Initiative »Bürger gegen Rechtsradikalismus und Gewalt«, von denen hat ein Teil richtig aufgeschlossen mit uns zusammengearbeitet; aufgrund des Schocks, dass jemand tatsächlich bei einer antifaschistischen Aktion durch Staatsgewalt ums Leben kommt und hervorgerufen aus dem Bedürfnis, etwas gegen Rechtsextremismus zu machen. In Connys Tod haben sich zwei Bereiche getroffen, die sonst zwar gerne als Parole zusammengebracht werden: Aber hier hat sich spürbar gezeigt, wie dicht beide zusammenliegen.

AIB: Es gab dann über Jahre die Demo am Todestag von Conny. Hältst Du das für eine angemessene Form der Erinnerung und des Gedenkens?

Sabine: Das hat sich im Lauf der Jahre einfach verändert. In den ersten Jahren war die Demo ganz wichtig – und auch, dass viele Menschen kamen. Für mich hat es dann mit der Demo überhaupt nicht mehr gestimmt, als die szeneinternen Auseinandersetzungen um die Organisierungsfrage innerhalb der Antifabewegung hochkochten. Plötzlich standen eigentlich die politischen Konflikte um die Organisierung der Demo im Vordergrund und nicht mehr, dass wir uns treffen, um wirklich an den Tag von Connys Tod zu denken. Schließlich ging es lange Jahre auch darum, das Ganze zu verarbeiten und irgendeine Form von Umgang damit zu finden. Ein anderer wichtiger Punkt war die Mahnwache.

Es kamen eigentlich zwei Aspekte zusammen: Eine Aktion zu machen, die nach Außen ein Zeichen setzt, was in dem Fall immer noch die Demo war. Das andere ist tatsächlich auch, sich intern zu treffen und sich Raum zu nehmen, um sich zu vergegenwärtigen, was da eigentlich passiert ist. Das war insgesamt sehr schwierig. Es gab ein gutes soziales Netz, wo viele einzelne aufgefangen wurden. Aber in der Trauerarbeit haben wir uns eher schwer getan. Die lief vereinzelt, und ich denke, es ist eher ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen, dass eine gemeinsame Trauer wirklich kein Teil unserer Kultur ist. Wie macht man das? Wie kann man zusammen traurig sein und trotzdem auch eine Handlungsfähigkeit behalten und sich nicht in Depression und Trauer vergraben, sondern darin aktiv bleiben? Beides zu kombinieren ist schwierig, und für uns war damals die Demo dafür eine Ausdrucksform. Ganz viele von denen, die dicht um Conny rum gewesen waren, sind lange Jahre immer zu der Demo nach Göttingen gekommen. Das änderte sich, als klar war, dass so ein politisches Signal nach außen von dem Punkt aus überhaupt nicht mehr die Relevanz und Brisanz hat wie damals. Weil sich so viele andere Morde, Tode und politische Verschärfungen darüber gelegt haben. Für uns war der Tod von Conny die erste direkte Konfrontation mit Tod und eine Konsequenz von einer Form von Widerstand. Irgendwann war klar, das ist jetzt wirklich auch ein Stück weit unsere Geschichte, aber die ist inzwischen gar nicht mehr so bundesweit von Interesse.

AIB: Hat sich Deine politische Praxis dadurch verändert?

Sabine: Das kann man wohl sagen; in der ersten Zeit danach war sie ziemlich durch Angst und das Bewußtsein von Tod geprägt. Ich wollte nicht, dass irgendjemand stirbt bei Aktionen, bei denen ich dabei bin. Ich hatte auch Angst, dass Nazis dabei ums Leben kommen. Bei jeder Aktion, die wir gemacht haben, haben wir vorher ganz viel über Sicherheit und Sicherung diskutiert. Wir sind in den Jahren danach schon weiter an Antifaarbeit dran geblieben. Ich finde auch nach wie vor, dass es total richtig und wichtig war, was wir da gemacht haben. Ich denke aber, dass sie heute natürlich eine andere Form annehmen muss. In den letzten dreizehn Jahren hat sich die politische Situation so verändert, dass eine Antifabewegung mit einem anderen Ausdruck und einer anderen Organisationsform auftreten muss. Und ich bin nachdenklicher und vorsichtiger geworden bei Aktionen. Da spielt eine persönliche Traumatisierung eine große Rolle. Das andere ist aber auch ein Bewußtsein für das Ausmaß dessen, was wir selbst tun können, und wieviel Einfluß andere darauf nehmen.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Die nicht gekürzte Fassung des Interviews ist auf der Internetseite des AIB nachzulesen.

»Solidarität macht Mut«

Am 21. November 1992 wurde der damals 27jährige Silvio Meier im Ostberliner U-Bahnhof Samariterstraße von Nazis ermordet. Zwei von Silvios Freunden wurden schwer verletzt. In der Zeit nach der »Wiedervereinigung« bis Ende 1992 starben über 60 Menschen, weil sie nicht in das faschistische Weltbild ihrer Mörder passten. Eine Nacht nach Silvios Tod starben bei einem rassistischen Brandanschlag in Mölln drei TürkInnen. Zum 10. Jahrestag haben wir Ekke, einen Freund von Silvio, um einen Rückblick gebeten.

» *Wie würdest Du die Zeit Anfang der Neunziger beschreiben, als der Mord an Silvio geschah?*

Ausgangspunkt für die meisten von uns war ja »die Wende«, die als politischer Umschwung für uns damals ziemlich wichtig war. Wir waren jung, sind in der Zeit politisiert worden und haben dann festgestellt, dass mit 1989 auch die Aktivitäten von Nazis und Rassisten zunahmen und haben uns dagegen engagiert. Viele von uns sind durch diese neue Form der Gewalt politisiert worden. Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda sind die Ereignisse, die Art und Weise, wie sich uns die Realität damals dargestellt hat, also extreme Formen von rassistischer Nazigewalt. In der Situation wollten wir uns als Linke verhalten. Das war natürlich nicht besonders spaßig, denn die Überfälle waren auf eine Art gewalttätig, dass man sein Leben riskiert hat, wenn man sich dagegen engagierte.

Wie würdet Ihr Eure damalige Haltung Nazis gegenüber beschreiben?

Wenn ich mich erinnere, wie die frühen Neunziger für mich waren, dann hat es unter uns Diskussionen gegeben, wie man überhaupt auf so eine Form von Gewalt reagiert. Da gab es zwei unterschiedliche Ansichten: Die einen haben gemeint, man würde so wie die Nazis werden, wenn man ihnen militant entgegen tritt. Die andere Seite meinte: Die einzige Möglichkeit, sich die Räume, in denen man überhaupt noch politisch agieren kann, wieder zu erkämpfen, ist, wenn man sie auch militant zurückdrängt. Die Erfahrungen, die ich in den Jahren gemacht habe, haben mich dazu gebracht, eher im Sinne der zweiten Variante zu handeln. Die Haltung, nicht auch militant gegen die Bedrohung vorzugehen, war hilflos und nützte nichts. Im Gegenteil: Sie hat nur dazu geführt, dass man vor allem in Kleinstädten noch stärker isoliert war und am Ende vor der Wahl stand, wegzuziehen oder es hinzunehmen, dass sie einen nach dem anderen zusammenschlagen.

Dann kam es zu dieser Situation am U-Bahnhof Samariterstrasse in Berlin Friedrichshain, in der Silvio ums Leben kam. Wie wurde darauf reagiert, sowohl von der Antifabewegung als auch von staatlicher Seite?

Was ich vom Krankenhaus aus mitbekommen habe an Reaktionen von Antifas und Linken hat mir viel Mut und Kraft gegeben. Aus Solidarität für die Leute, die von der Gewalttat betroffen waren, wurde Geld gesammelt, die Überlebenden des Angriffs bekamen viel Besuch im Krankenhaus und auch danach hat man ihnen geholfen. Es gab nicht nur sehr viele Demonstrationen, an denen sich wirklich viele Leute beteiligten, denen es ein Anliegen war, gegen diese Zustände auf die Strasse zu gehen. Kurz darauf ist auch ein Brandanschlag auf den Nazijugendtreff »Judith Auer Club« verübt worden. Man kann zwar unterschiedlicher Ansicht über den Nutzen des Anschlags sein, aber als Zeichen ist er von allen verstanden worden. Dass nämlich Orte, an denen sich Nazis sammeln, um von dort aus loszuziehen und Leute totzuschlagen, nicht geduldet werden. Das war eine eindeutige Reaktion, und meiner Meinung nach richtig.

Die Polizei tat alles, um den Mord zu entpolitisieren. Die damals gängige These war, dass es verwirrte Einzeltäter seien, die Ausländer, Linke oder Punker totschlagen. Meistens kam noch dazu , dass die Täter ja eigentlich nur provoziert würden, weil der Ausländer eben Ausländer ist und auch so aussieht. Beziehungsweise weil ein Linker den Nazi zum Angriff provoziert. Ähnlich entpolitisierend sind sie in Bezug auf Silvio auch vorgegangen: Polizisten kamen ins Krankenhaus und haben einen Freund, der auch verletzt wurde, und mich dazu gedrängt, derartig entpolitisierende Aussagen zu machen. Als sie die gewünschten Statements nicht bekamen, haben sie die Version der Nazis über den Tathergang als die Richtige verbreitet: Silvio sei selbst Schuld gewesen, er wäre mit seinem eigenen Messer ermordet worden und vorher wären wir auf die Nazis losgegangen. Das war schlimmster Schwachsinn. Geglaubt hat es ihnen aber ohnehin keiner.

Wie hat Euch das Geschehen geprägt?

Geprägt hat es die Leute, die mit Silvio zu tun hatten, alle. Für diejenigen, die mit Silvio zusammengewohnt haben oder mit ihm zu tun hatten, war sein Tod natürlich ein schlimmer Einschnitt, der weit ins Persönliche reingereicht hat. Bei einigen hat es dazu geführt, dass sie sich sehr lange und intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Ich habe ernsthaft mit Leuten angefangen, darüber zu diskutieren, was man tun kann. Dann habe ich auch ver-



sucht, mich dementsprechend zu verhalten. Ich habe mich danach politisch organisiert und versucht, das, was ich kann, zu tun, damit sich die Zustände ändern.

Würdest Du sagen, dass Du jetzt anders an ähnliche Situationen rangehst?

Wir wollten damals in die Disko zum Tanzen und waren zu viert unterwegs – Silvio, noch ein Freund, eine Freundin und ich. Wir sind in den U-Bahnhof reingekommen, als uns ein Pulk von Jungnazis entgegenkam. Einer von denen hatte eben einen Aufnäher, der ihm abgerissen wurde. Danach sind wir in den U-Bahnhof runtergegangen, ohne dass die Nazis weiter ein großes Theater gemacht hätten. Die letzte U-Bahn war leider gerade weggefahren, und wir sind wieder die Ausgangstreppe hochgegangen. Da standen die Nazis schon oben mit einem Messer und haben uns abgestochen. Silvio ist gleich dort gestorben, und wir anderen kamen verletzt ins Krankenhaus. Ich habe mir danach persönlich den Vorwurf gemacht, in so eine Auseinandersetzung reingegangen zu sein und nicht damit zu rechnen, dass die Nazis bewaffnet sind. Das war ein ernsthafter Fehler. Im allgemeinen versuche ich heute, Situationen zu vermeiden, die ich nicht beherrschen kann. Wenn man so Nazis sieht, dann überlegt man sich das zweimal: Habe ich die Situation im Griff oder nicht?

Gab es danach einen Prozeß?

Die Ermittlungen gegen uns wurden eingestellt, weil sich die Version der Polizisten, dass wir die Schuldigen seien, überhaupt nicht halten ließ. Circa ein Jahr danach sind die drei so genannten Haupttäter nach Jugendstrafrecht zu Haftstrafen zwischen ein und drei Jahren verurteilt worden. Der ganze Prozeß war ziemlich eklig. Für uns war es schwer hinzunehmen, dass wir darin mit unseren Interessen überhaupt keinen Platz fanden. Konsens unter uns war, dass wir nicht möglichst harte Strafen wollten, weil wir darin keinen Nutzen sahen. Uns ging es darum, den Tod von Silvio politisch einzuordnen. Wir wollten den Prozeß politisieren. Aber da die Tat nach Jugendstrafrecht verhandelt wurde, konnten wir nicht als Nebenkläger auftreten. Wir wurden auch nicht als Zuschauer zugelassen. Der Prozeß lief unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Uns war aber nicht nur das Geschehen im Gerichtssaal wichtig. Da das Medieninteresse relativ hoch war, konnten wir auch so rüberbringen, was wir sagen wollten.

Es gibt in diesem Jahr zum zehnten Mal die Silvio-Meier-Demo. Wird die nach zehn Jahren zum Ritual? Oder ist sie weiterhin ein richtiger und wichtiger Weg, um die Erinnerung wachzuhalten?

Ich glaube, man muss hier die persönliche und die politische Erinnerung trennen. Die persönliche Erinnerung, die findet nicht in Form von Demos statt. Da findet man andere Wege. Politische Erinnerung – und dazu gehört die Demo – finde ich sehr wichtig, weil die Antifa-Bewegung auch Lehren aus den Vorfällen gezogen hat. Dass die Demo zeitweise die größte Antifademo in Berlin war, finde ich gut. Die Leute, die die Demo organisieren, haben auch immer darauf geachtet, keinen Personenkult entstehen zu lassen. Der Mord an Silvio ist zwar der Anlaß, aber man hat immer versucht, einen aktuellen Bezug zu finden. Ein besserer Begriff als Ritual wäre vielleicht Tradition. Dann ist es wie bei jeder anderen Tradition: So lange sie noch einen eigenständigen Inhalt hat, ist sie es wert, dass sie auch weiter getragen wird. Ich bin niemand, der daran um jeden Preis festhalten würde. Es kommt darauf an, ob sie den Sinn hat, den sie haben sollte. Meiner Meinung nach ist das noch gegeben.

Die letzten zehn Jahre sind ja nicht spurlos an der Antifabewegung vorbei gegangen. Welche positiven und negativen Veränderungen siehst Du?

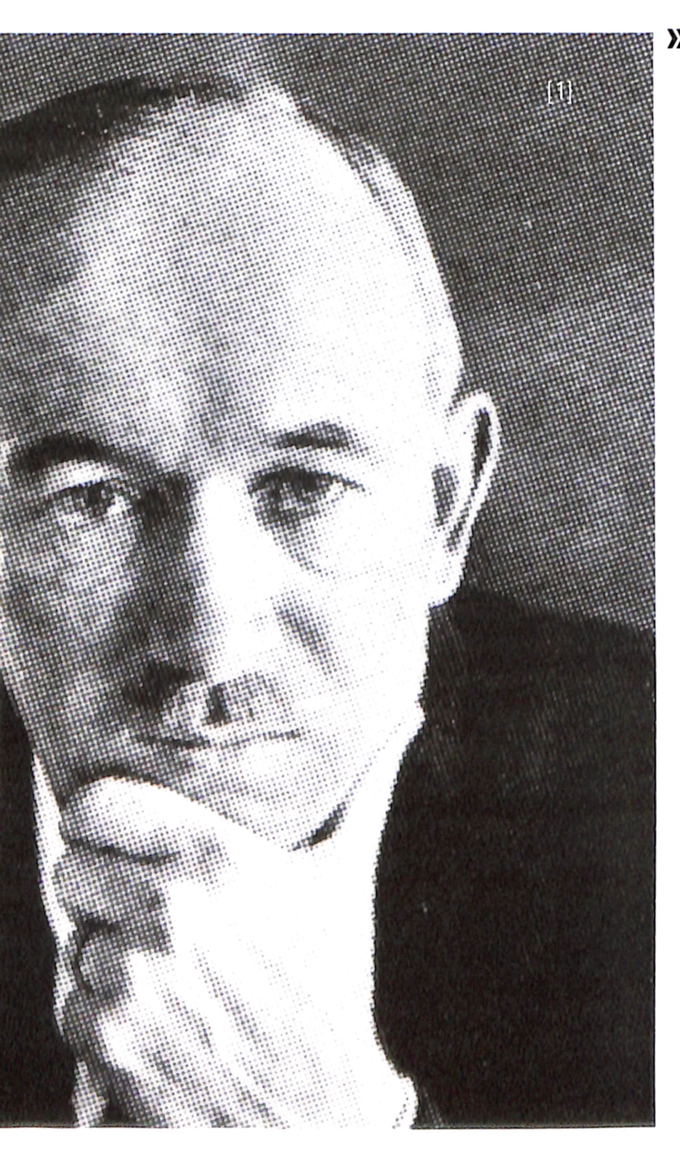
Anfang der Neunziger gab es Fragen, ob man überhaupt so etwas wie Pressearbeit mit bürgerlichen Medien macht oder ähnliche heutzutage eher nebensächliche Fragen. Darüber wurde viel diskutiert und viele haben das abgelehnt. Heute hat sich das und vieles andere, über das wir damals diskutierten, durchgesetzt und das finde ich positiv. Als negative Veränderung sehe ich, dass meiner Meinung nach Antifa als Bewegung aufgrund von verschiedenen Ursachen an Zugkraft verloren hat. Demzufolge verändert sich auch die Situation für diejenigen, die sich in dem Bereich engagieren oder organisiert sind. Dass wir es nicht geschafft haben, Formen zu finden, um die Bewegung zu halten, ist eine wirklich einschneidend negative Veränderung, über deren Ursachen diejenigen, die politisch aktiv sind, nachdenken müssen. Ein schwerer Fehler aus den Neunzigern war sicherlich, dass die Diskussion um Organisierung innerhalb der Antifabewegung so polarisiert geführt wurde. Wenn ich mir die Situation gerade angucke, fände ich es jedenfalls falsch, sich jetzt zurückzuziehen und etwas ganz anderes zu machen. Denn die Nazis gibt es noch und die Bedrohung ist nicht geringer geworden.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Schlagt die Sudeten mit den Benes-Dekreten!

Rot-Grün und die Benes-Dekrete

Selbst die Vertreter der konservativen Oppositionsparteien im tschechischen Parlament fürchteten einen Wahlerfolg Edmund Stoibers, denn das Wahlprogramm der CDU/CSU beinhaltete die Forderung nach Aufhebung der so genannten Benes-Dekrete. Auch wenn dieser schlimmste Fall nicht eingetreten ist: Unter einer erneuten rot/grünen Regierung mehren sich sowohl aggressive Positionen der bayerischen Nebenaußenpolitik als auch solche der offiziellen Regierungspolitik gegenüber Tschechien.



[1] Edvard Benes. Verfasser der nach ihm benannten Dekrete

» Die deutsche Außenpolitik – auch eine mit einem grünen Außenminister an der Spitze – identifiziert sich fast 60 Jahre nach der Beendigung des 2. Weltkrieges mit den Zielen der Revanchistenorganisationen. Schily und der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber beschworen mit ihren Auftritten auf dem Sudetendeutschen Tag dieses Jahres eine Geisterstunde deutscher Außenpolitik herauf. Beide stellten de facto die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges als außenpolitisches Ziel gegenüber Tschechien heraus.

Bereits zuvor hatte nicht nur die direkt betroffene Tschechische Republik, sondern auch die USA, Großbritannien und Rußland ihren entschiedenen Widerstand gegen eine solche deutsche Außenpolitik angekündigt. Doch Deutschland, Österreich und Ungarn verfolgen weiter ihre Erpressungspolitik gegenüber Tschechien, das bereits 1938/39 einmal ihr gemeinsames Opfer war.

Die Auseinandersetzung zwischen Tschechien und einer deutsch-österreichischen Koalition

Die Tschechische Republik sah sich seit Beginn diesen Jahres einem erheblich wachsenden politischen Druck durch die alten Achsenmächte des 2.Weltkrieges Deutschland, Österreich und Ungarn ausgesetzt. Man forderte die Aufhebung der Benes-Dekrete und eine Wiedergutmachung für das angeblich erlittene Unrecht bei der Aussiedlung der Sudetendeutschen und Ungarn nach dem 2. Weltkrieg. Schließlich platzte dem damaligen sozialdemokratischen tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman Anfang 2002 in einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin »Profil« der Kragen. Die Wellen in der deutschen und österreichischen Publizistik schlugen hoch. Dabei äußerte Zeman nur eine historische Wahrheit, als er die Sudetendeutschen in jenem Interview als fünfte Kolonne Hitlers[1] bezeichnete, die die einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zerstört habe. Die Ausweisung der Sudetendeutschen nach dem 2. Weltkrieg, so Zeman weiter, sei deshalb eine vergleichsweise milde Strafe gewesen, denn auf Landesverrat habe die Todesstrafe gestanden. Gerhard Schröder sagte daraufhin seinen für

März geplanten Besuch in Tschechien ab. Statt Schröder erschien der britische Premierminister Tony Blair Anfang April zu einen Blitzbesuch, um Tschechien demonstrativ gegen den politischen Druck der alten Achsenmächte den Rücken zu stärken.

Rot-Grün ergreift Partei gegen Tschechien

Während sich der Druck aus Ungarn nach der Abwahl des bürgerlichen ungarischen Regierungschefs Viktor Orban verringert hat, verstärkt sich der Druck aus Deutschland stetig. Erstmals forderte auf dem Sudetendeutschen Tag mit Innenminister Schily auch ein Vertreter der rot-grünen Bundesregierung die Aufhebung der Benes-Dekrete. Schily blies damit in dasselbe Horn wie Edmund Stoiber, der die Aufhebung der Benes-Dekrete sogar als Voraussetzung für eine Aufnahme Tschechiens in die EU forderte.[2] Dass weder von Schröder noch von Fischer Kritik an den Äußerungen Schilys geübt wurde – schließlich stehen sie im Widerspruch zur offiziellen außenpolitischen Position von Rot/Grün – muß als »bedenkliche« Entwicklung gewertet werden.

Zeitgleich, während die bundesdeutsche Politprominenz der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach dem Mund redete, besuchte Milos Zeman eine Gedenkfeier im ehemaligen KZ Theresienstadt. Hier stellte er erneut klar, dass die Sudetendeutschen, die als Hitlers fünfte Kolonne direkt oder indirekt den 2. Weltkrieg ausgelöst hätten, von den Tschechen nicht in Konzentrationslager sondern nur dorthin geschickt worden seien, wo sie hinwollten, nämlich »heim ins Reich«.[3]

Tschechien erhält die Unterstützung der Siegermächte

Noch vor der Wahl zum neuen tschechischen Parlament am 14. und 15. Juni, aus der die tschechischen Sozialdemokraten als Sieger hervorgingen, einigten sich alle im tschechischen Parlament vertretenen Parteien auf eine gemeinsame Resolution. Die Abgeordneten von der bürgerlich konservativen Rechten bis hin zu den Kommunisten stellten Ende April einstimmig fest, dass die Benes-Dekrete unantastbar und unveränderlich sind und dass sie »eine Öffnung der Fragen, die mit dem Ende und den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges zusammenhängen, ablehnen«.[4] Tschechien erhielt auch bei den neuerlichen Angriffen aus Deutschland und Österreich die Unterstützung des Westens. Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, auf der die Aussiedlung der Deutschen beschlossen wurde, seien unstrittig und hätten weiterhin ihre Berechtigung, so Blair. Blair stellte weiter im Einklang mit den tschechischen Parlamentariern klar, dass die europäische Nachkriegsordnung unantastbar sei.[5] Eine Woche später sprang auch der russische Präsident Putin Tschechien bei. Fern von jeder Realität seien die Versuche bestimmter Kräfte, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, so hieß es aus Moskau.[6] Diesen Positionen schloß sich am 25. April auch das US-Außenministerium an.[7]

Ziel: Die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges

Um eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges geht es der großen außenpolitischen Koalition von rot-grüner Bundesregierung bis hin zur CSU und ihrem Schützling, der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland und der FPÖ/ÖVP- Regierung in Österreich. Dennoch existiert ein entscheidender Unterschied zwischen den Positionen der rot-grünen Bundesregierung auf der einen Seite sowie der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CDU/CSU und der österreichischen FPÖ/ÖVP-Regierung auf der anderen Seite. Während Rot-Grün »nur« eine Aufhebung der eine klare antifaschistische Sprache sprechenden Benes-Dekrete von jetzt an fordert, will der rechte Teil der großen außenpolitischen Koalition deren Aufhebung von Beginn an, garniert mit Entschädigungsforderungen für angeblich erlittenes Unrecht durch die Benes-Dekrete. Würde diese ungeheuerliche Forderung durchgesetzt, bedeutete dies das wirtschaftliche und politische Ende der Tschechischen Republik. Deutschland und die Sudetendeutschen würden in den juristischen Stand von vor dem Ende des 2. Weltkrieges zurückversetzt, die gesamte Eigentumsordnung in der Tschechischen Republik würde auf den Kopf gestellt. Quasi ein zweites Münchner Abkommen[8], durch das einst die faschistische Okkupation der Tschechoslowakei eingeleitet wurde, würde abermals dem kleinen östlichen Nachbarn Deutschlands das Ende bereiten.

Eine neue fünfte Kolonne wird installiert

Wie vor dem Münchner Abkommen versucht auch heute jener kleinere Teil der ehemaligen Sudetendeutschen, der sich in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) organisiert hat, eine fünfte Kolonne in Tschechien zu installieren. Unterstützung erfahren sie dabei von ihrem →

1| Zum Begriff der fünften Kolonne: Als »fünfte Kolonne« bezeichnet man eine Untergrundorganisation, die in Zeiten internationaler Spannungen oder im Krieg mit Kräften außerhalb des Landes zusammenarbeitet. Der Ausdruck stammt aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Als der Faschistenführer Franco mit 4 Kolonnen auf Madrid anrückte, wurden seine Anhänger in der Stadt als fünfte Kolonne bezeichnet.

2| Vgl. Süddeutsche Zeitung, 21. Mai 2002. Stoiber hat auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen, dessen Patenland ebenfalls Bayern ist, am 22./23. Juni 2002 auch gegenüber Polen gefordert, die dortigen »Vertreibungsdekrete« aufzuheben.

3| Vgl. ebd.

4| Prager Zeitung, 30. April 2002.

5| Vgl. Blair: Benes-Dekrete sind kein Hindernis für Tschechien auf Weg zur EU, Radio Prag, Tagesecho, 9. April 2002.

6| Vgl. Radio Prag, Tagesecho, 18. April 2002.

7| Vgl. http://www.german-foreign-policy.com.



[1] Deutschland ist vorallem Opfer. Wer zählt die Opfer der mit Nazideutschland kollaborierenden Sudeten?

→ Schirmherrn, dem Land Bayern, dem Bund der Vertriebenen, sowie der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).[9] Flankiert werden diese revanchistischen Umtriebe durch die Abgeordneten der Paneuropa-Union im Europa-Parlament, die Anträge gegen Tschechien und für ein europäisches Volksgruppenrecht einbringen.

Die SL versucht innerhalb Tschechiens politischen Druck aufzubauen. Dazu bedient sie sich der »Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien« (LV), der gut 5.000 der ca. 38.000 »Deutschstämmigen«[10] in Tschechien angehören. Ausgestattet mit Geldern aus Schilys Innenministerium und aus Bayern, geschult von bundesdeutschen Berufsvertriebenen und als Teil des FUEV-Netzwerkes agiert die LV als verlängerter Arm der SL in Tschechien. Höhepunkt einer konzertierten Aktion von SL und LV ist eine Petition vom Sommer 2001, die der damalige Vorsitzende der LV und Deutschtums-Hardliner, Hans Korbel[11] formulierte, und in der die LV verlangt, die Benes-Dekrete aufzuheben.

Die Forderungen der LV wurden 2002 vom tschechischen Petitionsausschuß als nicht verhandelbar abgewiesen. Dennoch: Mit Stoiber als Bundeskanzler hätte das revanchistische Treiben der Sudetendeutschen und der von ihnen abhängigen, völkisch definierten deutschen Minderheit in Tschechien weiteren Auftrieb erhalten. Mit Stoiber als bayerischem Ministerpräsident und Schily als Bundesinnenminister darf man sich allerdings sicher sein, dass weiter gegen die Benes-Dekrete, die eine Grundlage des Tschechischen Staates darstellen, gearbeitet wird.

Die Benes-Dekrete

In der Zeit vom Juli 1940 bis Oktober 1945 wurden von der tschechischen Regierung, die sich bis 1945 im britischen Exil befand, 143 Dekrete herausgegeben. Mit diesen Dekreten dokumentierte die CSR ihren rechtlichen Fortbestand über die Zeit der Okkupation durch Deutschland hinaus und sicherte anschließend bis zum erstmaligen Zusammentreten des tschechoslowakischen Parlamentes nach dem 2. Weltkrieg im Oktober 1945 die gesetzgebende Gewalt in der Tschechoslowakei. Von den 143 Dekreten betrafen ca. dreizehn die in der Tschechoslowakei lebenden Sudetendeutschen und Ungarn.

Alle Dekrete, die sich mit den Sudetendeutschen und Ungarn, die vor und während des 2. Weltkrieges als faschistische fünfte Kolonne agierten, befassen, gehen nicht von einer Kollektivschuld dieser Bevölkerungsteile aus. Vielmehr waren von diesen Dekreten auch jene Tschechen und Slowaken betroffen, die mit den Besatzern kollaborierten, während antifaschistische Sudetendeutsche und Ungarn von ihnen ausdrücklich ausgenommen wurden. Zudem ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass bei den letzten freien Wahlen in der Tschechoslowakei vor dem Münchener Diktat vom Oktober 1938 über 70% der Sudetendeutschen, in einigen Gemeinden auch über 90%, für Henlein als Stellvertreter Hitlers votierten. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit vielfach falsch dargestellt ist auch die Tatsache, dass nicht die Benes-Dekrete die rechtliche Grundlage der Umsiedlung der Sudetendeutschen und Ungarn aus der CSR bildeten. Die Umsiedlung war vielmehr auf der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 beschlossen worden. Die Teilnehmer dieser Konferenz waren sich darüber einig, dass »die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß«.[10] Die Benes-Dekrete schränkten den Aussiedlungsbeschluß von Potsdam sogar ein, indem sie Antifaschisten von der Aussiedlung ausnahmen. ■

8| Das Münchner Abkommen bestimmte die Abtretung der von den Sudetendeutschen besiedelten Gebiete in Tschechien an das Deutsche Reich. Dieses Abkommen, dem Frankreich und England zustimmten, kam zustande, nachdem Nazideutschland in Kooperation mit dem Sudetendeutschen Faschistenführer Konrad Henlein die Situation an den Rand eines Weltkrieges gebracht hatte und sich England und Frankreich zu einer Befriedungspolitik entschlossen hatten. Nach der Okkupation des verbliebenen tschechischen Rumpfstaates im März 1939 wurde dieses Abkommen international als von Beginn an ungültig erklärt. Allein die Bundesrepublik Deutschland beharrt noch heute darauf, dass dieses Abkommen nicht von Beginn an nichtig gewesen sei und stützt damit weiterhin Ansprüche der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

9| Ausführlich zur revanchistischen Außenpolitik der FUEV s.a. AIB Nr.36 (Sep/Okt 1996), S.5.

10| Von den ca. 38.000 »Deutschstämmigen« in Tschechien besitzen ca. 25.000 neben ihrer tschechischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit, die ihnen nach 1990 vom BMI auf Antrag verliehen wurde.

11| Korbel steht auch der Bohemia-Stiftung vor, die mit Millionenbeträgen aus Deutschland »deutschstämmige« Unternehmer in Tschechien unterstützt.

12| Vgl. Punkt XIII des Potsdamer Abkommens: http://www.bundestag.de/info/parlhist/dok16.html.

Geschichte und Situation der Roma in Mittel- und Osteuropa

In Deutschland leben heute nach dem nationalsozialistischen Völkermord ca. 100.000 Sinti und Roma. Umfragen aus den neunziger Jahren besagen, dass zwei Drittel aller Deutschen Sinti und Roma ablehnen. Sinti leben seit ca. 600 Jahren in Deutschland, während die vor Pogromen und rassistischer Verfolgung in Osteuropa nach Deutschland geflohenen Roma vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten hierher kamen. Die Mehrheit der ca. 10 Millionen Roma lebt nach wie vor in Osteuropa und den Staaten ex-Jugoslawiens. Der folgende Text wirft ein Schlaglicht auf ihre Situation.

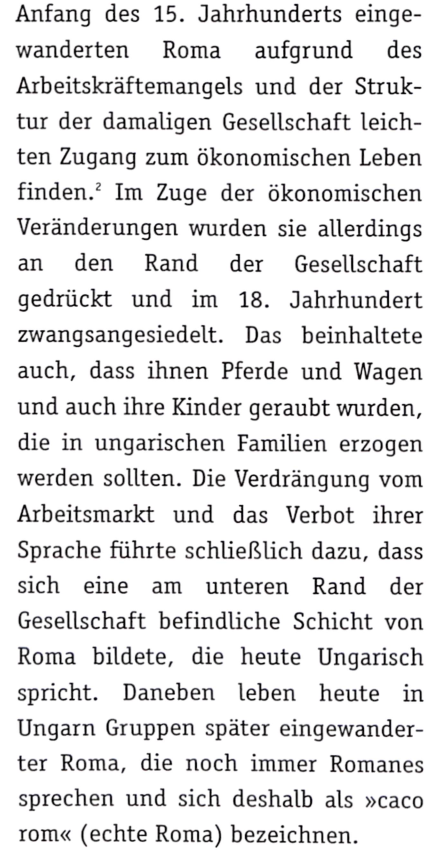
» Wie der historische Antisemitismus hat auch der historische Antiziganismus seinen Ursprung in christlichen Mythen. Bei den Vernichtungsstrategen des NS hieß es, »es besteht kein Unterschied zwischen Juden und Zigeunern«. Viele der ehemaligen Roma- und Sinti-NS-ZwangsarbeiterInnen warten heute noch vergeblich auf eine Entschädigung. Die Bundesstiftung »Erinnerung und Zukunft« hat die umstrittene »International Organisation for Migration« (IOM) mit der Bearbeitung ihrer Anträge beauftragt. Die IOM hat jedoch bisher lediglich ein Zehntel aller Anträge positiv entschieden. Insbesondere in Osteuropa haben Roma[1], die die nationalsozialistische Verfolgung überlebt haben, kaum Informationen über die Entschädigungsmöglichkeiten bekommen. Ihr Alltag ist nach wie vor von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung bestimmt. Selbst wenn ihnen die Flucht nach Deutschland gelungen ist, droht ihnen nun die Abschiebung. »Wiedergutmachung« made in Germany.

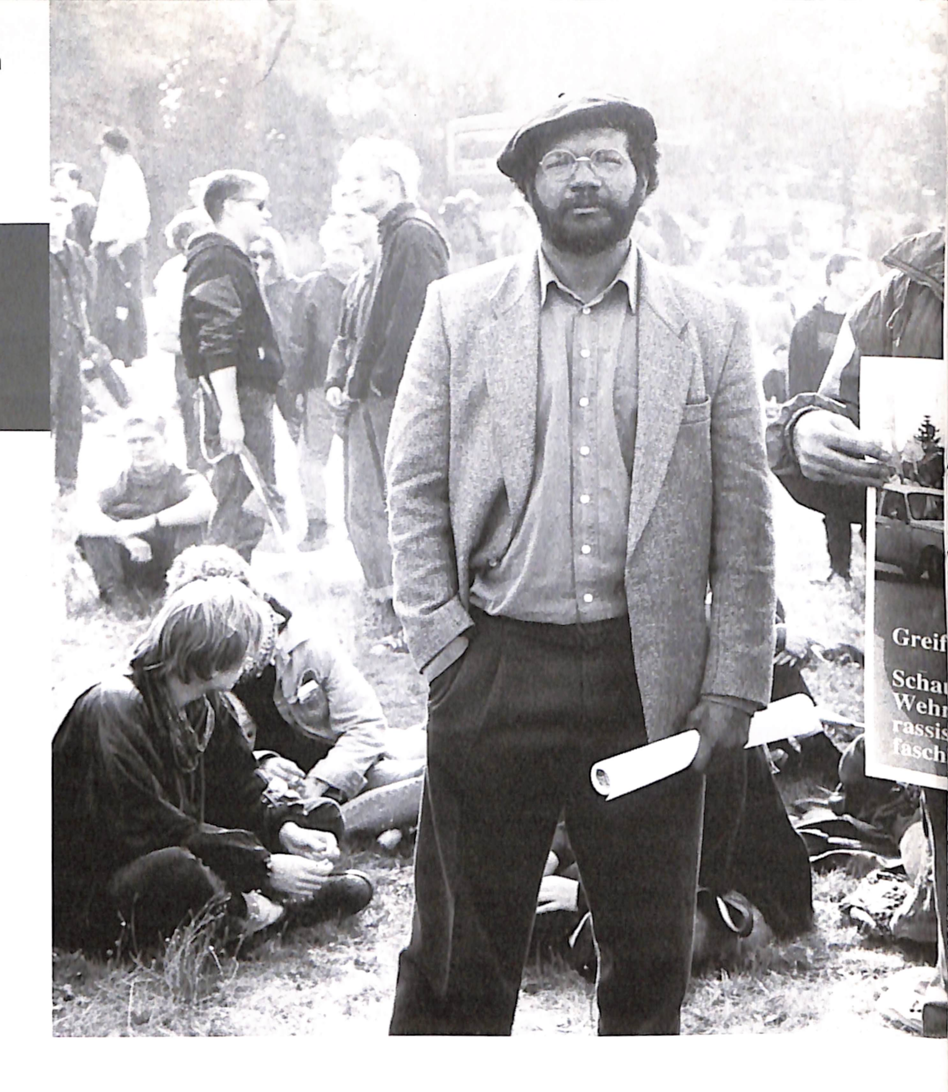
Die Ursprünge der Roma liegen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit in Indien. Im 18. Jahrhundert beobachteten Forscher Gemeinsamkeiten in der Sprache der Roma, dem Romanes, mit den in Indien gesprochenen Hindi und Punjabi. Partielle Gemeinsamkeiten wurden sogar mit dem alten Sanskrit festgestellt. Auch der Begriff rom (Romanes = Mensch) hat seine Wurzeln in Indien. Eine aus Nordindien stammende Gruppe Menschen, die in den Jahren 224 bis 241 n.Chr. nach Persien emigrierte, gab sich den Namen dom, was ebenfalls Mensch bedeutete. Bei der Aussprache dieses Wortes wurde das »d« mit nach oben gebogener Zungenspitze ausgesprochen, woraus sich später das »r« entwickelte. Die Analyse verschiedener historischer Quellen lässt den Schluss zu, dass die Roma im 14. Jahrhundert nach Europa kamen.

Heute leben Roma in allen europäischen Ländern. Mit Ausnahme von Spanien und Frankreich ist allerdings zu bemerken, dass in den westlichen Staaten ihre Zahl im Vergleich zu Mittel- und Osteuropa eher gering ausfällt. Besonders Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Makedonien weisen sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft einen großen Anteil an Roma auf. Die von den Behörden gelieferten Informationen bezüglich ihres Bevölkerungsanteils sind immer unter Vorbehalt zu sehen. Aufgrund anhaltender Diskriminierung ziehen es Roma in bestimmten Regionen vor, ihre Zugehörigkeit zu einer Minderheitengruppe zu leugnen. Statt dessen versuchen sie, sich der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft anzupassen, deren Sprache und Kultur zu übernehmen und den Kontakt zu anderen Roma-Gruppen zu vermeiden. Andersherum kommt es auch vor, dass ihr Bevölkerungsanteil aus politischen Gründen künstlich in die Höhe getrieben wird. Zum Beispiel in den achtziger und neunziger Jahren im Kosovo, wo der Anteil ethnischer Gruppen wie der Roma von den serbischen Behörden größer dargestellt wurde, um den Anteil der in der Region ansässigen Albaner zu mindern, mit dem Ziel, deren Ansprüche bei der politischen Mitbestimmung abzuwehren.

Mittelalter und Gegenwart

Aufgrund ihrer kontinuierlichen Ausgrenzung waren die Roma auf ihre Mobilität angewiesen. Diskriminierung und Pogrome zwangen sie, ihre professionellen Fähigkeiten an verschiedenen Orten anzubieten. Die Politik der Mehrheitsgesellschaften gegenüber den Roma fiel im Mittelalter von Land zu Land unterschiedlich aus. In Ungarn konnten die →





→ Anfang des 15. Jahrhunderts eingewanderten Roma aufgrund des Arbeitskräftemangels und der Struktur der damaligen Gesellschaft leichten Zugang zum ökonomischen Leben finden.[2] Im Zuge der ökonomischen Veränderungen wurden sie allerdings an den Rand der Gesellschaft gedrückt und im 18. Jahrhundert zwangsangesiedelt. Das beinhaltete auch, dass ihnen Pferde und Wagen und auch ihre Kinder geraubt wurden, die in ungarischen Familien erzogen werden sollten. Die Verdrängung vom Arbeitsmarkt und das Verbot ihrer Sprache führte schließlich dazu, dass sich eine am unteren Rand der Gesellschaft befindliche Schicht von Roma bildete, die heute Ungarisch spricht. Daneben leben heute in Ungarn Gruppen später eingewanderter Roma, die noch immer Romanes sprechen und sich deshalb als »caco rom« (echte Roma) bezeichnen.

In Rumänien, dem Land mit dem bei weitem höchsten Roma-Anteil in Europa mit unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwei bis vier Millionen Menschen, wurden die Roma Opfer einer kollektiven Versklavung. Sie wurden Eigentum der herrschenden Familien, als Kriegsbeute verschleppt, verkauft oder verschenkt. Aufgeteilt in vier Kategorien mussten sie entweder für die Herrschenden, den Adel oder den Klerus arbeiten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird in Bezug auf die Wallachei von drei gesellschaftlichen Klassen berichtet: Adligen, Geistlichkeit und mit weitem Abstand folgend der Dritte Stand. Anschließend findet noch Erwähnung, dass es zusätzlich eine »sehr viel niedrigere Klasse [gab], die jedoch derart verelendet, degradiert und verachtet ist, dass man sie nicht einmal zu den Einwohnern des Fürstentums zählt. Diese armseligen Kreaturen, deren Zahl 80.000 übersteigt, heissen Zigeuner«.[3]

Verfolgung heute: Zum Beispiel im Kosovo

Abgesehen von der kleinen Anzahl wohlhabender Roma in Mittel- und Osteuropa, die einen bürgerlichen Lebensstil führen oder als Clanführer anerkannt werden, lebt die überwiegende Mehrheit der Roma am unteren Rand der jeweiligen Gesellschaften. Im Zuge der Industrialisierungsprozesse waren sie die Hilfsarbeiter, die ohne Ausbildung zu niedrigsten Löhnen arbeiten mussten. Ihre ökonomische Situation sieht heute nicht viel besser aus. Der Zugang zu schulischer Bildung oder einer anschließenden Berufsausbildung ist ihnen nur schwer möglich. Oft leben sie in eigenen Stadtteilen oder Dörfern, oft ohne Elektrizität oder fließendes Wasser. In vielen Fällen müssen auch die Kinder arbeiten gehen, um der Familie das Überleben zu ermöglichen. Die Minderjährigen arbeiten beispielsweise in Rumänien als Schuhputzer auf den Strassen, sammeln Papier oder Aluminium auf den Müllhalden, um es zu verkaufen, oder gehen betteln. An ihrer dunkleren Haut leicht zu identifizieren, werden sie auch oft als Sündenböcke instrumentalisiert und Opfer gewalttätiger rassistisch motivierter Übergriffe oder Pogrome. Viele von ihnen flohen während der letzten Kriege auf dem Balkan nach Westeuropa oder leben seitdem in Flüchtlingslagern in der Region.

In den letzten drei Jahren seit der Stationierung der KFOR-Truppen im Kosovo, existiert dort eine für die Region bis heute einmalige Pogromstimmung gegen die ansässige Romabevölkerung. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge wurde die Mehrheit der Romabevölkerung vertrieben. Rom e.V. aus Köln zufolge wurden sogar über 80 Prozent der Roma aus dem Kosovo vertrieben.[4] Häuser und ganze Siedlungen wurden niedergebrannt, wobei es immer wie-



der Tote gab. UCK-Einheiten oder auch zivil auftretende Albaner schüchterten die nicht-albanische Bevölkerung ein, bedrohten sie oder warfen Handgranaten in ihre Häuser. Viele Familien leben seitdem in Angst und verlassen nur in den nötigsten Fällen ihre Häuser. Andere verloren ihr Leben auf der Flucht, z.B. bei Bootsüberfahrten nach Italien.

Staatsgewalt gegen Roma: Zum Beispiel Bulgarien

Die Situation im Kosovo sticht aufgrund der Kriegssituation besonders heraus. Doch auch in anderen Ländern sind die Roma aufgrund von Armut und alltäglichen Diskriminierungen weitestgehend vom gesellschaftlichen Leben der Mehrheitsbevölkerung ausgeschlossen. Ein Auszug aus einem Report des Helsinki Watch Committee dokumentiert die Wohnsituation der Roma in Bulgarien Anfang der neunziger Jahre. In Anbetracht der Entwicklungen in dem Land muss davon ausgegangen werden, dass sich die Situation in den letzten zehn Jahren kaum zum Positiven entwickelt hat: »Die Wohnsituation der Zigeuner ist sehr viel schlechter als die der Bulgaren. Viele der von den Zigeunern bewohnten Stadtviertel sind Ghettos. Diese Stadtviertel bieten der Bevölkerung pro Kopf gerechnet weniger Lebensraum als die von Bulgaren bewohnten Stadtviertel. Die meisten Zigeunerviertel sind äußerst überbevölkert. Häufig leben zwei oder mehr Familien in einem Raum. Für die sanitären Verhältnisse wird wenig getan. Das unterirdische Abwassersystem ist schlechter.«[5] Die Bildungssituation heute entspricht in etwa der Situation von 1978. Damals beendeten lediglich 30 Prozent der Roma die Grundschule. Die Zahl der Absolventen einer Sekundarstufe ist noch geringer. Etwa 50 Prozent der Roma sind Analphabeten. Als Resultat des desolaten Zugangs zu Bildung ist die Mehrheit der Roma in Bulgarien, wenn überhaupt, nur in schlechtbezahlten Jobs anzutreffen. In Politik, Verwaltung oder Polizei sind sie absolut unterrepräsentiert. Ihre beruflichen Aufstiegschancen sind sehr gering. In Krisensituationen sind sie als erste von Entlassungen betroffen.

Die Ereignisse ab dem 18. Februar 2002 im von Roma bewohnten Stadtteil Stolipinovo in Plovdiv (Süd-Bulgarien) zeigen die Willkür, mit der von Seiten der Mehrheitsgesellschaft auf die Probleme der Roma reagiert wird. An jenem Tag demonstrierten 300 bis 400 Roma gegen die Entscheidung der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft, dem gesamten Stadtteil den Strom abzustellen. Vorausgegangen war die armutsbedingte Unfähigkeit einzelner Familien, ihre Stromrechnung zu bezahlen. Die Reaktion der Stromgesellschaft glich einer Kollektivstrafe gegen die Roma in Stolipinovo. Etwa eine Stunde nach Beginn der Proteste gingen Sondereinheiten der bulgarischen Polizei (POS) mit Schlagstöcken gegen die Protestierenden vor. Anschließend zogen sie sich zurück und sperrten den Stadtteil ab. Als Reaktion auf das Angebot der Stromgesellschaft am nächsten Tag, den Strom für vier Stunden täglich wieder fließen zu lassen, wenn 30.000 bulgarische Lev (ungefähr 15.350 Euro) gezahlt würden (die gesamte ausstehende Summe betrug laut Radio Free Europe/Radio Liberty umgerechnet ca. 3,07 Millionen Euro), demonstrierten erneut ca. 1000 Roma im Zentrum von Plovdiv. Aufgrund der anhaltenden unzureichenden Versorgung mit Elektrizität gingen am 14. März 2002 erneut 2000 Roma auf die Strasse. Die Ereignisse wurden von der bulgarischen Presse zum großen Teil mit einer negativen Darstellung der Roma begleitet, die als »Diebe und Betrüger« bezeichnet wurden. Berichte über die Armut in den Romastadtteilen waren die Ausnahme. Aufgrund der Ereignisse sprechen sowohl Radio Free Europe/Radio Liberty als auch die bulgarische NGO Human Rights Project von einem starken Aufschwung antiziganistischer Tendenzen in der bulgarischen Bevölkerung. ■

1 In diesem Text werden unter dem Begriff Roma auch sämtlich Untergruppen wie Kalderash, Ashkali, Vlach, Xoraxane etc zusammengefasst.
2 Vgl. Mihok, Brigitte: Ethnostratifikation im Sozialismus,... Peter Lang Verlag Frankfurt/M 1990, S. 23f.
3 Vgl. Grevemeyer, Jan-Heeren: Die Roma Bulgariens. Edition Parabolis Berlin 1998, S. 48.
4 Vgl. Rom e.V.: Das Pogrom. 650 Jahre Roma-Kultur im Kosovo. Rom e.V. Köln, S. 3.
5 Helsinki Watch Committee: Report 1991, S. 20.

Ein Oberbürgermeister als

»Der Marsch der Roma: Wo wird er enden?« Effekt heischend warb die Düsseldorfer BILD im August diesen Jahres für eine ihrer Ausgaben. Indes, die Frage ist berechtigt, wenngleich der Begriff »Marsch« einmal mehr eine feindliche Invasion suggeriert. Am 27. April 2002 waren ca. 500 Roma von Essen aus aufgebrochen, um in diversen deutschen Städten gegen ihre drohende Abschiebung zu protestieren und Öffentlichkeit für ihre Bleiberecht-Forderung zu schaffen. Als vorläufig letzte Station steuerten sie am 20. Juni 2002 die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt an, »immer eine gute Adresse«, wie es in städtischen Werbeblättern heisst. Hier aber stiessen sie auf einen Oberbürgermeister (OB), der zur Begeisterung der extremen Rechten und des rassistischen Mobs alles daran setzt, den Roma das Leben so schwer wie möglich zu machen.



[1]

[1] Düsseldorfs OB Joachim Ewrin bei den Kameraden. Zum 50. Jahrestages des Verband Deutscher Soldaten (VDS) am 18. März 2000 hält er die Laudatio

» Die Lage der Roma ist denkbar schlecht. Zwar stossen sie bei ihrem Demonstrationsmarathon auch auf Unterstützung, die entscheidenden Reaktionen aber reichen von heuchlerischer Anteilnahme, über mehr oder minder offene Ablehnung bis hin zu blankem Hass. Viele von ihnen leben seit zehn bis fünfzehn Jahren in Deutschland, fallen aber dennoch aus der »Altfallregelung« heraus, da diese für Jugoslawien und Rumänien nicht gilt. Eine Rückkehr nach Serbien und Montenegro bedeutet jedoch erhebliche Gefahr, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. So teilte selbst das Auswärtige Amt dem Verwaltungsgericht Freiburg am 22. Januar 2002 mit, Roma stießen »in der gesamten jugoslawischen Gesellschaft traditionell auf Ablehnung und werden häufig diskriminiert«.

Nachdem die Roma den Platz ihres ersten Düsseldorfer Protestcamps wegen eines Zirkus verlassen mußten, wurde das Camp in einen anderen Stadtteil verlegt. Sofort organisierten AnwohnerInnen ihren Protest, indem sie z.B. 500 Unterschriften im Wohngebiet gegen die Anwesenheit der Roma sammelten. Auch organisierte Neonazis der Kameradschaft Düsseldorf und die REPs zeigten Präsenz und versuchten mittels Flugblättern, Aufklebern und persönlicher Ansprache den deutschen »Volkszorn«, der sich auch schon mal »Ausländer raus!«-gröhlend am Platzrand artikulierte, zuzuspitzen.

OB Erwin baut Barrikaden

Doch nicht nur vor Teilen der Nachbarschaft und vor Neonazis, auch vor Düsseldorfs OB Joachim Erwin (CDU) müssen sich die Roma schützen. Dieser war nämlich nicht nur der Auffassung, dass die Demonstration der Roma ein »Affentheater« sei, sondern auch, dass ihnen kein Demonstrationsrecht zustünde, da das diesbezügliche im Grundgesetz verbriefte Grundrecht nur für Deutsche gelte. Dieses ging selbst dem Düsseldorfer Polizeipräsidenten Michael Dybowski zu weit, der den OB öffentlich scharf kritisierte, da sich dieser unbefugt in seinen Zuständigkeitsbereich eingemischt hatte. Erwin soll dafür gesorgt haben, dass die Roma den Rathausplatz nicht als Kundgebungsort im Rahmen einer genehmigten Demonstration nutzen konnten. Wie aus dem Nichts heraus wurden städtische LKW auf den Platz

Oberrassist



[1] Roma-Demonstration für gleiche Rechte, gegen die Residenzpflicht und für ein dauerhaftes Bleiberecht

gefahren und der Weg versperrt. Als polizeilicherseits ein Umzug der Roma zurück auf ihren ursprünglichen Platz genehmigt wurde, soll Erwin initiiert haben, dass hieraus ebenfalls nichts wurde, da der Platz urplötzlich zum Ablagern von Baumaterial für eine weiter entfernte Baustelle benötigt wurde. Schliesslich zogen die Roma auf die Rheinwiesen. Auf Anzeige des PDS-Ratsherrn Frank Laubenburg leitete die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft am 3. September 2002 ein Ermittlungsverfahren gegen Erwin wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, schwerer Nötigung und Untreue durch nicht gerechtfertigte Nutzung städtischer Fahrzeuge und den Einsatz städtischen Personals ein. Unterstützung erhielt dieser einmal mehr von den REPs, deren Ratsherr Jürgen Krüger mitteilte: »Von uns hat der OB die volle Rückendeckung«. Auch die Düsseldorferin Hilde Hülsmeyer, ehemalige Landesbeauftragte NRW des Bund freier Bürger und zuletzt Rednerin auf einer Kundgebung der extrem rechten Bürgerbewegung Pro Köln am 9. März in der Domstadt, sprang öffentlich für Erwin in die Bresche. Sich aber nachsagen zu lassen, er habe Kontakte zur extremen Rechten, müsse der OB nicht, entschied kürzlich das Amtsgericht Düsseldorf und verurteilte Torsten Lemmer, Begründer mehrerer RechtsRock-Firmen, zu einer Geldstrafe. Dieser hatte provokant kundgetan, dass er Verständnis dafür habe, dass Erwin sich nicht öffentlich zu ihm bekennen könne, es aber als beruhigend ansehe, »dass Gemeinsamkeiten und Kontakte über andere, dritte Personen, hervorragend funktionieren« würden. Schon zuvor hatte er eine »Satire Promotion-CD« mit dem Song »Erwin – du und ich für immer« eingespielt.

Wie weit des Oberbürgermeisters Kontakte tatsächlich reichen, ist zwar nicht bekannt, seine häufigen Auftritte bei Veranstaltungen der »Vertriebenenverbände« – erst am 8. September wurde er vom Landesverband des BdV mit dessen höchster Auszeichnung geehrt –, seiner Laudatio beim 50. Jahres-Jubiläum des Landesverbandes des »Verbandes Deutscher Soldaten«, seiner Ankündigung, alles zu tun, um die Präsentation der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in Düsseldorf zu verhindern, seiner Rede am 9. November 2000 vor dem Stadtrat, in der er anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht auch von verletzten »Ariern, die helfen wollten,« zu berichten wusste und vieles mehr haben ihm zu grosser Anerkennung beim potentiellen Wahlvolk der extremen Rechten verholfen, sehr zum Leidwesen der REPs, deren politischer Raum bedrohlich eng geworden ist. Wie lange Erwins ungeschminktes Vorgehen noch in der Wirtschaft auf Gegenliebe stösst, ist jedoch ungewiss. Hier – und in der Folge auch in der CDU selbst – regen sich kritische Stimmen, die nicht zu Unrecht befürchten, dass Erwin jede Chance, dass Düsseldorf bzw. die Rhein-Ruhr-Region den Zuschlag für die erwünschte Austragung der Olympiade 2012 erhält, gegen Null schwinden lässt.

Die Abschiebemaschinerie läuft weiter

Die Roma indes werden in Düsseldorf weiterhin von Platz zu Platz (ab)geschoben. Erst Anfang September wurden sie in einen weit abgelegenen Stadtteil vertrieben. Der Druck wird von Tag zu Tag größer. Immer mehr erhalten keine längere Duldung mehr. Mehrere von ihnen wurden bereits abgeschoben. Mit Genugtuung berichtete die konservative »Rheinische Post« am 17. September, dass Otto Schily aufgrund der anfänglich »zögerlichen Kooperation der jugoslawischen Behörden« nun »ein ‚bilaterales Abkommen' zur beschleunigten Rückführung« mit seinem jugoslawischen Amtskollegen gefertigt habe. Der der SPD-»Linken« zugerechnete Düsseldorfer Michael Müller (MdB) seinerseits versuchte sich kurz vor den Bundestagswahlen dadurch zu profilieren, indem er anmahnte, die Abschiebungen solange auszusetzen, bis das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt. Was dieses Gesetz aber für die Roma bedeutet, hat die rot-grüne Bundesregierung mehr als klargemacht: »Das neue Zuwanderungsgesetz ist gut für Deutschland. – Vorrang für deutsche Arbeitnehmer: [...] Abgelehnte Asylbewerber können nicht in ein Zuwanderungsverfahren wechseln.« ■

Arbeitsteilung



Die deutsche Polizei macht nach »Göteborg Krawallen« zuhause weiter

» Über ein Jahr ist der »Summer of Resistance« nun her, als weltweit anläßlich von sog. »Gipfeltreffen« der reichsten Länder verschiedenste NGO-Vertreter, KapitalismuskritikerInnen, WeltverbessererInnen und Antifas zum Protest auf die Straße gingen. Seitdem ist es ruhiger geworden um die GipfelstürmerInnen – jedoch nicht in den Amtsstuben von Staatsschützern, Staatsanwaltschaften und Richtern.

Anfang Juni 2001 kam es nach massiven Protesten gegen einen EU - Gipfel im schwedischen Göteborg zu gewalttätigen Polizei-Attacken auf AktivistInnen der sog. »Antiglobalisierungsbewegung«. Neben zahlreichen verletzten DemonstrationsteilnehmerInnen, einer Person wurde in den Rücken geschossen, gab es unzählige Festnahmen. Viele von ihnen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt.[1]

Doch damit ist der politisch motivierte Verurteilungseifer nicht befriedigt, auch die deutsche Polizei geht mit Ermittlungen, Ausreiseverboten, Vorladungen und Hausdurchsuchungen gegen GlobalisierungskritikerInnen vor. Mindestens acht von ihnen aus Deutschland sind von Anklagen im »Heimatland« bedroht, unabhängig davon, ob ihre Personalien in Schweden festgestellt wurden oder nicht. Vorgeblich erscheinen sie auf belastenden Filmen und Fotos, über die die Göteborger Polizei verfügt. Das gesamte Material wurde den deutschen Behörden überstellt. Laut der schwedischen Zeitung »Dagens Nyheter« vom 8. September 2002 hat der schwedische Staatsanwalt Thomas Ahlstrand bei der internationalen Anklägerkammer in Göteborg im Laufe des Sommers den Bescheid erhalten, dass sämtliche Fälle durch die Staatsanwaltschaft in Deutschland ausgewertet werden.

Hausdurchsuchungen in Bremen und Berlin

Am 28. August 2002 gab es eine Hausdurchsuchung in einer Wohngemeinschaft in Bremen. Der Anlaß für die Durchsuchung geht auf die Ermittlungen der schwedischen Polizei zurück. Einer Person aus der WG wird die Teilnahme an den Protesten in Göteborg vorgeworfen. Anhand von Fotomaterial wurde ihr Zimmer nach Beweismaterialien durchsucht. Am Ende der Durchsuchung wurden Kleidungsstücke, andere persönliche Gegenstände und ein Computer beschlagnahmt. Auch in Berlin tauchten Vertreter des Landeskriminalamtes in einer Wohnung auf und suchten nach bestimmten Kleidungsstücken, ebenfalls im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Göteborg 2001.

Und wie weiter?

Die schwedische Staatsanwaltschaft hat gegenüber der Presse Anklageerhebungen gegen ca. 100 weitere Personen angekündigt, jedoch hat sich bisher gezeigt, dass ihre Anklagekonstrukte und »Beweise«[2] oft genug zweifeln lassen. Zuvor hatten auch in Frankfurt a.M. deutsche Polizisten einen Antrag zur Hausdurchsuchung gestellt, nachdem ihnen die schwedische Polizei mitteilte, die betroffene Person hätte am ersten Ausbruchsversuch der White Overalls aus dem polizeilich umstellten »ConvergenceCenter« in Göteborg teilgenommen. Der Antrag wurde aber vom Amts- und vom Landgericht abgewiesen. Laut Polizeiangaben gegenüber Anwälten können zumindest weitere Personen wegen Göteborg vorgeladen werden. Hier gilt es – ob Zeuge, BeschuldigteR oder sonstwas –, keine Aussagen zu machen und schleunigst einen Anwalt und eine Soligruppe bzw. die Rote Hilfe zu informieren. ■

1| Siehe »Hinter schwedischen Gardinen«, Interview mit Björn, AIB #56

2| Am 21. November 2001 deckten schwedische Journalisten auf, dass ein polizeilicherseits präsentiertes Video, in dem zu sehen ist, wie Hannes W. während der Proteste angeschossen und lebensgefährlich verletzt wird, manipuliert wurde. Die Manipulation fiel durch zwei Journalisten auf, welche die Originalaufnahmen ausstrahlten. Die beiden TV-Kanäle SVT und TV4 erklärten, die von ihnen gelieferten Filme seien verfälscht worden. Ton und Bild scheinen im zentralen Teil des Films nicht übereinzustimmen. Die Parole »Eins, zwei, drei, Nazipolizei« von mehreren Stimmen kann gehört werden, wenn Hannes W. Steine auf die Polizei wirft. Dieser Teil existiert aber in der Originalversion des Filmes nicht.

Kontakt & Hilfe

Göteborg: Solidaritetsgruppen, c/o Syndikalistiskt Forum, Box 726, 402 35 Göteborg, Sweden
Tel.: 0046.733-16 42 96
e-mail: solidaritetsgruppen@hotmail.com

Solikonto Schweden: Postgirotbank, 405 06 Stockholm, SWEDEN
Swift »number«: pgsisess
Account Name: Nisse-Latts minnesfond
Account number: 27602-2
Vermerk: Solidaritetsgruppen

Berlin: Solikomitee Göteborg
Nico Roth, Pf. 770344, 13003 Berlin
eMail: solikomitee@uni.de

Solikonto Berlin: Rote Hilfe e.V.
Stichwort: Göteborg, Berliner Bank
Konto Nr. 7189 590 600
BLZ 100 200 00

Schweden: Rassisten marschieren in die Mitte

Bei den Parlaments- und Kommunalwahlen in Schweden am 15. September 2002 haben die rassistischen Sverige Demokraterna (SD) ihr bestes Wahlergebnis seit Bestehen der Partei erzielt. Allerdings verfehlte die Partei ihr selbstgestecktes Wahlziel, den Einzug ins Parlament. Auf kommunaler Ebene gewannen die SD insgesamt 36 Sitze und erzielten damit einen erheblichen Zuwachs im Vergleich zu den acht Sitzen bei den letzten Kommunalwahlen 1998. Insgesamt stimmten rund 20.000 WählerInnen für SD. Hinzu kommen weitere 14 Sitze für Abgeordnete von rechten Parteien, die auf kommunaler Ebene mit den SD zusammenarbeiten. Neben den SD kandidierten als »nationale Parteien« noch die Nationaldemokraten (ND) und die offen neonazistische Nationalsozialistische Front (NSF), die jedoch kaum Stimmen erhielten. Die SD profitierten unter anderem von der massiven Unterstützung durch die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DVP). AntifaschistInnen resümieren nach den Wahlen, dass es den SD gelungen ist, den politischen Diskurs zu Einwanderung und Rechten von MigrantInnen in Schweden erheblich nach Rechts zu verschieben. ■



[1] Erich Gliebe – Der neue Führer der National Alliance

USA: William Pierce tritt Kameradschaft Walhalla bei

Nach dem Krebstod von William Pierce (68), dem langjährigen Anführer der National Alliance (NA) am 16. Juli 2002, hat die einflussreichste Neonazi-Organisation in den USA mit guten Kontakten zur NPD inzwischen einen Nachfolger für den Autor der rechtsextremen Terrorfibel »Turner Tagebücher« gefunden. Der 38jährige ex-Boxer Erich Gliebe, der seit drei Jahren von Cleveland aus das von der NA aufgekaufte Neonazi-Musiklabel Resistance Records und deren Propagandapostille »Resistance« leitet, führt jetzt die NA. Gliebe, dessen Vater als Offizier in der deutschen Wehrmacht diente, wurde vom internen Führungszirkel der NA in die Position gewählt. Die sich als elitäre Kaderorganisation definierende NA, die im vergangenen Jahr mit rechtsextremer Musik rund eine Millionen US-Dollar einnahm, 17 hauptamtliche Aktivisten angestellt hat, in Mill Vally im Bundesstaat West Virginia ein rund 200 Hektar großes Hauptquartier besitzt, wo unter anderem der deutsche Neonazi Hendrik Möbus versteckt wurde, und über rund 1.500 Mitglieder in 51 Ortsgruppen in 26 US-Bundesstaaten verfügt, wird derzeit allerdings auch von einem Richtungsstreit gebeutelt. Gestritten wird über eine Öffnung der Organisation für Naziskins und andere »Bewegungselemente«. ■

Schweiz: »Hammerfest« mit 1.000 Neonazis

Das diesjährige Hammerfest fand am 10. August 2002 in Affoltern am Albis in der Nähe von Zürich statt. Rund 1.000 Naziskins aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich hatten sich zu dem dreitägigen Neonazi-Rockfestival versammelt, das dem Ende Juli verstorbenen US-Neonazi William Pierce von der National Alliance gewidmet war. Unter den Bands, die auftraten, waren u.a. Gesta Ballica (Italien), Celtic Warriors (England), die us-amerikanische Formation H8-Machine, Noie Werte (Stuttgart) und Jungsturm (St. Ingbert, Saarland) sowie die Band Dissens um den Schweizer Hammerskin Gary Albisser. Die Organisatoren des Hammerfests kommen aus dem Umfeld des Nationalkorps Limmattal. Ihnen steht auch das Neonaziplattenlabel Wehrwolf Records nah, in dessen Aktivitäten der sächsische Hammerskin und V-Mann Mirko Hesse maßgeblich involviert war.
Die Polizei kontrollierte bei dem Konzert nur die Personalien von Naziskins. Erst bei der Antifa-Protestkundgebung am 21. August schlugen die Polizisten dann brutal zu. In den vergangenen sechs Jahren fanden in der Schweiz regelmässig grosse Neonazikonzerte mit internationaler Beteiligung statt. Waren es Mitte/Ende der neunziger Jahre vor allem die Romandie Hammerskins aus der französischen Westschweiz, die als Organisatoren auftraten, so haben sich die Konzertaktivitäten aufgrund der staatlicher Maßnahmen gegen führende Aktivisten der Romandie Hammerskins heute in die Zentral- und Ostschweiz verlagert. ■


[1]

Unité radicale: Die Stunde Null

Am 14. Juli diesen Jahres, dem französischen Nationalfeiertag, wurden in der französischen Bevölkerung zugleich Unité radicale (UR) und Maxime Brunerie, der Verantwortliche des verfehlten Attentats auf den Präsidenten Jacques Chirac, bekannt. Fast jede Zeitung wollte einen historischen Überblick über die Bewegung, sowie eine Biografie von Brunerie. Und alle freuten sich über das Verbot von UR.

» Das Attentat selbst ist nicht von großem Interesse: Einige Elemente zeigen, dass es amateurhaft vorbereitet und verübt wurde: Das Gewehr, in einem Gitarrenkasten versteckt, war erst drei Wochen vor dem 14. Juli gekauft worden. Brunerie, Anhänger von UR war ein Einzeltäter, aber für die Unité radicale waren seine Schüsse von großer Bedeutung, und sie wußte sie auszunutzen.

Diese Organisation, im Frühling 1998 gegründet, stammt aus verschiedenen Gruppierungen des französischen rechtsradikalen Spektrums: Nachdem Christian Bouchet und Fabrice Robert, die beiden Führer der nationalrevolutionären Bewegung der neunziger Jahre, den »Appell der 31 für die nationalrevolutionäre Einheit« initiiert hatten, schlossen sich die Groupes Union Défense (GUD), eine gewalttätige rechtsextreme Studentengruppe, der nationalrevolutionären Organisation Nouvelle Résistance an. Dadurch entstand eine neue Dynamik in der rechtsradikalen Szene, die aber durch die Hegemonie des Front National (FN) geschwächt wurde. Bei der Spaltung des FN, die Ende 1998 die Gründung von Bruno Mégrets eigener Partei, des Mouvement National Républicain (MNR), zur Folge hatte, dachte sich Unité radicale, dass sie dabei politisches Gewicht gewinnen könnte, indem sie die eine oder die andere rechtsextremistische Partei unterstützen würde. Trotz ihrer vielen Aktivitäten (Propaganda, Demonstrationen und Angriffe), die an das »goldene« Zeitalter der GUD in den siebziger Jahren erinnerten, gelang es aber der UR nicht, ihren Platz in der rechtsextremistischen politi-


[2]


[3]

[1] »Unité radicale« in Aktion
[2], [3] Maxime Brunerie
[4] Fabrice Robert


[4]

schen Szene zu behalten, erstens wegen ihrer politischen Unreife und zweitens wegen ihrer stets falsch orientierten politischen Strategie (siehe die Entscheidung, die vor dem Bankrott stehende MNR anstatt den FN zu unterstützen).

In diesem Sinne war UR schon vor dem Attentat Bruneries auf dem Weg zum Untergang. Egal, was die Befürworter des Verbotes sagen möchten, die Gruppe hatte schon am Anfang des Sommers ihre Bilanz gezogen. Christian Bouchet, eine führende Persönlichkeit, wurde nach geheimen Verhandlungen von seinen ehemaligen Genossen Fabrice Robert und Guillaume Luyt dazu gezwungen, die Gruppe zu verlassen. Dadurch war die Gruppe gelähmt, weil diese beiden, die sich nur um ihre eigenen Geschäfte kümmerten, der Aufgabe von Bouchet nicht gewachsen waren. Allein die Webseite, deren Webmaster Fabrice Robert ist, war noch mehr oder weniger aktiv. Verschiedene Sektionen (Paris, Valenciennes) verschwanden einfach, und die aus der Provinz, die früher schon die größte Dynamik zeigten (Lille, Nancy, Strasbourg), fanden unter den Namen GUD oder Unité radicale wieder ihre Autonomie.

Die Stunde der Bilanz

Die Existenz von UR bedeutete für lokale Gruppen eine Möglichkeit, stärker zu werden, und für mehrere Persönlichkeiten der extremen Rechten (Eddy Marsan, Roland Gaucher, Sébastien Legentil, André-Yves Beck) einen politischen Raum, in dem sie agieren konnten. Bouchets Energie und die technischen Mittel und Kompetenzen anderer (wie Fabrice Robert zum Beispiel) erlaubten es den Rechtsradikalen, relativ gut an die Öffentlichkeit zu treten. Die Organisation verfügte nicht nur über die schon erwähnte Webseite, sondern auch über zwei Zeitschriften, die regelmäßig erschienen. Ansonsten organisierten sie jedes Jahr öffentliche Zusammenkünfte: Am 1. Mai demonstrierten sie nach der Demo des FN, am 9. Mai machten sie einen Fackelzug in Paris, in Erinnerung an einen verstorbenen Aktivisten[1], am 11. November organisierten sie ein Symposion in Nîmes und jedes Jahr gab es in Paris eine Art Kongreß »Les Assises de la Radicalité«, wozu sie auch Aktivisten aus dem Ausland einluden. Letztes Jahr waren zum Beispiel drei Mitglieder der NPD dabei, deren Reden die französischen rechtsradikalen Zuhörer begeisterten. Hinzu kommt noch die so genannte kulturelle Szene, die sich als Rock Identitaire Français (RIF) bezeichnet. Diese Aktivitäten waren zwar öffentlich geworden, aber sie waren nicht sehr bekannt. Das »nationalrevolutionäre« Gedankengut blieb immer dasselbe ohne sich weiterzuentwickeln, nur im Bereich Rassismus änderte sich etwas, indem die nationalrevolutionäre Ideologie immer rassistischer wurde. Für sie sollte der »ethnische Krieg« sofort ausbrechen, und sie analysierte alle weltpolitischen Entwicklungen nach dem Muster der so genannten »jüdischen Verschwörung«.

Die Unterstützung der MNR durch die UR führte sie in die Bedeutungslosigkeit: Das heißt, auch wenn Brunerie nicht da gewesen und UR nicht verboten worden wäre, wäre sowieso die rechtsradikale Organisation an ihren eigenen politischen Wahlen zugrunde gegangen.

Heute freuen sich Luyt und Robert, weil UR dank Brunerie bekannter wird: Sie machen sich wichtig und sagen, UR würde 2000 Mitglieder zählen (während sie in Wirklichkeit nicht einmal 200 umfasst) und wäre →



[1] Christian Bouchet und der russische Nationalbolschewist Eduard Limonow (v.l.n.r.)

die vertretende Organisation für die Leute, die den FN gewählt haben und im Parlament doch nicht repräsentiert werden[2]. Auf ihrer ehemaligen Website konnte man lesen, wie sie ironisch »Maxime [Brunerie] danken«: Das meinten sie nicht als Zeichen irgendwelcher Solidarität mit ihrem ehemaligen Genossen; die »rettende« Funktion seiner Aktion wollten sie damit unterstreichen. Wenn man ihrem seltsamen Gedankengang folgt, sollte es die »Sinnlosigkeit« des Attentats der UR oder ihrer Nachfolge-Organisation erlauben, ihre neuen Aktivisten auszusortieren und die Schwärmer und Lügner loszuwerden, so ihre neuen Führer. Da fragt man sich: Wo wollen sie dann ihre neuen Aktivisten finden?

Das Verbot: keine politische Waffe

In diesem Zusammenhang verliert das Verbot von UR sehr, denn die Organisation hatte schon vor dem Verbot Schwierigkeiten. Trotzdem ist klar, dass die Leute, die sich für das Verbot eingesetzt haben und sich den Kampf gegen den Rechtsextremismus nur im Gerichtshof vorstellen können, von dem Gegenteil überzeugt sind: Dass ihnen allein der Untergang von UR zu verdanken ist.

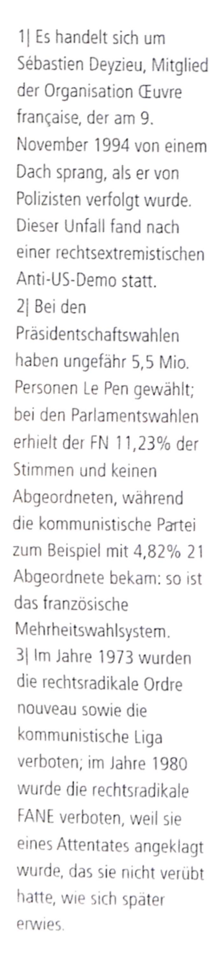
Wenn man den Inhalt der gegen UR erhobenen Anklage betrachtet, hat man den Eindruck, dass die wirklichen Aktivitäten sowie die möglichen Entwicklungen der rechtsextremistischen Gruppierung ein wenig falsch eingeschätzt wurden: Zum Beispiel erwähnt die Union des Étudiants Juifs de France (UEJF) als Beweis des faschistischen Charakters von UR die auf ihrer Webseite benutzten Farben (rot, schwarz und weiß), die als »Nazi-Farben« bezeichnet werden. Das Verbot von UR erlaubt es vor allen Dingen der Bewegung, eine Ausrede für ihre Mißerfolge zu finden und sich als Opfer des Systems darzustellen, was vielen frustrierten Franzosen gefällt. Der FN hat schon gezeigt, dass die Verteufelung sowie die Überschätzung der eigenen Partei durch die politischen Gegner eine erfolgreiche politische Waffe sein kann.

Frühere Verbote von politischen Organisationen[3] haben gezeigt, dass die Justiz aus politischen Gründen instrumentalisiert werden kann. Auch die libertären Bewegungen konnten zu Opfern dieser Instrumentalisierung werden.

Auf jeden Fall muss die Justiz die Opfer der rechtsextremistischen Angriffe verteidigen und ihnen beistehen: Sie darf aber nicht als politische Waffe begriffen werden, zumindest nicht von denen, die nicht auf der Seite der Staatsgewalt stehen wollen.

Das Verbot von Unité radicale bedeutet einen oberflächlichen Erfolg für die AntifaschistInnen und bleibt ohne maßgebliche Folgen für eine Bewegung, die vorher nur ihren AnhängerInnen und ihren überzeugtesten GegnerInnen bekannt war.

Für uns AntifaschistInnen geht der Kampf weiter, nicht im Gerichtshof, sondern auf der Straße. ■



1| Es handelt sich um Sébastien Deyzieu, Mitglied der Organisation Œuvre française, der am 9. November 1994 von einem Dach sprang, als er von Polizisten verfolgt wurde. Dieser Unfall fand nach einer rechtsextremistischen Anti-US-Demo statt.

2| Bei den Präsidentschaftswahlen haben ungefähr 5,5 Mio. Personen Le Pen gewählt; bei den Parlamentswahlen erhielt der FN 11,23% der Stimmen und keinen Abgeordneten, während die kommunistische Partei zum Beispiel mit 4,82% 21 Abgeordnete bekam: so ist das französische Mehrheitswahlsystem.

3| Im Jahre 1973 wurden die rechtsradikale Ordre nouveau sowie die kommunistische Liga verboten; im Jahre 1980 wurde die rechtsradikale FANE verboten, weil sie eines Attentates angeklagt wurde, das sie nicht verübt hatte, wie sich später erwies.

Der Artikel wurde uns von der antifaschistischen Zeitschrift REFLEXes (Frankreich) zur Verfügung gestellt.

http://reflexes.samizdat.net



»Das Vaterland erwacht«

Antisemitische Anschläge und antikaukasische Pogrome in Russland

Am 27. Mai 2002 versuchte eine 27jährige Frau in Moskau ein an einer Schnellstrasse platziertes Plakat mit der Aufschrift »Tod den Juden« zu entfernen. Dabei ging eine am Schild befestigte Bombe in die Luft und verletzte die Frau schwer. Der Anschlag gilt als erstes antisemitisches Sprengstoffattentat in der jüngsten Geschichte Russlands, das gegen Personen gerichtet war. Die Täter sind bis dato unbekannt. In diesem Artikel versuchen wir, diesen Anschlag mit anderen aktuellen Ereignissen in Verbindung zu setzen und die Situation der rassistischen und antisemitischen Gewalt in Russland darzulegen.

» Die »Plakatbombe« bereitete den Weg für eine Reihe weiterer Anschläge in unterschiedlichen Regionen Russlands. Mit einer weiteren Ausnahme waren es jedoch Bombenattrappen. Das Ziel, allen jüdischen und antifaschistisch denkenden Menschen zu drohen, wurde auch ohne echten Sprengstoff erreicht. Sehr beunruhigend macht solche Anschläge der Umstand, dass sie leicht nachgeahmt werden können: Weder spezielle Kenntnisse zum Bau von Bomben, noch Zugang zu Sprengstoff sind nötig, um Attrappen zu bauen, was durch die Festnahme eines 14jährigen, der als Hersteller festgenommen wurde, bekräftigt wird. Die »Plakatanschläge«, die insgesamt drei Leute verletzten, stellen eine neue Form der faschistischen Gewalt dar, eine andere gehört in vielen Teilen Russlands praktisch zur Tagesordnung. Am 10. 9. 2002 überfielen sieben Skinheads auf einer U-Bahn-Station in Moskau einen 32jährigen Studenten aus Senegal. Er musste im Krankenhaus behandelt werden.

Seit Beginn diesen Jahres sind ca. 60 solcher Fälle bekannt geworden – die Dunkelziffer liegt viel höher. Das Angriffsziel sind »Nichtrussen«, Menschen, die für die Täter nicht »slawisch« aussehen. Dieser essentiell rassistische Charakter wird in der öffentlichen Diskussion oft übersehen, wenn die Opfer als Einwanderer bezeichnet werden. Seit 1998 sind solche Überfälle an der Tagesordnung, aber erst nach den Moskauer Ausschreitungen 2000-2001 wurden Presse und Öffentlichkeit darauf auf- →



[1] Für den Nationalitäten - Minister ein Ergebnis »unkontrollierter« Migration: Russische Neonazis mit Hitlergruß.

merksam. Nach den ersten größeren Randalen im Anschluss an das Konzert einer Naziband, die zu einer Massenschlägerei mit der Polizei führte, wurde das Medienphänomen »Skinhead« entdeckt. Die meisten Experten unterschätzten die Fähigkeit der Skinhead-Szene, große Aktionen geplant durchzuführen. Daher kamen die Pogrome in Jasenewo (Moskau) zum Hitler-Geburtstag am 21. 4. 2000 unerwartet. Damals überfielen ca. 100 teilweise mit Eisenstangen bewaffnete Jugendliche einen Markt und schlugen mehrere »Kaukasier« brutal zusammen. Andere verteilten dabei nationalistische Flugblätter.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema lief als emotionale Schilderung von »bösen Horden Jugendlicher«, welche eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen. Dass in erster Linie die Ordnung als gefährdet gesehen wurde und nicht etwa die Opfer, zeigt auch die gleichwertige Behandlung von den Pogromen in Jasenewo und Zarizyno einerseits und Ausschreitungen von Fußballfans andererseits.

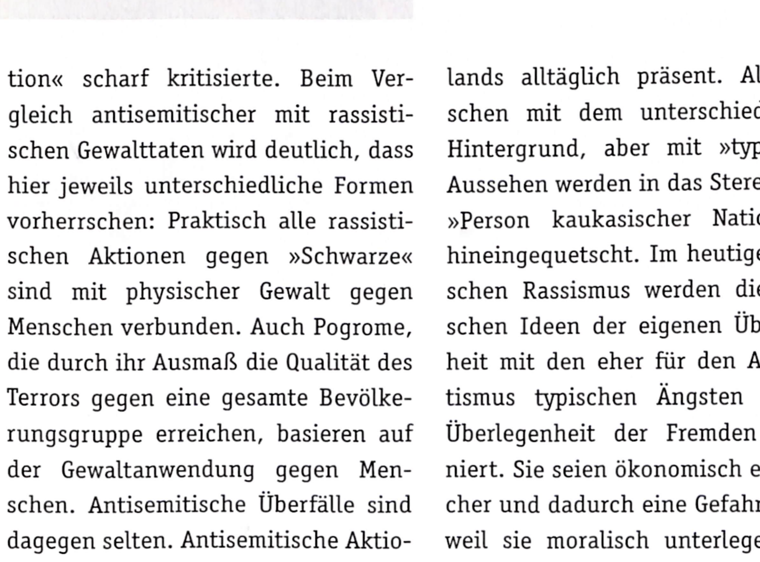
Schuld an der Gewaltbereitschaft und Verbreitung von rassistischen Einstellungen sei die Verarmung der Bevölkerung und die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die Frage, warum soziale Misere ausgerechnet zu nationalistischer Mobilisierung führen sollte, wurde bisher nicht gestellt, dadurch wurde der rechte Diskurs in seinen Teilen unkritisch reproduziert. Der Nationalitäten-Minister Sorin erklärte die Verbreitung des Extremismus mit der unkontrollierten Migration, durch die eine abnormale Situation entstehe. Am 27. Juni 2002 wurde vom Parlament das »Gesetz zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten« verabschiedet.

Die Notwendigkeit wurde vom Initiator, Präsident Putin, unter anderem mit den neueren Ausschreitungen begründet. Selbstverständlich erfüllt das Gesetz die Funktion, dass entschlossenes Handeln gegen Rechts demonstriert wird. Es wird aber vor allem eine rechtliche Grundlage zur Verfolgung jeglicher politischer Opponenten oder Konkurrenten geschaffen. Experten sind sich einig, dass die alten Paragrafen durchaus für die Verfolgung der Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund gereicht hätten.

Am 7. Juli 2002 fand in Krasnoarmejsk, einer Kleinstadt bei Moskau, ein antiarmenisches Pogrom statt: Am Tag nachdem ein Armenier einen Russen bei einer Schlägerei mit einem Messer verletzte, wurden armenische Menschen von einem Mob nicht nur auf der Straße, sondern auch in ihren Wohnungen überfallen und brutal geschlagen. Einige Täter wurden festgenommen. Wenige Tage später fand eine Kundgebung mit den Forderungen, »unsere unschuldigen Jungs« zu entlasten und »Fremde« abzuschieben, statt.

Damit war eine neue Stufe erreicht: Die stillschweigende Sympathie für »unsere Jungs«, die mehrere JournalistInnen auch nach den Pogromen in Moskau dokumentierten, wurde zur politischen Realität. Diese Aktion wurde von der »Bewegung gegen illegale Immigration« organisiert, die angeblich von empörten BürgerInnen von Krasnoarmejsk gegründet wurde. Vieles, unter anderem die Professionalität der Kampagne und absolute Undurchsichtigkeit der Organisation, deutet jedoch daraufhin, dass die »Bewegung« eher ein neues Label zur Öffentlichkeitsarbeit alter Nazi-Strukturen ist.

Was bisher ausblieb, war die politische Gegenreaktion auf die faschistische Gewalt. Die Empörung über Pogrome bzw. Anschläge wurde eher am Küchentisch ausgetragen. Teilweise liegt es an der allgemeinen Resignation, die sich auch bei politisch denkenden Menschen verbreitet, aber auch am Fehlen der Tradition des Straßenprotestes – auf die Straße zu gehen oder auf andere Weise seine Position auszudrücken. Unter heutigen Bedingungen bedarf es einer massiven Mobilisierungsarbeit, um Gegenstimmen laut zu machen und den Rassisten die Möglichkeit zu entziehen, sich auf den »angeblichen« Willen des Volkes zu berufen. In Russland gibt es momentan kaum Strukturen, die dies leisten könnten. Ein positives Zeichen stellte allerdings der öffentliche Auftritt einer MigrantInnen-Initiative aus Moskau dar, welche die oben genannte »Bewegung gegen illegale Immigra-





[1], [2] In der öffentlichen Auseinandersetzung wird durch Ausschreitungen beim Fussball, wie hier in Moskau, und die antikaukasischen Pogrome vor allem die »Ordnung« in Gefahr gesehen.

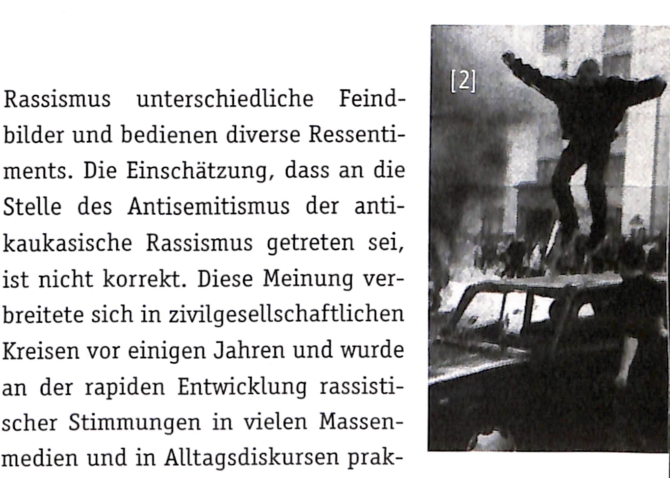
tion« scharf kritisierte. Beim Vergleich antisemitischer mit rassistischen Gewalttaten wird deutlich, dass hier jeweils unterschiedliche Formen vorherrschen: Praktisch alle rassistischen Aktionen gegen »Schwarze« sind mit physischer Gewalt gegen Menschen verbunden. Auch Pogrome, die durch ihr Ausmaß die Qualität des Terrors gegen eine gesamte Bevölkerungsgruppe erreichen, basieren auf der Gewaltanwendung gegen Menschen. Antisemitische Überfälle sind dagegen selten. Antisemitische Aktionen haben den Charakter des Kampfes gegen einen Feind, der nicht auf konkrete Personen reduzierbar ist – wie jeder konkrete Armenier bei den Rassisten für »Kaukasier« steht. Antisemitische Anschläge sind in grösserem Ausmaß symbolisch beladen.

Diese Differenz entspricht den ideologischen Unterschieden zwischen dem russischen Rassismus und dem Antisemitismus in seiner gegenwärtigen Gestalt. Das Feinbild »Juden« ist im Vergleich zu Zeiten der Entstehung des modernen Antisemitismus im späten russischen Reich zu einer rein mystischen Vorstellung von der unsichtbaren feindlichen Macht geworden. Es ist also vor allem verschwörungstheoretisch geprägt und braucht dementsprechend auch keine alltägliche Verankerung. Heute ist der Antisemitismus vor allem bei politisch engagierten Rechtsradikalen offen präsent – allerdings kommen auch verdeckte Ressentiments immer wieder im Alltag zum Ausdruck.

Dagegen sind »die Schwarzen« durchaus sichtbare »Fremde«: Die Menschen, welche den traditionell im Kaukasus lebenden Ethnien angehören, sind in vielen Regionen Russlands alltäglich präsent. Alle Menschen mit dem unterschiedlichsten Hintergrund, aber mit »typischem« Aussehen werden in das Stereotyp der »Person kaukasischer Nationalität« hineingequetscht. Im heutigen russischen Rassismus werden die klassischen Ideen der eigenen Überlegenheit mit den eher für den Antisemitismus typischen Ängsten vor der Überlegenheit der Fremden kombiniert. Sie seien ökonomisch erfolgreicher und dadurch eine Gefahr, gerade weil sie moralisch unterlegen seien und sich durch die Kriminalität und den Handel bereichern würden

Zur Entwicklung dieses Rassismus trug nicht unwesentlich die staatliche Propaganda in Bezug auf den Tschetschenien-Krieg bei, sowie die diskriminierende Praxis gegenüber MigrantInnen. Durch erschwerte Anmeldeprozeduren werden sie illegalisiert und aufgrund dessen noch kriminalisiert: Für Menschen mit fehlender Registration ist z.B. die Eingliederung in die normale Arbeitswelt erschwert, außerdem sind sie ständigen Polizeikontrollen ausgeliefert, bei denen Bestechungsgeld verlangt wird. Die besondere »Wachsamkeit« der Polizei ist per se rassistisch und dient zugleich als Vorlage des Alltags- und Medienklischees der »Kaukasierkriminalität«. Die Politik gegenüber der schwächsten Gruppe unter MigrantInnen, den Flüchtlingen, kann nicht anders als menschenverachtend bezeichnet werden. Deshalb wundert es nicht, dass die staatlichen Strukturen nicht gegen den Rassismus und Faschismus, sondern gegen den diffusen »Extremismus« vorgehen wollen.

Wie wir sehen, formulieren der Antisemitismus und der russische Rassismus unterschiedliche Feindbilder und bedienen diverse Ressentiments. Die Einschätzung, dass an die Stelle des Antisemitismus der antikaukasische Rassismus getreten sei, ist nicht korrekt. Diese Meinung verbreitete sich in zivilgesellschaftlichen Kreisen vor einigen Jahren und wurde an der rapiden Entwicklung rassistischer Stimmungen in vielen Massenmedien und in Alltagsdiskursen praktisch aller sozialen Gruppen festgemacht. Der Rassismus gegenüber »Schwarzen« kann den Antisemitismus jedoch nicht auswechseln, denn sie konkurrieren miteinander nicht, sondern sind komplementär. So verabschiedete das Parlament der Region Krasnodar, deren Gouverneur die jüdische Verschwörung für ökonomische Probleme verantwortlich erklärte, als erstes ein drastisches Migrationsgesetz.



Es war nicht unsere Aufgabe, die Ursachen dieser durchaus beunruhigenden Situation antisemitischer und rassistischer Gewalt zu untersuchen – das bedürfe einer eigenständigen Forschung. Aber ein paar Worte zu den Perspektiven: Das Mobilisierungspotenzial der rassistischen Gewalt gegen »Kaukasier« ist in Russland momentan durchaus hoch, und von dieser rechten Welle – in Kombination mit den offen antisemitischen Auswüchsen des Antizionismus – kann auch der Antisemitismus mitgetragen und aktualisiert werden. ■

Ein Artikel der Russlandkorrespondentin des AIB

Carini, Marco; Speit, Andreas: Der Rechtssprecher: Ronald B. Schill; Konkret Literatur Verlag; Hamburg 2002 - 205 S.

Die Autoren zeichnen den Weg des Strafrichters Ronald B. Schill vom Richter zum Innensenator der Stadt Hamburg nach. Faktenreich beschreiben sie, wie Schill zunächst für seine unverhältnismäßigen Urteile von Teilen der Hamburger Presse Beifall bekommt. In der Folge nutzt Schill bei seinen Urteilsbegründungen den Gerichtssaal als Forum für seine autoritären gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Als schließlich Fachkollegen den so genannten »Richter Gnadenlos« wegen Formfehler in Gerichtsverfahren kritisieren, schließlich seine Amtsenthebung droht, stellt sich Schill, sekundiert von Hamburger Medien, gekonnt als verfolgter Unschuldiger dar und wechselt in die Politik. Doch die Gründung der »PRO – Rechtsstaatliche Offensive« geht nicht ohne Querelen ab. Schill dirigiert die Partei selbstherrlich und betreibt Klüngelwirtschaft. Kritiker werden kaltgestellt. Speit/Carini analysieren die inhaltlichen Aussagen von Schill als rechtskonservativ und populistisch zugleich. Selbst dem CDU – Mann Ole von Beust gehen Schills Forderungen im Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten zu weit. Das Weltbild des Ronald B. Schill ist ein Gerichtssaal, in dem es nur gut oder böse, schuldig oder unschuldig gibt. Gesellschaftliche Ursachen für Ausgrenzung, Armut und Kriminalität gibt es für ihn nicht. Ganz im Duktus der Rechtskonservativen beklagt Schill dagegen die angebliche Allmacht der 68er Generation und linke Verschwörungen gegen alle rechtschaffenen Bürger. Als deren Retter stellt sich Schill dar und gewinnt knapp 19% bei den Wahlen zum Senat. Carini/Speit verfolgen die von Pleiten, Pech und Pannen begleitete bundesweite Ausdehnung der Partei, aber auch ihren relativen Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Liest sich der erste Teil des Buches über viele Seiten eher wie eine journalistische Reportage, deren Fakten auch aus anderen Medien zu entnehmen waren, so gewinnt das Buch im zweiten Teil an analytischer Schärfe. Die Autoren arbeiten deutlich heraus, warum sie Schill nicht in eine Reihe mit den Phänomenen des (west)-europäischen Rechtspopulismus à la Haider gestellt sehen wollen. Denn Schill bedient mit seinen minderheitenfeindlichen Politikinhalten zwar die gleichen Ressentiments wie etwa der französische FN. Jedoch nicht deren Weltanschauungsrassismus. Vielmehr ist ein aus den sozialen Ängsten der Mittelschicht gespeister Wohlstandschauvinismus die Triebfeder Schill'scher Politik. Schließlich kritisieren die Autoren mit ihrer Argumentation insgesamt den politologischen Begriff des Rechtspopulismus. Zu viele im Detail verschiedene politischen Strömungen würden unter diesem Begriff zusammengefasst.

Im Unterschied zu den Studien von Frank Decker und Joachim Raschke zum Themenkontext ist der schmale Band von Carini/Speit gut und verständlich lesbar. ■

Holger Bredel: Skinheads - Gefahr von rechts? Rhombos-Verlag, Berlin 2002 - 420 S.

Als eine der ersten Dissertationen zum Thema und gleichzeitig als umfangreichste Analyse wird das Buch »Skinheads – Gefahr von rechts?« von Holger Bredel im Klappentext angepriesen. 420 Seiten umfasst das Buch, was jedoch den hochtrabenden Ankündigungen nicht standhält. Weder gelingt es, einen umfassenden Einblick in die Kultur der Skinheads als Ganzes, also unter Einbeziehung vermeintlich unpolitischer, linker und rechter bis neonazistischer Skinheads zu geben, noch gehen die Texte über das bisher von Farin, Marshall oder Mengert bekannte Material hinaus. Positiv hebt sich das Kapitel über Skinheads in der DDR von der allgemeinen Darstellung ab. Diesem liegt ein umfangreiches Quellen und Literaturstudium zugrunde. So wichtig und grundlegend die Definition von Begriffen für ein solches Buch ist, so unverständlich bleibt, wie Bredel diesen Bereich abhandelt. In weiten Teilen bezieht er ihn nicht auf die Skinheadszene und wendet die herausgearbeiteten Begriffe auf sein Forschungsobjekt an. Statt dessen findet sich z.B. eine 17-seitige Abhandlung zur Neuen Rechten. Mindestens genauso weit am Thema vorbei ist das Kapitel Neue Deutsche Härte, welches sich inhaltlich auf 26 Seiten fast ausschließlich mit den Morden von Littleton befasst. Was das mit der Skinheadszene zu tun hat, bleibt das Geheimnis des Autors. Ebenso deskriptiv wie dieses Kapitel ist die Beschreibung eines Konzertes der Bösen Onkelz. Was auf den ersten Blick wie eine Übersicht über die Fanzines, Bands, Label und Versände wirkt, stellt leider nur den extrem rechten Teil der Szene dar und diesen auch nur sehr fragmentarisch. Insgesamt ist das Buch auf Grundlage einer sehr dünnen Materialbasis erstellt, die zu einem Großteil aus Internetquellen und zum allergrößten Teil aus Quellen des Verfassungsschutzes besteht. Quellenkritik findet hier nicht statt. Auch eine politische Bewertung, eine Antwort auf die im Buchtitel gestellte Frage, ob die Skinheads eine Gefahr von rechts sind, findet sich nicht. Bei einem Preis von 35,20 Euro sicherlich keine Kaufempfehlung. ■



Abonniert

das antifaschistische info blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo — 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 56

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A 14 | 17 | 18 | 23 bis 26	7,70 Euro
Info-Paket B 27 bis 33	11,30 Euro
Info-Paket C 34 bis 40	11,30 Euro
Alle Info-Pakete	25,60 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 57 | 3. 2002

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle   Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Spendenaufruf für Holocaust-Gedenkstätte Theresienstadt

Nach etlichen Spendenaktionen zugunsten der Hochwasseropfer wurden im Taumel nationaler Solidarität Schäden vernachlässigt, die grundsätzlich in politischer Verantwortung liegen.
Die Rede ist von der Holocaust-Gedenkstätte Theresienstadt (Tschechien). Dort hat das Hochwasser einen auf mindestens 2 Millionen Euro geschätzten Schaden verursacht. Im Ghetto-Museum, in der »kleinen Festung« und der Begegnungsstätte wurden viele Archiv- und Ausrüstungsgegenstände sowie die Gebäude selbst erheblich beschädigt.
Deshalb entstand die Idee, zur Behebung der dortigen Schäden eine Spendenaktion ins Leben zu rufen.

Vielleicht seht auch Ihr die Möglichkeit, in Euren Zusammenhängen Spendensammlungen ins Leben zu rufen.
Einige Organisationen in Sachsen-Anhalt haben sich unserer Aktion bereits angeschlossen.
Ende des Jahres sollen die gesammelten Spenden dann der Gedenkstätte übergeben werden.
Für weitere Informationen bezüglich der Schäden und Referate zur Gedenkstätte Theresienstadt stehen wir auf Anfrage zur Verfügung.

Alternatives
Jugendzentrum
Dessau



Spendenkonto:
Stadtsparkasse Dessau
Kto-Nr.: 31 000 156
BLZ: 800 535 72
Kontoinhaber: AJZ e. V.
Stichwort: Theresienstadt

Kontakt/ReferentInnenanfrage/Infos:
Alternatives Jugendzentrum e. V.
Schlachthofstr. 25
06844 Dessau
Phone/Fax: 0340/ 26 60 211/212
e-mail: AJZ-Dessau@web.de